KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 171 Januar/Februar 2014 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 171 Januar/Februar 2014

Nur im Internet | kurdistanreport.de

Liebe Leserinnen und Leser,

es fällt schwer, 2013 im Hinblick auf die Entwicklungen in Kurdistan zu bewerten. Ein wichtiges Schlagwort ist sicherlich der sogenannte Lösungsprozess zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Freiheitsbewegung. Formell dauern die Gespräche an, doch der Prozess stockt. Die staatlichen Schritte sind mit viel Wohlwollen als kosmetischer Natur zu bezeichnen. Und trotz ausbleibender bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Armee hat der Staat in Form von exzessiver Polizeigewalt immer wieder seine Fratze gezeigt. Zuletzt sind in Gever (Yüksekova) bei Protesten gegen die Schändung der Gräber gefallener GuerillakämpferInnen drei Menschen durch Polizeikugeln ermordet worden. Welchen Weg die AKP-Regierung im Jahr 2014 im Lösungsprozess einschlagen wird, bleibt abzuwarten. Doch wenn sie ihn für ihre wahltaktischen Manöver opfert, wird das zu erheblichem Chaos führen, warnte jüngst auch der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan im Gespräch mit der BDP-Delegation auf Imralı.

Für Rojava war 2013 geprägt durch den Widerstand gegen Angriffe und den Aufbau der Demokratischen Autonomie. Gleich zu Beginn von 2014 könnte die westkurdische Revolution einen großen Schritt nach vorn machen. Denn gegenwärtig laufen die Arbeiten zur Bildung einer Übergangsregierung auf Hochtouren, gleichzeitig Vorbereitungen für die internationale Friedenskonferenz für Syrien, Genf II, die für Ende Januar geplant ist. Noch ist eine eigenständige kurdische Delegation für diese Konferenz unklar, denn die Gegner der Rojava-Revolution unternehmen alles nur Erdenkliche, um die Errungenschaften der Bevölkerung zunichtezumachen. Doch eines ist gewiss: Die breite gesellschaftliche Unterstützung für das Projekt einer demokratischen Selbstverwaltung in Rojava wird es seinen Gegnern auch 2014 nicht einfach machen.

Europa hatte 2013 mit einer Schreckensmeldung begonnen: Am 9. Januar wurden die drei kurdischen Revolutionärinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris ermordet. Hunderttausende aus ganz Europa strömten daraufhin in die französische Hauptstadt. Zwar wurde ein dringend Tatverdächtiger in Frankreich verhaftet, doch die vollständige Aufklärung dieses grausamen Verbrechens lässt weiter auf sich warten. Die wird seitdem in verschiedenen Städten Europas auf Initiative der kurdischen Frauenbewegung auf wöchentlichen Kundgebungen gefordert. Auch 2014 wird diese Forderung auf die Straße getragen werden, bis sie erfüllt ist, und anlässlich des Jahrestages der Morde werden erneut viele tausend Menschen ihre Trauer und Wut in Paris zum Ausdruck bringen.

Die Herausforderungen für die kurdische Freiheitsbewegung und all jene, die sich mit ihr für einen gerechten Frieden einsetzen, werden sicherlich auch 2014 nicht geringer.

In diesem Sinne wünschen wir allen, die an einer wirklichen Friedenslösung mitwirken, ein erfolgreiches neues Jahr!

Die Redaktion



Dezember 2013 | Colemêrg: drei Tote bei einer Demonstration gegen die Schändung eines Friedhofs durch die Polizei – getötet durch Polizeikugeln.



Januar 2013 | Paris: Sakine, Fidan und Leyla werden im Büro des Kurdistan-Informationsbüros brutalst ermordet aufgefunden. Bis jetzt keine Aufklärung der Morde.



Dezember 2011 | Roboskî: 34 Zivilisten, zumeist Jugendliche, werden durch die Luftwaffe der Türkei getötet. Die Angehörigen fordern weiter eine lückenlose Aufklärung.

Aktuelle Bewertung

Auf der Tagesordnung: vom »Friedensprozess« zu den Kommunalwahlen

Songül Karabulut

Trotz anderweitiger Verlautbarungen der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) ist der »Friedensprozess« seit Sommer ins Stocken geraten. Zwar halten die Gespräche zwischen der Delegation des türkischen Staates und dem Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı weiter an und auch die Delegation der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) kann seit Anfang Januar 2013 in bestimmten Zeitabschnitten sowohl Öcalan als auch die Führung der kurdischen Befreiungsbewegung in Qandil besuchen. Außerdem hält der Waffenstillstand, wenn auch de facto, beidseitig an.

Ernüchterung über sogenannten Friedensprozess

Doch nachdem das »Demokratisierungspaket« der türkischen Regierung vor zwei Monaten verkündet wurde und die Enttäuschung über den leeren Inhalt Wellen schlug, ist Ernüchterung eingekehrt. Die AKP ist nicht willens, den Friedensprozess wie vereinbart voranzubringen, auch wenn Regierungsberater und speziell für diese Aufgabe Beauftragte über die Medien in der Gesellschaft Optimismus und Erwartungen aufrechtzuerhalten versuchen. Im Gegensatz zum Oslo-Prozess wurden die Ende 2012 erneut aufgenommenen Gespräche der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Auch wenn Ministerpräsident Erdoğan während eines Fernsehauftritts persönlich bekannt gab, dass eine Delegation erneut Gespräche mit Abdullah Öcalan führt, sind sie bislang mit keiner gesetzlichen Regelung legalisiert worden. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Gesetzeslage in der Türkei machen sich alle an diesem Prozess Beteiligten schuldig. Die Forderung der kurdischen Seite brachte Abdullah Öcalan nach Informationen der Nachrichtenagentur ANF während eines Treffens mit der BDP-Delegation am 7. Dezember erneut zum Ausdruck: »Als Erstes muss eine rechtliche Formel oder eine rechtliche Basis geschaffen werden. Die Sitzung, die wir jetzt hier abhalten, ist ein Piratenakt, denn sie besitzt weder eigene Kader noch ein entsprechendes Dokument. In der gegenwärtigen Situation begehen wir, Ihr und die Delegation, eine Straftat. Daher muss eine rechtsgültige Basis geschaffen werden.«[1]

Die Übereinkunft zwischen der Delegation und Öcalan bestand darin, die zweite Phase des Prozesses bis Ende 2013 abzuschließen, d. h. vor dem Beginn der Kommunalwahlen im März 2014. Die zweite Phase beinhaltet Gesetzesreformen, die Abschaffung antidemokratischer Gesetze und Regelungen, die Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung. Die Gefahr, dass Wahlen sich negativ auf Friedensprozesse auswirken können, ist bekannt. Dass die AKP-Regierung den Friedensprozess nach der ersten Phase blockiert, indem sie die vereinbarten und erwarteten Schritte nicht unternimmt, hat einen immensen Zeitverlust zur Folge. Das Land befindet sich jetzt mitten im Wahlkampf, folglich wird bis zu den Kommunalwahlen am 30. März 2014 kaum etwas geschehen in diesem »Friedensprozess«.

1 http://www.firatnews.com/news/guncel/ocalan-guven-verici-adimlar-atilmali.htm

Wahlkampf der AKP

Die Regierung begann ihren Wahlkampf in Kurdistan Mitte November in Amed (Diyarbakır) mit einem »historischen« Auftritt Masud Barzanîs, des Präsidenten der südkurdischen Autonomen Region Kurdistan in Nordirak und Vorsitzenden der dortigen Regierungspartei PDK (Demokratische Partei Kurdistans). Dieser Besuch sollte erneut dazu dienen, die Bevölkerung zu täuschen, Erwartungen zu schüren. Angeblich, so die offizielle Verlautbarung, habe Erdoğan mit dieser Reise dem ins Stocken geratenen Friedensprozess neue Impulse geben wollen. Wie immer fielen Äußerungen, die als Willensbekundung aufgefasst werden könnten, wenn eben Erdoğan nicht bekannt wäre. So sagte er: »Wir errichten eine neue Türkei«, »Die Region erlebt eine neue Ära, ein neues Klima, eine neue Frühlingsatmosphäre«, »Wir werden sehen, dass diejenigen in den Bergen zurückkehren und die Gefängnisse geleert werden« (Einige Tage später antwortete er auf die Frage eines Journalisten, ob er damit auf eine Generalamnestie habe verweisen wollen: »Ich habe lediglich meine Träume zum Ausdruck gebracht.«). Die Reden in Amed wurden sowohl auf Türkisch als auch auf Kurdisch gehalten. Erstmals benutzte Erdoğan das Wort »Kurdistan«. Der Musiker Şivan Perwer, der seit 1976 aufgrund seiner Lieder im Exil lebt, trat zusammen mit dem bekannten türkischen Schauspieler und Sänger Ibrahim Tatlıses auf einer Massenhochzeit von 300 Brautpaaren auf. Es war eine regelrechte Show, ein Zirkus vielmehr.

Die AKP hatte, wie bereits erwähnt, herbe Kritik an ihrem inhaltslosen »Demokratisierungspaket« einstecken müssen. Sie verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Mit dieser Show wollte sie erneut leere Hoffnungen keimen lassen und die Menschen mindestens bis zu den Kommunalwahlen betäuben und betrügen. Aber die Menschen sind hoch politisiert und kennen die AKP-Regierung nur zu gut, so dass die wahre Absicht hinter dieser Reise nicht verheimlicht werden konnte.

Aber diese Reise transportierte auch andere symbolische Botschaften. Während die AKP noch immer nicht imstande ist, die politischen Vertreter des kurdischen Volkes in Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) zu akzeptieren, sei es die BDP oder die Gemeinschaft der Gesellschaften in Kurdistan (KCK) oder Öcalan, holt sie Masud Barzanî als »ebenbürtigen« Partner nach Amed und zeigt der ganzen Welt, welchen Kurden sie zu »akzeptieren« bereit ist. Die Massenhochzeit ist symbolisch für die politische Verbindung zwischen der südkurdischen PDK und der AKP. Barzanî wirbt für die AKP, die AKP hofiert Barzanî als den kurdischen Führer. Vor einigen Jahren war es Kemal Burkay (der langjährige Vorsitzende der Sozialistischen Partei Kurdistans, PSK-T), heute ist es Şivan Perwer, morgen ein anderer. All diese Figuren sollen Erdoğan neu beleben, ihm helfen, an der Macht zu bleiben. Den Film kennen wir bereits, weil wir die Mentalität kennen, die dahintersteckt. Es ist nicht nur eine Vermählung in Bezug auf die Türkei, sondern und vor allem in Bezug auf Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien). Die AKP- und die PDK-Politik gehen Hand in Hand, sie sind wie füreinander geschaffen. Unmittelbar nach der Showveranstaltung in Amed kam der Ministerpräsident der südkurdischen Regionalregierung, Nêçîrvan Barzanî, nach Ankara, um ein Abkommen über Öl- und Gashandel abzuschließen – trotz großer Widerstände der irakischen Zentralregierung und auch Missbilligung der USA. Die PDK unterstützt die AKP nicht nur politisch-diplomatisch, sondern auch ökonomisch. Barzanî sollte wissen, dass weitgehende Freundschaften mit Erdoğan schlecht enden, es sei an dieser Stelle an Bashar al-Assad erinnert. Auf Kosten anderer ist weder Freundschaft, Frieden noch Stabilität zu erreichen.

Weil der Friedensprozess in der Türkei/Kurdistan noch nicht an dem Punkt angelangt ist, an dem ein Rückzieher für die Beteiligten mehr Schaden anrichten würde als die Fortsetzung, bergen die nächsten Monate ein großes Risikopotenzial.

Unter anderem werden die bevorstehenden Kommunalwahlen den weiteren Verlauf dieser Phase bestimmen. Die Regierung wird anhand der Wahlergebnisse ihren Weg bestimmen. Nicht zu vergessen, 2015 wird ebenfalls ein Wahljahr, und zwar stehen in der Türkei die Parlamentswahl und auch die Präsidentschaftswahl bevor. Die Kommunalwahlen 2009 und die Parlamentswahl 2011 lieferten ausreichende Indizien dafür, wie sich Wahlen auf den Prozess auswirken können. Bekanntlich nahm die damalige, auch als »Oslo-Gespräche« geläufige Dialogphase nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 einen negativen Verlauf und wurde schließlich im Juli 2011 abgebrochen. Nachdem die AKP sich bei den Kommunalwahlen bestätigt gefühlt hatte, begann sie unmittelbar anschließend die Operationen des politischen Genozids, bekannt als die KCK-Operationen, infolgedessen über 10 000 Kurdinnen und Kurden festgenommen worden sind. Einen Monat nach der Parlamentswahl am 12. Juni 2011 scheiterte schließlich am 27. Juli 2011 der Friedensprozess (»Oslo-Prozess«) und es begann eine Phase militärischer Auseinandersetzungen.

Provokationen begleiten den Prozess

Je länger ein »Friedensprozess« andauert, ohne in einen bestimmten Rahmen gefasst zu werden, umso größer ist die Gefahr von Provokationen. Der Beginn dieses neuen Friedensprozesses wurde von einer ungeheuren Provokation begleitet. Die Ermordung der drei kurdischen Revolutionärinnen am 9. Januar 2013 in Paris zeigte, wie groß die Gefahr ist. Nur wenige Tage, bevor dieser Artikel verfasst wurde, kamen in Colemêrg (Hakkârî) drei kurdische Demonstranten, die gegen



Colemêrg: Bei Protesten gegen die Schändung eines Friedhofs durch die Polizei, auf dem Mitglieder der Guerilla begraben sind, wurden drei Demonstranten durch Polizeikugeln ermordet. Foto: DIHA

die bewusste Schändung eines Guerillafriedhofs durch Polizei und Militär protestierten, durch Polizeischüsse ums Leben. Bei den Massenprotesten in unterschiedlichen kurdischen Städten gegen die Ermordung ging die Polizei erneut gewaltsam gegen die Menschen vor.

Die anhaltende Ungewissheit über den Friedensprozess kann bei Provokationen wie in Colemêrg schnell zum Pulverfass werden. Auch Öcalan erklärte im o. g. Gespräch mit der BDP zu diesen Ereignissen: »Dieses Massaker riecht nach Provokation, der Parallelstaat hat seine Finger drin. In solchen Phasen können solche Ereignisse, solche Massaker passieren. In allen Friedensprozessen gibt es ähnliche Vorkommnisse, es ist notwendig, dabei aufmerksam und achtsam zu sein. Im Friedensprozess ist für alle Beteiligten ein Mentalitätswandel nötig. In den ländlichen Gebieten haben Soldaten und Guerilla die Kämpfe eingestellt, aber in den Städten setzen Polizisten Waffen gegen die Bevölkerung ein, das darf nicht sein. Der Parallelstaat ist auf dem Plan, sie versuchen diese Phase zu sabotieren.«[2]

2 ebd.

AKP und Gülen im Clinch

Die Antwort auf die Frage, was der Parallelstaat ist, lässt sich ebenfalls den jüngsten politischen Entwicklungen entnehmen. In diesem Zusammenhang muss auf den erneut ausgebrochenen Machtkampf zwischen Erdoğan und der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen verwiesen werden. Es ist kein Geheimnis, dass die AKP seit ihrer Regierungsübernahme mit der Gülen-Gemeinde verbündet ist. Diese hat sich unter der elfjährigen AKP-Regierung quasi an der Macht beteiligt und bestimmte staatliche Institutionen wie den Sicherheits- und den Justizapparat infiltriert, sich mit Abgeordneten, Ministern, Bürokraten und Wirtschaftsmacht de facto zu einem Parallelstaat entwickelt. Sie hat in vielen Machtzentren ihre eigenen Leute und verfolgt die Strategie, sie zu unterwandern, um die Macht zu ihren Gunsten und auf ihre Linie zu lenken. Nachdem die AKP gemeinsam mit der Gülen-Bewegung ihre »laizistischen« kemalistisch-nationalistischen Gegner durch die Festnahme führender Generäle, Staatsbürokraten und Journalisten in sogenannten Ergenekon-, Balyoz- und Oda-Prozessen ausgeschaltet hat und auch gegen die Kurden gemeinsam Vernichtungsfeldzüge unternommen worden sind (erinnert sei hier an die KCK-Operationen), wird nun der Machtkampf

untereinander immer schärfer. Die aktuelle Diskussion um die Schließung bzw. Privatisierung der Dershanes (Vorbereitungs- und Nachhilfeschulen) durch die AKP-Regierung hat den seit Längerem unterschwelligen Kampf erneut entfacht. Das Vorhaben Ministerpräsident Erdoğans, die Dershanes abzuschaffen, ist ein direkter Angriff auf die Gülen-Bewegung, die sich nicht nur in der Türkei, sondern weltweit auf Bildung und Schulen stützt.[3]

Jedem ist klar, dass die Offensive gegen die Dershanes nicht wie von Erdoğan behauptet darin begründet liegt, dass sie nur den Reichen zugutekämen. Vielmehr geht es darum, den Einfluss und die Macht Gülens im Staat zurückzudrängen. Die Gülen-Bewegung, die auch personell im Geheimdienst MIT vertreten ist, hatte im Februar 2012 Erdoğans Geheimdienstchef Hakan Fidan, der bei den Oslo-Gesprächen als Beauftragter Erdoğans fungierte, juristisch anzufechten versucht. Schon damals wurde dieser Angriff Gülens als ein Angriff auf Erdoğan bewertet. Diese Attacke beantwortete Erdoğan mit einem eilig erlassenen Gesetz, das den Geheimdienstchef schützte. In der Folge verloren wichtige Gülen-Kader in unterschiedlichen Positionen im Staatsapparat ihre Posten. Es ist nicht mehr zu verheimlichen, dass Fethullah Gülen zwar nicht die AKP, aber Ministerpräsident Erdoğan zur Persona non grata erklärt hat. Auch Erdoğan scheint die Macht nicht mehr teilen und keine Zugeständnisse mehr machen zu wollen. Die Präsidentschaftswahl 2015 will er ohne Konkurrenz für sich entscheiden, daher – trotz Risiko – kurz vor den Kommunalwahlen 2014 keine Zugeständnisse an Gülen machen. Dass sich dieser Machtkampf bei den Kommunalwahlen zum Nachteil Erdoğans auswirken wird, ist offensichtlich. Noch wird mit Geheimdokumenten und »Sex-Fotos« verbal erpresst; es bleibt abzuwarten, wer von beiden am längeren Hebel sitzt.[4] Die Gülen-Gemeinde, die seit langen Jahren Erfahrung mit unterschiedlichen Machtzentren und Regierungen hat, ist imstande, die Regierung unter Druck zu setzen. Auch die AKP als Staat gewordene Regierung wird genügend Trumpfkarten gegen die Bewegung haben. Die Frage ist, inwieweit diese Karten offengelegt werden, oder ob wie bislang mit Fallen und Komplotten gegeneinander operiert wird. In der Türkei besteht nicht nur ein Parallelstaat, sondern es existieren unterschiedliche Machtzentren, die sowohl miteinander, nebeneinander als auch gegeneinander agieren.

3 Die Gülen-Gemeinde unterhält weltweit mehr als 1000 Bildungseinrichtungen, die meisten davon in der Türkei. Rund 25 Prozent der türkischen Dershanes werden von Gülen betrieben – 25 Prozent von 4 000 Schulen, in denen insgesamt 50 000 Lehrer arbeiten.

4 Empfohlene Artikel zum Thema:
http://www.welt.de/politik/ausland/article112218735/Maechtige-Guelenisten-werden-Erdogan-gefaehrlich.html
http://gruss-vom-bosporus.berliner-zeitung.de/2013/11/20/machtkampf-im-konservativen-lager/
http://www.jungewelt.de/2013/11-22/029.php
sowie die SWP-Studie »Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen?« von Günter Seufert

Machenschaften gegen den Friedensprozess müssen aufgeklärt werden

Um diesen Parallelstaaten und Machtzentren den Boden entziehen zu können, ist es wichtig, ihre Machenschaften aufzudecken. So ist es für den Verlauf des Friedensprozesses von Bedeutung, diese beiden Vorfälle aufzuklären: Am 28. Dezember 2011, also vor zwei Jahren, wurden bei Roboskî (Ortasu) in der Grenzregion Şirnex (Şırnak)/Qilaban (Uludere) 34 Zivilisten durch türkische Kampfflugzeuge ermordet. Bis heute ist dieser schreckliche Vorfall nicht aufgeklärt worden. Die Angehörigen und das kurdische Volk warten noch immer darauf, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Aber dafür hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im November 2013 die Türkei wegen der Bombardierung zweier kurdischer Dörfer am 26. März 1994 mit 38 Todesopfern verurteilt.[5] Dieses Urteil ist ein positives Zeichen – wenn auch nach zwanzig Jahren. Hoffen wir, dass das Massaker von Roboskî keine zwanzig Jahre warten muss, bis der Europäische Menschenrechtsgerichtshof sich dieser Akte annimmt. Auch der dreifache politische Mord in Paris Anfang letzten Jahres an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez harrt noch immer seiner Aufklärung.

Am 4. und 5. Dezember 2013 hat im Europaparlament die EU Turkey Civic Commission (EUTCC) ihre zehnte Konferenz »Die Türkei, Die Kurden und der Imralı-Friedensprozess: eine historische Chance« abgehalten. Zwei Tage lang wurden mit wichtigen und kompetenten Referenten aus Politik, Wissenschaft und Presse der Friedensprozess und die Entwicklungen in der Türkei beleuchtet. Konsens bestand darin, dass alle Beteiligten es begrüßten, dass die Gespräche mit dem Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan erneut begonnen wurden und auf diese Weise die Frage nach dem richtigen Gesprächspartner beantwortet ist. Weiter wurde dessen Newroz-Erklärung als eine bedeutende Chance bewertet, die aber bislang von Erdoğan leider nicht recht genutzt worden ist. Mit Bedauern wurde darauf verwiesen, dass die AKP-Regierung diese Phase für wahltaktische Zwecke zu nutzen versucht. Die Notwendigkeit wurde unterstrichen, eine dritte Seite in den Prozess zu involvieren. In diesem Zusammenhang wurde die Erwartung an die EU und die europäischen Staaten formuliert, sich mehr und aktiver in dem Friedensprozess zu engagieren. Das Streichen der PKK aus der EU-Liste terroristischer Organisationen wurde ebenfalls einhellig gefordert. Im türkisch-kurdischen Friedensprozess gibt es inzwischen ausreichend Erfahrung und auch die Bedingungen sind mehr als gereift. Die kurdische Seite hat ihren Willen zur Lösung unmissverständlich bewiesen. Es mangelt auch nicht an einem Fahrplan, sondern allein am politischen Willen der AKP-Regierung. ♦

5 http://www.spiegel.de/politik/ausland/zerstoerung-kurdischer-doerfer-menschenrechtsgericht-verurteilt-tuerkei-a-933181.html

Anmerkungen zur regionalen Rolle der kurdischen Freiheitsbewegung 2013/2014

Das vergangene Jahr aus kurdischer Sicht

Deniz Özkürt

Für die KurdInnen begann das Jahr 2013, genauso wie das vorangegangene, mit einem Massaker, das erneut die Wunden des Roboskî-Massakers vom 28. Dezember 2011 aufriss – in den ersten Januartagen wurden drei kurdische Revolutionärinnen, unter ihnen eine Mitbegründerin der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), in Paris ermordet.

Eigentlich hatte die Erklärung des türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan, die Gespräche mit dem immer noch auf der Insel Imralı gefangen gehaltenen PKK-Anführer Abdullah Öcalan würden fortgesetzt, eine neue Phase der politischen Lösung der kurdischen Frage bedeutet. Die inzwischen neunzig Jahre alte Republik Türkei hatte somit zum ersten Mal kundgetan, dass sie die kurdische Frage und den entsprechenden Gesprächspartner anerkennt. Der Staat akzeptierte damit folglich auch die bisher als »terroristisch« abgestempelte Freiheitsbewegung eines Volkes, dessen Existenz seit neunzig Jahren abgestritten worden war, samt dem Anführer dieser Bewegung als Gesprächspartner für die Lösung der Frage. Diese offizielle Anerkennung war auch das Vorzeichen dafür, dass Verlauf und Inhalt der Politik sich von nun an ändern würden. Das Jahr 2013 begann mit den Reaktionen darauf.

Provokationen begleiten den (Friedens-)prozess

Die Ermordung von Sakine Cansız, einer der ersten PKK-Kader, zusammen mit Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris zeigte, wie schwierig sich der Prozess gestalten würde. Ebenfalls wurde augenscheinlich, dass eine der Achsen des Mordes, dessen internationaler Charakter außer Frage steht, zum türkischen tiefen Staat verlief. Sicher ist auch, dass dieser Anschlag auf die weiblichen Kader der Freiheitsbewegung während der Friedensgespräche eine Botschaft an mehrere Adressaten war, allen voran in Richtung Öcalan. Mit diesem Anschlag wurde betont, dass auch der Friedensprozess, dessen eigentliches Ziel ja die Niederlegung der Waffen ist, von Waffengewalt bedroht ist. In Anbetracht der Bedeutung, die Öcalan der kurdischen Frauenbewegung beimisst, stellt die Ermordung dreier weiblicher Mitglieder der kurdischen Freiheitsbewegung in Paris, einer der wichtigsten Hauptstädte Europas, eine deutliche Botschaft an Öcalan dar.

Nichtsdestotrotz schaffte es die Beharrlichkeit von Öcalan und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), diesen Prozess ungeachtet des Angriffs auf sie fortzusetzen. Die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) hat nicht einmal eine angemessene Erklärung zu diesem Anschlag abgegeben, geschweige denn etwas unternommen, um zur Aufklärung der Morde beizutragen. Das demonstriert erneut, dass auch diese Regierung sich den traditionellen Staatsreflex angeeignet hat. Genau wie im Falle des Roboskî-Massakers bevorzugte die AKP auch dieses Mal, sich die staatliche Position anzueignen. In der Tat tauchten Pressemeldungen auf, denen zufolge französische Behörden Verbindungen zum türkischen tiefen Staat festgestellt hätten.

Am 29. Juni 2013 wurde in Pîran (Lice) bei Protesten gegen den trotz des andauernden Friedensprozesses fortgesetzten Bau einer militärischen Wachstation das Feuer auf die Zivilbevölkerung eröffnet – ein Hinweis auf die latente kriegerische Neigung des Staates, Waffen immer noch als Instrument zu benutzen; und es sollte Paris ins Gedächtnis rufen.

Außerdem ist bekannt, dass auch innerhalb der AKP-Fraktion, in der der Parteivorsitzende über absolute Autorität verfügt, keine einheitliche Auffassung herrscht. Offensichtlich sieht ein Großteil der AKP-Abgeordneten den Prozess als einen Plan zur »Eliminierung der kurdischen Opposition durch das Spiel auf Zeit«. Diese Tatsache, über die hinter den Kulissen in Ankara gesprochen wird, wird von den Medien aus Angst vor der autokratischen Hegemonie Erdoğans nicht benannt. Der Umstand, dass innerhalb der Partei keinerlei Anzeichen für ein radikales Umdenken in der AKP-Spitze erkennbar sind, beweist diesen Zusammenhang.

Rojavas (Westkurdistans) Rolle bei der Praxis der Demokratischen Autonomie

Die folgende Passage in Öcalans Appell zur Beendigung der Hungerstreiks in den Gefängnissen Ende 2012 war wie eine Intervention in die politische Situation 2013:

»Die syrischen KurdInnen können das Problem in Syrien nicht lösen, indem sie lediglich sechs Provinzen übernehmen. Demokratische Institutionen und Strukturen sollten Beziehungen zu AraberInnen, JüdInnen und ChristInnen, zu allen Volksgruppen pflegen. Sie sollten gemeinsam handeln und ihre Strukturen aufbauen können. Denn nur so kann wahre Autonomie hergestellt werden. Weder das Regime Baschar al-Assads noch die Freie Syrische Armee kann die Völker dort befreien. Die Kämpfe dort sind sehr gefährlich. Um dieser Gefahr zu begegnen, kann die Demokratische Autonomie nur durch einen gemeinsamen Kampf aller dort ansässigen Volksgruppen und Strukturen geschaffen werden. Genau genommen kann eine Lösung nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden. Die syrischen KurdInnen sollten sich dessen bewusst sein, dass das Problem mit nur sechs Provinzen nicht gelöst werden kann. Wenn sie sich nicht weiterentwickeln, könnten auch die bisherigen Errungenschaften in Gefahr geraten. Eine gemeinsame Handlungsweise wäre für die syrischen KurdInnen besser.« (18.11.2012)

Öcalan fasst augenscheinlich seine Lösungsvorschläge für Syrien, das aktuell einen der wichtigsten Punkte auf der internationalen politischen Tagesordnung darstellt, in diesem kurzen Abschnitt zusammen. Die Tatsache, dass die KurdInnen, die sich heute im Rahmen Rojavas in die internationale Politik integrieren, bis vor kurzem unter der Herrschaft Assads noch nicht einmal Personalausweise besaßen, sollte unterstrichen werden. Fest steht, dass Öcalan, der hier lange Jahre im Exil weilte, einen großen Beitrag zur Entwicklung des organisierten Kampfes in Rojava geleistet hat. Der Einfluss und die Rolle der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), deren Fundament von Öcalan selbst Ende der 90er gelegt wurde, der den Nahen und Mittleren Osten im Allgemeinen und Syrien sowie Rojava im Besonderen gut kennt, sind kein Zufall. Folglich wird es bei dem Verständnis und der Analyse der kurdischen Freiheitsbewegung zu schwerwiegenden Fehleinschätzungen führen, sie nur im Zusammenhang mit Nordkurdistan zu betrachten. Außerdem dürfte man wohl nicht falsch liegen mit der Behauptung, dass es in den Gesprächen zwischen dem türkischen Staat mittels der AKP einerseits und der kurdischen Freiheitsbewegung andererseits nicht nur um Nordkurdistan geht.

Der durch die PYD in den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten vorangetriebene Säkularisierungsprozess, im Gegensatz zu der von der Regierung in Ankara verdeckt betriebenen, aber offensichtlich gewordenen Unterstützung islamistischer Gruppen, die Syrien einem islamischen Regime unterwerfen wollen, ist international nicht unbeachtet geblieben. Sollte er auch nicht.

Newroz 2013 in Amed

Weiter sollte die Aufmerksamkeit auf das während der Newroz-Feier 2013 in Amed (Diyarbakır) verkündete Manifest Öcalans gerichtet werden. Die Tatsache, dass er trotz 14 Jahren Gefangenschaft den Kampf nicht aufgibt und sich in Person der Bevölkerung von Kurdistan an die Volksgruppen der Region wendet, kann als Vorläufer eines historischen Wandels interpretiert werden.

Die Parallele zwischen Öcalans Amed-Manifest und seiner kurzen Botschaft an das Volk von Rojava steigert die Bedeutung dieses historischen Wendepunktes um ein Weiteres. Er ruft die Völker Nordkurdistans und Anatoliens zum gemeinsamen Vorgehen für eine neue demokratische Republik auf. Hierzu verkündet er nun das Ende des bewaffneten Kampfes im Rahmen einer strategischen Entscheidung: »Heute beginnt eine neue Ära. Eine Tür öffnet sich von der Phase des bewaffneten Widerstands zur Phase der demokratischen Politik. Es beginnt eine Ära, die sich vorwiegend um Politik, Soziales und Wirtschaft dreht; es entwickelt sich ein Denken, das auf demokratischen Rechten, Freiheit und Gleichheit beruht. (…) Die Waffen sollen endlich schweigen, Gedanken und Politik sollen sprechen.« Mit diesen Worten betont Öcalan die neue Ära und verkündet den Beginn eines neuen politischen Prozesses.

Die KCK reagierte äußerst positiv auf den Aufruf Öcalans und gab bekannt, dass die unter ihrer Kontrolle stehenden bewaffneten Gruppen nach Südkurdistan verlegt werden würden. Das war die konkreteste Auswirkung der durch den von Öcalan verkündeten strategischen Wandel geschaffenen neuen politischen Atmosphäre. Des Weiteren haben BDP (Partei für Frieden und Demokratie) und DTK (Kongress für eine Demokratische Gesellschaft) sich ebenfalls eindeutig positioniert, um ihre Pflicht zu erfüllen und der neuen Ära gemäß den Prozess zu unterstützen. BDP-Abgeordnete haben mit ihrer Pendeldiplomatie zwischen Imralı und Kandil regelrecht das Fortbestehen des Prozesses gewährleistet. Öcalan und dieser strategische Zug der kurdischen Freiheitsbewegung haben der Politik einen neuen Lauf verschafft. Kurze Zeit später machte sich die Republikanische Volkspartei (CHP), die Garantin des Status quo, die politische Manifestation des Staatsnationalismus, an neue Analysen und Lösungsvorschläge im Hinblick auf die kurdische Frage. Die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) hingegen krempelte die Ärmel hoch, um von den potenziellen Wellen zu profitieren, die die Gespräche mit

Öcalan in den seichten Gewässern des primitiven türkischen Nationalismus schlagen würden. Die MHP, die seit langem versucht, die inzwischen größtenteils von der AKP gehaltene Mitte-rechts-Position zu besetzen, hat angesichts der Möglichkeit, dass die Legitimität der Freiheitsbewegung offiziell anerkannt werden könnte, erneut die rassistische Sprachregelung des alten tiefen Staates beherzigt und sich rechts von der Mitte positioniert.

Gezi und die KurdInnen – »Gezi entlarvte die Handlungsunfähigkeit der Regierung«

Die AKP, die im Laufe ihrer zehnjährigen Regierungszeit auf dem Gebiet der Demokratisierung außer kosmetischen Maßnahmen keine grundlegenden Veränderungen am System vorgenommen hat, frischte ihr beschädigtes Image auf, indem sie die Gespräche mit dem PKK-Anführer Abdullah Öcalan wieder aufnahm.

Das dank der offenen Unterstützung der Freiheitsbewegung und der kurdischen Bevölkerung schnelle, wenn auch einseitige Voranbringen des Lösungsprozesses verhinderte den Wutausbruch gegen die AKP und insbesondere gegen Erdoğan. Der nutzte das 2013 aus und schlüpfte erneut in die Rolle des Vertreters für Demokratie- und Freiheitsversprechungen.

Die PKK traf umgehend existenzielle Entscheidungen und setzte den neuen strategischen Wandel in die Tat um. Die Regierung hingegen unternahm nichts Konkretes und konnte die sich in den Straßen des türkischen Westens sammelnden Freiheitsforderungen nicht deuten. Der dem physischen und psychischen Druck des anhaltenden Krieges in Kurdistan unterliegende Westen ahnte und verstand die für Demokratie und Freiheit unternommenen couragierten und lebensnotwendigen Schritte der kurdischen Freiheitsbewegung schneller als vermutet.

Als die KurdInnen grundlegende Veränderungen für Frieden und Demokratie vornahmen und dazu noch den Krieg beendeten, kamen die im Westen angesammelten und vielleicht sogar bewusst hinausgezögerten Forderungen nach Demokratie und Freiheit als Reaktion auf die herrische und arrogante Vormundschaft Erdoğans im Rahmen der Gezi-Proteste zum Vorschein. Durch das Manifest Öcalans wurde die Herrschaft des Kriegszustandes über das politische und gesellschaftliche Leben beendet.

Besagte Praxis Erdoğans muss nicht eingehend erörtert werden. Die Ereignisse im Zuge der Gezi-Proteste und ihre Fortsetzung können als Reflex verstanden werden auf den als Folge des von Öcalan initiierten Demokratisierungsprozesses entstandenen zügigen Wandel in Kurdistan. Dieser Aspekt verdient Aufmerksamkeit. Aus dieser Perspektive betrachtet handelt es sich bei der Schlüsselrolle, die der Istanbuler BDP-Abgeordnete Sırrı Süreyya Önder, dessen Name mit dem Lösungsprozess identifiziert wird, während der Gezi-Proteste gespielt hat, keineswegs um eine zufällige. Hätte sich an seiner



Gemeinsame Proteste im Sommer 2013 gegen die Räumung des Gezi-Parks mitten in Istanbul. Foto: DIHA

Stelle ein Abgeordneter einer anderen Oppositionspartei vor die Baumaschinen im Gezi-Park gestellt, wären diese offensichtlich nicht so zur Seite gewichen. Denn die CHP-Abgeordneten zum Beispiel, die während der Proteste in Ankara an der Seite der Protestierenden standen, wurden in aller Öffentlichkeit von der Polizei drangsaliert. Es stellte sich heraus, dass sie über absolut keine Durchsetzungskraft verfügten. Die korrekte Art und Weise, wie Önder die von ihm vertretene Politik und die Menschen repräsentierte, wurde auch von seinem Gegenüber richtig interpretiert und zwang sie dazu, zurückzuweichen.

Die unilaterale und konstruktive Herangehensweise Öcalans und der kurdischen Freiheitsbewegung wurde von Erdoğan pragmatisch interpretiert: »Die einzige und wahre Opposition, die KurdInnen, hat sich von der Straße zurückgezogen. Nun haben wir endlich die Möglichkeit, auch dort die Macht zu ergreifen.«

Sie konnten jedoch nicht kalkulieren, dass das auf dem Newroz-Platz verkündete Manifest Öcalans die Freiheitsforderungen der gesamten Gesellschaft zum Ausdruck brachte, den gemeinsamen Forderungen aller Diskriminierten entgegenkam und dass zumindest ein sensibler Teil der Gesellschaft diesen Aspekt umgehend wahrnehmen würde.

Was die Gezi-Proteste betrifft, lässt sich gewiss behaupten, dass die Verkündung einer Ära demokratischer Politik nicht ihr einziger Auslöser war. Allerdings hatte sie offensichtlich einen antreibenden und ermutigenden Einfluss. Nachdem die Proteste angefangen hatten und der Staatsterror sich unbegrenzt auszubreiten begann, wurde oft nach den KurdInnen gefragt.

Kommen wir nun zu den Resultaten der Gezi-Proteste. Als offensichtlichstes stellte sich die AKP-Regierung unter der Autorität eines einzigen Mannes als ein Papiertiger heraus. Die Reise Erdoğans in den Maghreb am Tag nach den Protesten brachte ans Tageslicht, wie die unter der Kontrolle eines Mannes stehende Regierung an Rückgrat verlor. Dementsprechend sagte Erdoğan nach seiner Reise: »Ich habe meinen Innenminister damit beauftragt, die Lumpen am Atatürk-Kulturzentrum und am Denkmal umgehend zu entfernen«, und bestätigte somit die Situation. Also verfügt das AKP-Kabinett nicht einmal über so viel Initiative, um selbst in einem solchen Geschehen öffentlich einzugreifen.

Dass es am dritten Tag der Proteste keinerlei befriedigende Erklärung von Regierung oder Fraktion gab, beweist die Lage. Dass Staatspräsident Abdullah Gül Vizeministerpräsident Bülent Arınç einbestellte und in die Geschehnisse eingriff, bildete den Höhepunkt des Machtvakuums. Wie oft war es in der 90-jährigen Geschichte der Republik Türkei schon vorgekommen, dass ein Stellvertretender Ministerpräsident vom Staatspräsidenten einberufen wurde? Das entspricht weder den politischen Gepflogenheiten der Republik noch der Arbeitsweise des Staates. Die Abwesenheit Erdoğans bewies jedenfalls, dass die AKP-Regierung Interventionen gegenüber offenstand, ja sogar darauf angewiesen war.

BDP – HDP (Demokratische Partei der Völker)

Im Gegensatz zur zentralen Oppositionspartei CHP, die Opposition auf das Parlament reduziert hat, machte der Umstand, dass die BDP die Opposition auf der Straße anführte, sie zur eigentlichen Oppositionspartei. So schafften es die BDP-Abgeordneten, überall dort präsent zu sein, wo der Puls der echten Opposition schlägt. Die Aufgabe, alle möglichen Gruppen zu vertreten, angefangen bei den LGBT[1] über die SchülerInnen und Studierenden, die Opfer der Zwangsmigration, die Frauen, die nichtmuslimischen Volksgruppen (ChristInnen, JüdInnen, AssyrerInnen, AramäerInnen und ChaldäerInnen) bis hin zu den ArbeiterInnen und BeamtInnen, wurde von der BDP erfüllt.

Außerdem war sie im Parlament sowohl in den Kommissionen als auch im Plenum viel aktiver als die anderen politischen Parteien. Die Vorschläge der BDP-Abgeordneten in der Verfassungskommission, die aus Abgeordneten der vier mit einer Fraktion im Parlament vertretenen Parteien besteht, haben für das demokratische Gerüst des Verfassungsentwurfs gesorgt, was die vier veröffentlichten Einzelentwürfe letztlich auch bestätigt haben. Im Gegensatz zu den aus Sorge um die Institutionalisierung ihres demokratieinvaliden Status quo erstellten unzureichenden Ansätzen der anderen drei Systemparteien ist der Text der BDP ein historischer Verfassungsentwurf, der dadurch, dass er die Schaffung eines neuen Regimes als möglich darstellen kann, in der Lage ist, die demokratische Moderne zu repräsentieren.

Im Vergleich zu den anderen drei Konzepten war der Verfassungsentwurf der BDP der einzige, der aktuellen Bedürfnissen hinsichtlich Demokratie, Grundfreiheiten und Laizismus entsprach. Außerdem dürfte es nicht fehl am Platze sein zu behaupten, dass er im Hinblick auf die Lösung von Problemen, die der aktuell gültigen Verfassung geschuldet sind, am besten den EU-Normen entspricht. Darüber hinaus war er auch deshalb beachtenswert, weil er realistische Lösungsvorschläge für die Schaffung eines säkularen Lebens für eine multikulturelle und multireligiöse Gesellschaft beinhaltete. Folglich lässt sich sagen, dass der Beitrag der BDP zu den Vorbereitungen für eine zivile Verfassung derjenige war, der die zivilen Aspekte repräsentierte und realisierte.

1 Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual und Trans

Die Parlamentskommission zur Begleitung des Friedensprozesses, die als eine der Rollen, die das Parlament übernehmen könnte, auf die Tagesordnung kam, konnte nur dank der Mitarbeit von BDP-Abgeordneten eine dem parlamentarischen Pluralismus entsprechende Identität gewinnen. Dass die MHP an einer solchen Kommission nicht mitwirkt, dürfte zu erwarten gewesen sein. Dass jedoch die CHP, eine Partei, die sich als sozialdemokratisch bezeichnet und Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, der Kommission zwecks Sabotage keine Abgeordneten zur Verfügung gestellt hat, zeigt, dass die BDP im politischen Kampf gegen die AKP die oppositionelle Front allein stemmen muss.

Um das Gesagte noch einmal zu bekräftigen, ist folgendes Beispiel beachtenswert: Das System der Doppelbesetzung der Parteispitze, das auf dem Vorschlag Öcalans basierend von der BDP realisiert worden war, um die Repräsentation der Frauen aus dem Symbolischen zu befreien und zu stärken, musste der türkischen Politik erst mit dem »Demokratiepaket« der AKP weitergegeben werden. Somit ist die Institution der Doppelspitze als ein Geschenk der kurdischen politischen Bewegung an die türkische Politik in die Geschichte eingegangen.

Das war jedoch nicht alles. Die BDP hat ebenfalls die Gründung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) initiiert und somit die Bildung einer neuen und breiten oppositionellen Front gefördert. Allein die Ankündigung des Istanbuler HDP-Abgeordneten Sırrı Süreyya Önder, für das Oberbürgermeisteramt von Istanbul zu kandidieren, hat in breiten Teilen der Gesellschaft für Begeisterung gesorgt. Das belegt wieder einmal, wie angebracht die Anstrengungen waren.

Das Wahljahr 2014

Es dürfte nicht von Pessimismus zeugen, angesichts der vorgetragenen Geschehnisse zu behaupten, dass in den letzten Tagen von 2013 keine grundlegenden Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung unternommen werden. In diesen Tagen, in denen sich die AKP durch die von Tag zu Tag autokratischeren Neigungen Erdoğans in ein tyrannisches Regime verwandelt, ist es offensichtlich, dass der Ministerpräsident allen voran zur Lösung der kurdischen Frage nicht wesentlich für die Demokratisierung tätig werden wird. Insbesondere im Hinblick auf die Wahlen 2014 und 2015 wird er definitiv eine ausschließlich auf WählerInnenstimmen ausgerichtete pragmatische Politik verfolgen.

Dass Erdoğan im Gegensatz zur Stoßrichtung Öcalans und der kurdischen Freiheitsbewegung keine für den Lösungsprozess erforderlichen rechtlichen Maßnahmen trifft und insbesondere im Rahmen seiner Syrienpolitik für Angriffe auf KurdInnen in Rojava verantwortliche islamistische Gruppen unterstützt, wird wahrscheinlich dazu führen, dass er in ganz Kurdistan in erheblichem Ausmaß Stimmen einbüßen wird. Er dürfte es neben seinem begrenzten Stimmenpotenzial in der Region auch schwer haben, in den westlichen Provinzen Stimmen von der republikanisch-laizistischen WählerInnenschaft einzuheimsen. Außerdem wird erwartet, dass sich die etwa 3–3,5 Millionen NeuwählerInnen aufgrund der Gezi-Ereignisse und der Eingriffe in das Privatleben von SchülerInnen und Studierenden[2] von der AKP fernhalten werden. Angesichts dessen bleibt ihr als einzige Option zum WählerInnenfang die MHP-Basis. Erdoğan, der sein Wahlergebnis auf über 50 % zu steigern versucht, beabsichtigt offensichtlich, den Lösungsprozess bis nach den Wahlen im Leerlauf einzufrieren, um von der rassistischen MHP-Basis Stimmen gewinnen zu können. Er spekuliert, dass der seinem rassistisch-nationalistischen Diskurs und entsprechenden Praxis geschuldete Stimmenverlust in Kurdistan unter dem Stimmenanteil liegen wird, den er dadurch vor allem in Istanbul und Zentralanatolien von der MHP gewinnen wird.

Es steht fest, dass sich Erdoğan dem Ergebnis der Kommunalwahl 2014 entsprechend positionieren wird. Seine nächsten Ziele sind die Parlaments- und die Präsidentschaftswahl 2015. Er wird seine Präsidentschaftskandidatur nach der ersten und zweiten Wahl richten. Er schätzt auch die Entwicklungen in der AKP nach seiner Amtszeit ab, ebenso offensichtlich wie seine Hegemonie über die Partei.

Deshalb wird er mittels geschönter Demokratiepakete versuchen, den auf Verhandlungen mit Öcalan basierenden Lösungsweg kurz vor oder hinter die Präsidentschaftswahl zu verschieben.

Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass die AKP und der von ihr repräsentierte Staat noch eine weitere Berechnung anstellen. Nicht zu vergessen ist, dass sie aufgrund der Tatsache, an den Verhandlungstisch zu müssen, ohne die kurdische Freiheitsbewegung besiegt zu haben, diese zu schwächen beabsichtigen. Die AKP-Regierung, die immer die Option eines neuen und weitreichenden Krieges auf ihrer Tagesordnung hatte, setzt ihre Vorbereitungen für dieses Szenario mit dem Bau militärischer Stützpunkte (»Kalekol«) und der Professionalisierung der türkischen Streitkräfte fort. ♦

2 Nachdem Ministerpräsident Erdoğan verkündet hatte, dass das »Zusammenleben weiblicher und männlicher Studierender illegitim« sei, folgten in zahlreichen Städten Razzien in Wohnungen allein lebender Studierender, zahlreiche Provinzgouverneure stellten Single-Wohnungen unter Aufsicht. Der durch Erdoğans Äußerungen ermutigte AKP-Abgeordnete von Düzce, Ibrahim Korkmaz, sprach sich gegen die Koedukation aus.

Wir wollen Gerechtigkeit!

Em edaletê dixwazin!



Adalet istiyoruz!

Leyla Şaylemez *Sakine Cansız* *Fidan Doğan*

Ermordet am 9. Januar 2013 in Paris

Wir fordern die Aufklärung dieses Verbrechens!

Der Stand der Entwicklungen im Falle der Pariser Morde

Ist euer Schweigen das Eingeständnis eurer Mitschuld?

Maxime Azadi

Sakine Cansız, genannt Sara, befand sich unter den 21 Personen, die an der Gründungsversammlung der PKK am 27. November 1978 im Dorf Fis, Licê/Amed (Diyarbakır) teilgenommen haben. Mit Sara haben nicht nur die Frauen in der PKK eine Präsenz erhalten, sie ist mit ihrem Widerstand gegen die unmenschlichen Praktiken im Gefängnis von Amed zu einem Symbol geworden. Einige Monate nach Gründung der PKK, 1979, wurde sie festgenommen. Sie war zwölf Jahre im Gefängnis von Amed inhaftiert und schrecklicher Folter ausgesetzt. Sie hat sich ihren Folterern niemals gebeugt.

Sie war sowohl für ihre männlichen als auch weiblichen Weggefährten ein Widerstandssymbol. Sie entgegnete dem bekannten Folterer im Gefängnis, Esat Oktay: »Wer bist du, dass ich dir gegenüber strammstehen soll! ... Ich beuge mich den Henkern nicht!« Sara, die den Folterungen Oktays ausgesetzt war, wurde tagelang in einem anderen Gefängnisteil festgehalten und schlimmster Folter unterzogen, weil sie ihrem Folterer ins Gesicht gespuckt hatte.

In einem Interview mit der kurdischen Presse berichtete sie über die Folter: »Manchmal wurden wir auf eiskaltem Beton einer Bastonade unterzogen. Manchmal wurden die Leitungen für die Abwässer verstopft, so dass wir darin versanken. Sie ließen uns in diesem Wasser laufen und folterten uns, vor allem schlugen sie uns mit kurzen Schlagstöcken, was stärkere Schmerzen erzeugte … Schreie über Schreie … Die Folterer riefen, hörbar für die männlichen Kollegen, sie wollten uns sterilisieren: ›Wir werden euer Embryonenbett austrocknen, damit ihr keine Bastarde mehr gebären könnt.‹«

Die BDP-Kovorsitzende Gültan Kışanak, die zur gleichen Zeit im Gefängnis von Amed inhaftiert war, sagte über die Folter, die Sara nach dem Bespucken Esat Oktays erleben musste: »Es gab keine Stelle am Körper ohne Hämatom. Sie hatte Frakturen und Wunden am Kopf, am Körper … Danach haben wir dort noch anderthalb Jahre zusammen erlebt …«

Sara war für ihre WeggefährtInnen stets jemand Unbeugsames. Gültan Kışanak nennt sie »die Seele, das Gedächtnis der kurdischen Bewegung« sowie die »Rosa Luxemburg der kurdischen Frauen«.

Diese Vergangenheit von Sara weist darauf hin, warum sie am 9. Januar 2013 gemeinsam mit zwei Weggefährtinnen mitten in Paris zur Zielscheibe wurde. Kışanak erklärte nach der Ermordung der drei Revolutionärinnen: »Sie hat in jeder Phase des Kampfes eine korrekte Haltung eingenommen. Daher

kommt ein Angriff auf sie einem unmittelbaren Angriff auf die PKK gleich.«

Sakine Cansız (Sara), eine der fünf noch lebenden PKK-GründerInnen, Fidan Doğan (Rojbîn), die Pariser Vertreterin des Nationalkongresses Kurdistan mit Sitz in Brüssel, sowie Leyla Şaylemez (Ronahî), Mitglied der kurdischen Jugendbewegung, wurden in der Nähe des Pariser Bahnhofs Gare du Nord im dauerüberwachten Kurdistan-Informationszentrum mit Kopfschüssen ermordet. Der einzige Tatverdächtige, Ömer Güney, wurde nach der Tat verhaftet. Während auf Sara, Rojbîn und Ronahî jeweils drei Kopfschüsse abgefeuert wurden, ging der zehnte Schuss in den Mund von Rojbîn. Diese war eine der aktivsten Mitarbeiterinnen der kurdischen Diplomatie in Europa.

Diese Morde ereigneten sich zu einer Zeit, in der Friedensgespräche zwischen dem seit 1999 auf der Insel Imralı inhaftierten KurdInnenführer Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat begannen. Es besteht kein Zweifel am politischen Charakter des Mordes. Dieses Attentat wird vor allem als Angriff auf die Friedensgespräche gewertet.

Obwohl ein Jahr vergangen ist, hat es bisher aus Regierungskreisen keine ausreichende Erklärung zum Ermittlungsstand gegeben. Informationen zum Fortschritt der Ermittlungen liegen nicht vor. Alles wird geheim gehalten.

Die KurdInnen können keine überzeugende Bereitschaft der französischen Justiz und Regierung zur Aufklärung des Attentates erkennen. Dabei stehen das Kurdistan-Informationszentrum sowie sämtliche politischen und kulturellen Aktivitäten der KurdInnen in Frankreich unter Beobachtung der französischen Geheimdienste. Auch wenn Ömer Güney als Tatverdächtiger verhaftet wurde, gab es keine Erklärung zu seinen suspekten Reisen in die Türkei. Seine letzte Reise in die Türkei fand im Dezember 2012, also nur wenige Wochen vor dem Attentat statt.

Ömer Güney war den französischen Geheimdiensten bestens bekannt. Er war im März 2012 bei einer Besetzungsaktion kurdischer Jugendlicher auf dem Eiffelturm sowie im Dezember desselben Jahres im Rahmen einer polizeilichen Durchsuchungsaktion in Holland festgenommen worden. Die holländische Polizei hatte Güney ohne ernsthafte Vernehmung nach ein paar Stunden freigelassen und die französische Polizei davon in Kenntnis gesetzt.

Seit seiner Verhaftung am 21. Januar bleibt alles weiterhin geheim. Seine wahre Identität, seine Arbeitgeber, seine Rolle beim Attentat, die Beweggründe, die Reisen in die Türkei und die Auftraggeber des Attentats warten auf Aufklärung.

Fast neun Monate nach dem Attentat gab es eine interessante Entwicklung in Paris. Eine oder mehrere unbekannte Personen drangen am 23. September in die Wohnung der für das Attentat zuständigen Staatsanwältin Jeanne Duyé ein und stahlen das mit »heiklen« Akten beladene Notebook. Dieser fragwürdige Diebstahl wurde von der Zeitung Le Parisien aufgedeckt. Demnach drangen die Unbekannten gewaltlos in die Wohnung ein und entwendeten das Notebook.

Die Zeitung Le Figaro berichtete später, dass Staatsanwältin Duyé ein Jahr zuvor in die Anti-Terror-Abteilung versetzt worden war. Doch weder Le Parisien noch Le Figaro noch andere französische Zeitungen haben eine Verbindung zwischen der Staatsanwältin und der Ermordung der drei Frauen in Paris hergestellt.

Der Diebstahl ereignete sich merkwürdigerweise kurz nach einer Anfrage von Antoine Comte, einem der RechtsanwältInnen der Opfer, bei der Staatsanwältin Duyé hinsichtlich Ömer Güney, ob dieser vor dem Attentat vom französischen Geheimdienst beobachtet worden sei. Ihm war geantwortet worden, »dass dies nichts mit dem Attentat zu tun« habe. Damit hatten Jeanne Duyé und Christophe Teissier von der Anti-Terror-Staatsanwaltschaft die Anfrage am 20. September abgelehnt.

Dieser Diebstahl, zu dem sich die französischen Verantwortlichen in keinster Weise geäußert haben, wirft neue Fragen auf: Steht er in Zusammenhang mit dem Pariser Attentat? Wer profitiert vom Schließen dieser Akte oder wer kann problemlos in die Wohnung eines solchen Staatsanwaltes eindringen? Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Diebstahl und französischen oder ausländischen Geheimdiensten? Es ist bekannt, dass Geheimdienste weltweit an zahlreichen »schmutzigen« oder »fragwürdigen« Ereignissen beteiligt sind.

Sowohl die Angehörigen als auch das kurdische Volk wollen endlich, dass die Morde aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Das Schweigen der französischen Behörden sowie der westlichen Regierungen verstärkt den Unmut. Daher gehen kurdische Frauen jeden Mittwoch unter dem Motto »Ist euer Schweigen das Eingeständnis eurer Mitschuld?« in zahlreichen europäischen Großstädten auf die Straße und fordern Gerechtigkeit.

In Frankreich wurde bis heute bei keinem politischen Attentat nach einer staatlichen Schuld gesucht. Mit dieser Tradition muss gebrochen werden. Wenn wahre Gerechtigkeit geschaffen werden soll, müssen alle am Attentat beteiligten Kräfte, unabhängig vom Ausmaß, offengelegt werden. Ansonsten wird sich Frankreich nicht von dem Verdacht einer Mitschuld befreien können. ♦

Die Demokratische Partei der Völker (HDP)

Eine Alternative zu Repression und Autoritarismus

Sebahat Tuncel, Kovorsitzende und Istanbuler Parlamentsabgeordnete der HDP

Die demokratischen Kräfte in der Türkei hatten sich 2011 zum Wahlblock »Arbeit, Demokratie und Freiheit« zusammengeschlossen und gemeinsam unabhängige KandidatInnen aufgestellt und unterstützt, um so trotz der existierenden antidemokratischen Zehn-Prozent-Wahlhürde basisdemokratische VertreterInnen ins Parlament schicken zu können. Diesem demokratischen Block, dem auch die kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) angehörte, ist es so gelungen, 36 Abgeordnete zu stellen. Nach der Wahl wurde aufgrund des Erfolges die Debatte über ein strategisches Bündnis zwischen der kurdischen Bewegung und demokratischen Kräften in der Türkei befeuert, so dass erneut gefragt wurde, ob es nicht sinnvoll sei, sich gemeinsam zu organisieren und eine neue Partei zu gründen. Zu Beginn äußerten sich einige AkteurInnen im Rahmen des angestoßenen Projekts aufgrund der Misserfolge in der Vergangenheit eher zurückhaltend. An der äußerst pluralistischen Diskussion beteiligten sich unterschiedliche VertreterInnen politischer Parteien, ethnischer und konfessioneller Gemeinschaften. Letztendlich wurde dann beschlossen, dass die Gründung einer politischen Partei verfrüht sei, so dass sich die Mehrheit dafür aussprach, einen Mechanismus zu schaffen, der die Zusammenarbeit und Koordination gewährleisten kann. Daraus entstand dann der »Demokratische Kongress der Völker« (HDK), der im Zuge seiner Arbeit beschlossen hat, dass zur Repräsentation der Volks- und Interessengruppen eine politische Partei gegründet werden solle.

Der HDK richtete nach der erfolgreich verlaufenen Parlamentswahl von 2011 einen Aufruf an alle Interessengruppen der Gesellschaft und rief diese dazu auf, die gemeinsamen Kräfte zu bündeln und die erlangte Einheit zu stärken und auszubauen. Auf diesen Aufruf hin reagierten diverse politische Parteien, VertreterInnen ethnischer und konfessioneller Gemeinschaften, UmweltschützerInnen, Frauen- und Jugendbewegungen, ArbeiterInnen- und Homosexuellenverbände positiv und bekannten sich zu den Zielen des HDK. Dieses für die Türkei erstmalige Projekt ermöglicht seinen Mitgliedern unter dem Dach des HDK zum einen die eigene Unabhängigkeit und zum anderen auf der jeweiligen Ebene eine enge Kooperation mit anderen vergleichbaren Mitgliedsstrukturen. Ziel des HDK ist es im Kern, die zivilgesellschaftliche Organisierung voranzutreiben. Der HDK wurde unter der Devise »Das Politische vergesellschaften und das Gesellschaftliche politisieren« ins Leben gerufen. Dabei konzentriert sich der HDK auf die Herausbildung basisdemokratischer Elemente und die Konzentration und Stärkung der Lokalpolitik, so dass von der lokalen Ebene aus die generelle Politik vorgegeben werden kann. Denn nur so ist es möglich, die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozess überhaupt zu gewährleisten und dem Partizipationsrecht aller ausgegrenzten und unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen, wie z. B. der Frauen, Geltung zu verschaffen. Der HDK kann trotz seiner erst kurzen Geschichte aufgrund seiner Mitgliedsstrukturen auf eine politische Erfahrung von dreißig bis vierzig Jahren zurückgreifen. Er ist außerdem Ausdruck des Willens zur Einheit zwischen der kurdischen Bewegung und demokratischen Kräften innerhalb der Türkei, so dass die bis dato geschlossenen Bündnisse auf politischer und gesellschaftlicher Ebene auf das höchstmögliche Niveau befördert werden sollen.

Der Wahlerfolg von 2011 hat das Bedürfnis nach einem systematischen und kontinuierlichen Bündnis zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen auf die Agenda der Mitgliedsstrukturen gesetzt. Es sollte eine gemeinsame Organisationsstruktur werden, eine Antwort auf die Probleme aller gesellschaftlichen Gruppen sein, die Opfer der neoliberalen Politik geworden sind. Wir empfinden es als unsere Pflicht, gegen die zentralistisch-repressive Politik des Staates Position zu beziehen und eine Alternative zu entwickeln. Daher ist es für uns unabdingbar, die lokalen Strukturen des politischen Prozesses auszubauen und so die Teilhabe der Gesellschaft an politischen Entscheidungen zu gewährleisten. Der am 31. März 2013 urplötzlich begonnene »Gezi-Aufstand« ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit und der Ablehnung des repressiven Charakters der Politik in der Türkei. Der Gezi-Aufstand hat uns eindrucksvoll gezeigt, wie richtig der HDK mit seinen Zielen zur Dezentralisierung der Politik und dem Projekt der Demokratischen Autonomie liegt. Daher hat der HDK auch die

Pflicht, neben seinen Mitgliedsstrukturen auch alle Opfer der repressiven Politik unter einem Dach zu vereinen und bei der Lösung ihrer gesellschaftlichen Probleme eine Antwort zu sein.

Kommunalwahlen im März 2014

Der HDK wird bei den Kommunalwahlen am 30. März 2014 mit zwei Parteien antreten, in Nordkurdistan mit der BDP und in der Türkei mit der HDP. Die Kommunalwahlen stellen für den HDK eine wichtige Prüfung und Gelegenheit für sein Projekt und seine Ziele dar. Der Zweiparteienbeschluss birgt viele Vorteile als auch einige Risiken in sich. Wir haben konsequenterweise auf der Grundlage unserer Perspektive der Demokratischen Autonomie beschlossen, dass die BDP in Kurdistan antreten soll. Die auf lokaler Ebene etablierte BDP würde bei weiteren Siegen auch einen Beitrag zum Erfolg der HDP leisten.

Die Demokratische Partei der Völker (türk.: Halkların Demokratik Partisi) ist als eine Alternative entstanden mit dem Anspruch, die gesellschaftlichen Probleme innerhalb der Türkei lösen zu können. Wir sind als Partei überzeugt von Dialog und Austausch als Mittel zur Lösung politischer Probleme, so dass wir auch der Ansicht sind, den seit dreißig Jahren währenden Krieg um die kurdische Frage mit diesen Mitteln beenden zu können. Da unser Glaube an eine gemeinsame friedliche Zukunft unerschütterlich ist, sind unser Denken und Handeln vom Geist der friedlichen Einheit geprägt. Das betrifft nicht nur die kurdische Frage, sondern auch eine friedliche Lösung der Probleme der ArbeiterInnen, Frauen, Volks- und Glaubensgruppen. All dies liegt im Verantwortungsbereich der HDP.

Die HDP ist entgegen der alten Status-quo-Partei CHP und der neuen AKP freiheitlich, egalitär, demokratisch und pluralistisch. Sie ist die Bühne für den Kampf um Gleichheit, Demokratie, Freiheit, Kultur, Identität, Glauben, Muttersprache etc. und somit Heimat aller, die nach Rechtsstaatlichkeit dürsten. Der Weg hin zu diesen Zielen ist ein langer, der einer ungeheuren Ausdauer bedarf und hin und wieder Prüfungen verlangt. Eine der ersten sind die Kommunalwahlen von 2014, so dass das Wahlergebnis darüber entscheidet, ob unser Weg beschwerlicher oder einfacher verlaufen wird.

Wenn wir uns die Verwerfungen im Nahen Osten und die Entwicklungen in Kurdistan und der Türkei vor Augen führen, werden wir schnell feststellen, dass die WählerInnen bei dieser Wahl auch eine Wahl darüber treffen werden, inwieweit sie mit der Politik der jeweiligen Parteien einverstanden sind. Daher haben diese Kommunalwahlen eher einen Referendumscharakter und werden in der folgenden Phase die Politik der Türkei entscheidend mitprägen. Wir wurden in der Türkei im Jahre 2013 ZeugInnen von zwei historischen Ereignissen. Da wäre zum einen die Verkündung von Abdullah Öcalans »Demokratischem Manifest zur Lösung der kurdischen Frage« während der Newroz-Feierlichkeiten in Amed (Diyarbakır) vor Millionen von Menschen und zum anderen die Ausbreitung des Gezi-Aufstands auf alle Gesellschaftsschichten und somit die gesamte Türkei. Diese beiden historischen Ereignisse haben in Teilen der Gesellschaft dazu geführt, dass Alternativen zur repressiven und autoritären Regierungsform der AKP Erdoğans zu entwickeln versucht werden. Wir als HDP hegen den Anspruch, die Alternative zu sein, und werden im Lichte dieser beiden historischen Ereignisse in die Kommunalwahlen gehen. Diese Wahlen sind für uns der Beginn, um eine friedliche, demokratische und egalitäre Türkei aufzubauen.

Die Demokratische Autonomie entwickeln

Wir werden auf der lokalen Ebene mit demokratischem Verständnis und dem Ziel, die Demokratische Autonomie zu entwickeln, alle gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von Nationalität, Glauben etc. organisieren und gemeinsam die Zukunft gestalten.

Eine weitere zentrale Perspektive unseres Wahlkampfs ist der Kampf der Frauen um Gleichheit und Freiheit. Dieser Kampf der Frauen wird unsere gesamte Wahlstrategie prägen und nur ihr Erfolg ist auch unser Erfolg. Wir werden unsere Perspektive zur Lokalpolitik gemeinsam mit der Frau entwickeln und etablieren. Hierbei gilt es, der Sicht der Frau Geltung zu verschaffen und ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess zu ermöglichen, indem wir sie ihre eigenen Vertreterinnen bestimmen lassen.

Die HDP wird mit einer ökologischen Perspektive in den Wahlkampf starten und eine Demokratisierung der Städte anstreben. Wir werden eine Alternative zu den Systemparteien bilden, da wir um die Verwaltung der Städte im Sinne ihrer Bevölkerung kandidieren und uns nicht an der Ausbeutung der Städte und ihrer Bevölkerung bereichern wollen. Die letzten beiden Jahre haben uns gezeigt, wie richtig der von uns eingeschlagene Weg ist. Die große Teilnahme an und Aufbruchsstimmung auf unserem Kongress vom 27. Oktober hat uns noch größere Verantwortung übertragen. Der mit dem HDK begonnene Weg hat uns nun dahin geführt, dass wir uns verpflichtet fühlen, uns in einer Struktur zu organisieren, die unsere Einheit unter Wahrung der jeweiligen Unabhängigkeit sichtbarer und dauerhafter macht. Als Ergebnis dieses Bedürfnisses ist die Demokratische Partei der Völker (HDP) entstanden. Nun obliegt es uns, den Völkern der Türkei aufzuzeigen, dass die HDP für sie eine Alternative zu den Systemparteien mit deren repressivem und autoritärem Verständnis ist. ♦

Abdullah Öcalans Nachruf auf Nelson Mandela:

»Ein glänzender Stern, der die Völker Afrikas erleuchtete«

Übersetzung: Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Die Tränen, die Menschen heute überall auf der Welt für Mandela vergießen, die Geschichten die nun über ihn erzählt werden, sowie die Weisheit, die er allen anderen Freiheitsbewegungen hinterlassen hat, zeigen uns seine Bedeutung auf.

Die Geschichte der Völker der Welt wird zumeist durch die rücksichtslose Überheblichkeit derjenigen gestaltet, die sie in ihren Klauen zu halten versuchen. Diese Überheblichkeit zeigt sich bisweilen deswegen, weil die ganze Welt der Unterdrückung zuschaut, ohne sie zu sehen, bisweilen durch das Böse eines Totalitarismus und die Banalität, welche es nährt. Während die Paten des Bösen stets voller Scham das Knie beugen und um Vergebung bitten oder als eine zwielichtige Seite im Buch der Geschichte landen, zeigt sich der Kampf gegen die Banalität des Bösen und den aufstrebenden Totalitarismus in der einzigen Sache, die alle Böden der Welt zugleich befeuchtet: den Tränen des unterdrückten Menschen.

Mandela und der Kampf für Demokratie und Gleichheit, den er anführte, definieren den Begriff des Kampfes für diejenigen, die sich ein Leben in Freiheit und Gleichheit zum Prinzip gemacht hatten. Von Menschen wie Mandela können wir nicht in der Vergangenheitsform reden. Denn Menschen, die ihren Platz in den Herzen der Völker erobert haben, tragen das Schicksal, die Rolle von Prometheus zu spielen. Weder der Tag, an dem sie beschließen, das Feuer zu tragen, noch die Form, in der sie es tragen, ist zufällig. Es ist ein Kampf, um sich in würdiger Weise gegen die Schäden zu stellen, welche das System der kapitalistischen Moderne, das die Herrschenden im Laufe der Geschichte aufzwingen, schafft.

Dass die Seiten der von den Herrschenden geschriebenen Geschichte zerrissen werden und der Ordnung, die für Geschichte, für Schicksal gehalten wurde, Einhalt geboten wird, beweist, dass das Feuer des Volkes von Südafrika und Mandelas die Unterdrückten auf der ganzen Welt erfasst hat. In dieser Ära der Aufstände, als sie aus den Unterdrückten »Terroristen«, »Despoten« oder »Verräter« machen wollten, schaffte es Mandela durch sein weises, lächelndes und mutiges Verhalten, selbst in schwersten Zeiten und Gefangenschaft voller Hoffnung zu bleiben. Seinen Kampf, den er frei und ohne Furcht führte, diese politische Ära, die zu seinem Leben wurde, vollendete er als freier Mann, respektiert von der ganzen Welt, frei und als Quelle der Inspiration für die ganze Welt.

Mit der Trauer um ihn fühlen wir das Glück im Gesicht seines Volkes, das es zusammen mit einem freien Leben gewann, und den Schlag, den dieses Volk den Herrschenden versetzt hat. Die Faust, die sich in Südafrika erhob – das sehen wir selbst heute – hat als Faust aller unterdrückten Völker, deren Hoffnungen in Kerkern vernichtet werden sollen, Furcht in den Herzen derer gesät, die sie in Gefangenschaft halten. Die Gefängnisgitter sind kalt und rostig wie die Herzen derer, die feige genug sind, mutige Menschen hinter Gitter zu sperren. Doch Mandelas großes Vermächtnis an uns alle ist, nicht aufzugeben – nicht im Gefängnis, selbst nicht in den schwersten Momenten.

Mandela, zu dem ich mich vor meiner Verschleppung durch ein internationales Komplott unterwegs war, um seinen Rat einzuholen, wird mit mir, mit dem kurdischen Volk, mit der großen Mehrheit, die auf Plätzen und Bergen in der ganzen Welt grausamen Herrschern zum Trotz lächelt, als Teil unserer großen Familie weiterleben.

Wir waren uns gegenseitig herzlich verbunden. Dieses Band beinhaltete sein Mitgefühl für und seine Verbundenheit mit dem kurdischen Volk und unsere herzlich empfundene Verbundenheit mit und Respekt vor ihm. Er war ein glänzender Stern, der die Völker Afrikas erleuchtete. Wir werden dafür sorgen, dass dieser glänzende Stern auch über den Völkern des Mittleren Ostens erstrahlen wird.

Unsere große Familie soll den Kopf nicht sinken lassen. Denn wir verabschieden einen unserer Weisesten, einen der nie den Kopf senkte. Freundschaftliche Grüße an das Volk von Südafrika und alle Unterdrückten, die in Mandela einen Genossen sehen! Wir hoffen, dass wir alle als freie Bürger in freien Ländern leben und sterben werden.

In Würde und Frieden, ganz wie Nelson Mandela …

Abdullah Öcalan, Gefängnis İmralı

Demokratische Autonomie versus Nationalstaat

Eine neue Form der internationalen Solidarität

Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrates der KCK

Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), erläutert in einem Gespräch für den Kurdistan Report das System der Demokratischen Autonomie, des Demokratischen Konföderalismus.



Duran Kalkan Foto: WoS

Was können wir unter Demokratischer Autonomie oder dem Demokratischen Konföderalismus verstehen? Ist dieses System regional begrenzt und wird damit nur die kurdische Bevölkerung angesprochen?

Die Demokratische Autonomie kann ich, indem ich einen historischen Abriss mache, wie folgt erklären: Früher gab es die Bezeichnung einer außerstaatlichen Gesellschaft, die später auch als Zivilgesellschaft bekannt wurde. Sie stand auch für demokratische Errungenschaften. Gewisse Teile der Gesellschaft haben durch eine Form der Selbstorganisierung gewisse ökonomische und demokratische Rechte errungen. Vor einiger Zeit waren beispielsweise in Westeuropa die Gewerkschaften sehr stark. Ihnen gelang es innerhalb ihres Systems, einen gewissen Lebensstandard für ihre Mitglieder zu gewährleisten.

Die Demokratische Autonomie bedeutet eigentlich, Strukturen dieser Art zu stärken und in verschiedenen weiteren Bereichen auszubauen. Das heißt, demokratische Errungenschaften in eine außerstaatliche demokratische Gesellschaftsorganisierung umzuwandeln. Das System (in Westeuropa) basierte mehr auf Klassenkampf. Die ArbeiterInnen versuchen, mit ihren Gewerkschaften und Parteien durch Streiks oder Lohnverträge Rechte zu erlangen, zu festigen. Die Demokratische Autonomie bedeutet, dies auf alle Teile der Gesellschaft auszuweiten. Nicht nur die ArbeiterInnen und ihre gewerkschaftliche Organisierung, sondern die Jugend, die Frauen, alle Teile der Gesellschaft können sich in ähnlicher Form organisieren, ihr eigenes demokratisches und wirtschaftliches Leben planen und in ihr tägliches Leben implementieren. Ohne den Staat zu zerschlagen, aber auch ohne ihre Rechte dem Staat zu überlassen, können wir das machen. Mit dem Staat wird dadurch eine neue Vereinbarung, ein neuer *[Gesellschafts-]*Vertrag geschaffen. Die Demokratische Autonomie oder der Demokratische Konföderalismus haben eine solche Vereinbarung als Ziel. In diesem Sinne ist die Demokratische Autonomie nicht

ein System, das allein für die KurdInnen gedacht ist. Alle unterdrückten und ausgebeuteten Teile der Gesellschaft können mit diesem System unter den gegebenen Bedingungen in den Regionen der Welt ihre eigenen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Rechte erringen. Darauf aufbauend lässt sich auch die Geschlechterfrage lösen. Darauf aufbauend lassen sich auch die Probleme der ArbeiterInnenschaft lösen. Oder darauf aufbauend lässt sich auch die Frage der Selbstbestimmung der Jugend lösen. Dasselbe gilt auch für die ökologische Frage. Letztlich, wenn die Menschen aus den verschiedenen Teilen der Gesellschaft sich organisieren, können sie ihre eigenen Fragen besser lösen. Zugleich wird dadurch auch eine lokale Selbstorganisierung und Selbstverwaltung zutage treten.

Nun aber hat der Staat durch die Bildung des Nationalstaats – gemeinsam mit einer Faschisierung – einen extremen Zentralismus etabliert. Er will über alles bestimmen. Wenn jedoch eine Organisierung im Sinne der Demokratischen Autonomie vorangetrieben würde, könnte die Basis der Menschen über sich selbst bestimmen. So kann beispielsweise ein Dorf, eine Kleinstadt, ein Stadtteil oder eine Stadt sich selbst verwalten. Die Formel lautet: »Staat plus Demokratie« – mit dem Ziel, den Staat zu verkleinern und die demokratische Gesellschaft auszuweiten.

Dies ist zunächst ein Modell für die Lösung der kurdischen Frage. Nationale Fragen können auf diese Weise gelöst werden. Auch religiöse Fragen lassen sich so lösen. Das gilt vor allem, wenn verschiedene Religions- und Volksgruppen miteinander leben. Was vielleicht noch wichtiger ist, auch wirtschaftliche Fragen lassen sich auf diesem Wege lösen. Unterdrückung und Ausbeutung werden bekämpft. Denn wenn eine zentralistische und auf Ausbeutung fußende Wirtschaft durch eine Wirtschaft abgelöst wird, die sich an den Bedürfnissen der Menschen an der Basis orientiert, können Lösungen für bestehende Fragen auf der Grundlage des benannten Modells geschaffen werden. Das ist das Ziel des Demokratischen Konföderalismus. Auch für Teile der Gesellschaft, die unter dem Problem einer fehlenden Demokratie leiden, ist dieses System eine Perspektive, ebenso auch, wie schon gesagt, für die Befreiung der Frau.

Deshalb kann aus meiner Sicht dieses System genauso ein Lösungskonzept für die kapitalistische Metropole im Westen darstellen wie für die wenig kapitalistisch ausgebildeten Regionen des Ostens. Wenn wir uns Europa ansehen, gibt es ohnehin die Ansätze für solch eine Organisierung. Ich sprach schon von der gewerkschaftlichen Organisierung der ArbeiterInnen. In manchen Dörfern haben sich die BewohnerInnen autonom organisiert. Es gibt in der Tradition der Pariser Kommune eine solche Form der Organisierung. Die Demokratische Autonomie ist eine gegen das Ziel der Hegemonie der kapitalistischen Moderne und deren Versuch, die Gesellschaft ganz in ihre Fänge zu bekommen, gerichtete Organisierung. Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und andere Bereiche werden in diesem System selbst organisiert. So kann die kapitalistische Ausbeutung umzingelt und eingegrenzt werden. Dadurch kann auch das staatliche System, das hinter der kapitalistischen Ausbeutung steckt, eingegrenzt und die demokratische Gesellschaftsorganisierung gestärkt werden. Die Pariser Kommune und die sozialistisch-demokratischen Revolutionen müssen als ein Erbe betrachtet werden. Ausgehend von dieser Basis muss die Organisierung in alle Teile der Gesellschaft übertragen werden, so dass eine demokratische Autonomie der Gesellschaft geschaffen wird. Das ist möglich. Ein solcher Kampf ist in der Lage, große Teile der Gesellschaft miteinzubeziehen. Es ist ein Kampf, der das herrschende System einzugrenzen versucht – und er ist dazu in der Lage.

Die Demokratische Autonomie ist eine gegen das Ziel der Hegemonie der kapitalistischen Moderne und deren Versuch, die Gesellschaft ganz in ihre Fänge zu bekommen, gerichtete Organisierung. Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und andere Bereiche werden in diesem System selbst organisiert. So kann die kapitalistische Ausbeutung umzingelt und eingegrenzt werden. Dadurch kann auch das staatliche System, das hinter der kapitalistischen Ausbeutung steckt, eingegrenzt und die demokratische Gesellschaftsorganisierung gestärkt werden.

Anders als bei der Oktoberrevolution, die den herrschenden Staat abschaffte und an dessen Stelle einen neuen errichtete, der vermeintlich alle Probleme der Gesellschaft lösen konnte, gibt es ein anderes Verständnis. Warum? Erstens hat dieser Weg ohnehin nicht funktioniert. Den alten Staat durch einen neuen abzulösen ist keine Lösung. Denn der Staat an sich ist ein Mittel der Ausbeutung. Mit ihm kann mensch keine Demokratie bringen, keine Freiheit und Gleichheit schaffen. Am Ende kehrt er sich in Unterdrückung und Ausbeutung. Staat bleibt Staat, egal in wessen Hand er sich befindet. Am Ende wird er uns zum selben Punkt zurückführen. Deswegen war dieses Paradigma keines der Lösung. Zweitens ist es unter den heutigen Bedingungen ohnehin nicht möglich, eine solche Vorstellung umzusetzen – selbst wenn es gewollt ist. Es ist

einfach unrealistisch zu glauben, das herrschende Staatssystem könne zerschlagen und so Demokratie, der Sozialismus aufgebaut werden. Aber nehmen wir mal an, die Revolution wäre doch erfolgreich, dann könnte auf diesem Weg keine nachhaltige Lösung herbeigeführt werden. Das hat der Realsozialismus unter Beweis gestellt.

So ist der Aufbau des Demokratischen Konföderalismus oder der Demokratischen Autonomie unter den Bedingungen, unter denen wir leben, für alle, die Frauen, die Jugend, die ArbeiterInnen, die Umsetzung einer demokratischen und sozialistischen Revolution. Nicht einen neuen Staat zu erschaffen, sondern eine demokratische Gesellschaft zu bilden; nicht den aktuellen Staat zu zerschlagen, sondern gegen ihn eine organisierte demokratische Gesellschaft zu schaffen, die den Staat eingrenzt – das ist das Ziel. So erschafft mensch das, was wir mit der Formel »Staat plus Demokratie« bezeichnen. So werden im Demokratischen Konföderalismus dem Staat die Kompetenzen, die er zuvor allein an sich gebunden hat, einzeln entrissen und hinein in die Gesellschaft getragen. Und die Gesellschaft übt diese Kompetenzen in ihrer demokratischen Organisierung selbst aus. So verstehen wir den Demokratischen Konföderalismus. Und dies kann überall auf diese Weise umgesetzt werden. Also, das ist kein Konzept, das auf einen geographischen Raum begrenzt ist. Wir begreifen es als Weg, um alle gesellschaftlichen Fragen lösen zu können. Das ist also auch kein Modell, das allein für die Lösung ethnischer oder religiöser Probleme gedacht ist. Alle Fragen der Freiheit und der Demokratie können mit diesem System gelöst werden. Wenn jede gesellschaftliche Gruppe sich selbst organisiert und selbst für ihre Interessen eintritt, dann wird sie auch für die Probleme, die sie im kapitalistischen System erlebt, Lösungen finden können.

Es ist zwar ein System, das vor allem im Osten für nationale, religiöse und ethnische Fragen Lösungen darbieten kann. Aber auch im kapitalistischen Zentrum kann es umgesetzt werden. Denn auch dort herrscht das Problem des Zentralismus. Auch dort werden immer größere Teile der Gesellschaft vom System ausgeschlossen oder von ihm brutal ausgebeutet und unterdrückt. Auch dort bedroht das System die Köpfe, die Herzen, das gesamte Leben der Menschen immer stärker. Das System versucht diese Menschen zu lenken, wie es will. Deshalb besteht ein ernstzunehmender Widerspruch zwischen diesen Teilen der Gesellschaft und dem von der kapitalistischen Moderne geschaffenen Staat. Das bietet die Möglichkeit, dass auf Fragen von Unterdrückung und Ausbeutung, von Freiheit und Gleichberechtigung auf der Grundlage der Demokratischen Autonomie Lösungen gefunden werden können. Wenn sich die Ideen und Gedanken der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus verbreiten, glauben wir, dass auch in der kapitalistischen Moderne in diesem Sinne neue Strategien und Organisierungsformen zur Überwindung der Probleme gefunden werden.

Ist das System auch eine zeitgemäße Antwort auf den proletarischen Internationalismus?

Zunächst einmal will ich sagen, dass der Demokratische Konföderalismus das Lösungsmodell für die gesellschaftlichen Probleme darstellt, die die kapitalistische Moderne im Zeitalter des imperialistisch globalen Finanzkapitals geschaffen hat. Diese Probleme gibt es sowohl in Ländern, die der Kapitalismus als entwickelt bezeichnet, als auch in Ländern, die durch ihn ausgebeutet werden. Es gibt diese Probleme also überall. Das geht von Arbeitslosigkeit weiter über ethnische und kulturelle Probleme. Es gibt sogar das Problem, dass die Menschen ihres Verstandes beraubt werden. Sie können ihre eigene Realität nicht mehr begreifen. Sie können sich nicht mit ihrem eigenen Bewusstsein organisieren. Es gibt das Problem des Militarismus. Es gibt staatliche Probleme. Es ist die Rede von einem dritten Weltkrieg. Jederzeit könnte ein neuer weiterer Krieg ausbrechen. Es gibt also die Frage von Krieg und Frieden. Das sind Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Mancherorts zeigen sich Probleme schärfer und andernorts sind es wieder andere. Aber diese Probleme sind allesamt Menschheitsprobleme. Und ihre Ursache ist ein 5 000-jähriges andauerndes staatliches System. In der heutigen Zeit werden sie auf ein nie dagewesenes Niveau gehoben; sie erscheinen praktisch als unüberwindbar. Und dafür ist die kapitalistische Moderne verantwortlich, also der 500-jährige Kapitalismus.

Das System des Demokratischen Konföderalismus ist der Ausdruck eines Lösungsweges für diese Probleme. Und das gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche. Egal, in welchem Bereich diese Probleme auftauchen, ihnen kann mit einer demokratischen Organisierung der Gesellschaft begegnet werden. Wenn wir dem folgen, dann können wir, auch wenn an verschiedenen Orten unterschiedliche Probleme vorherrschen, ihnen mit dem Modell der demokratischen Moderne Abhilfe leisten.

Unter den gegebenen Bedingungen haben die herrschenden Kräfte, die Bourgeoisie, die VertreterInnen der kapitalistischen Moderne in ihrem Sinne eine Organisierung etabliert, die dem Rest der Gesellschaft vorschreibt, dass sie nach ihren Vorstellungen, also nach den Vorstellungen der Herrschenden, zu sein und zu leben haben. Sie drängen sozusagen ihr System der Gesellschaft auf. Demgegenüber sagt das System der Demokratischen Autonomie: »Nein, Ihr müsst nicht wie sie sein. Ihr seid ein Teil der Gesellschaft. Ihr habt eine eigene Kultur, Euer eigenes Verständnis von Moral und ein eigenes Lebenssystem. Ihr könnt Eure eigenen Probleme selbst lösen. Deshalb müsst Ihr Eure eigene Moderne, Eure eigene Organisierung und

Euer eigenes Lebensverständnis entwickeln und umsetzen.« Der Vorsitzende Apo hat dies als die Demokratische Moderne bezeichnet und in seinen Verteidigungsschriften den Aufruf an die gesellschaftlichen Gruppen, egal wo auf der Welt, gemacht: Organisiert Eure eigene demokratische Moderne. Ihr seid nicht gezwungen, den Kapitalismus zu leben. Ihr könnt auch die Demokratie leben. Deswegen könnt Ihr ein freies, auf Pluralismus beruhendes, gleichberechtigtes und solidarisches System aufbauen. Ihr könnt Euch also selbstständig organisieren und, ohne ein Staat zu werden, Euer Leben gemeinsam aufbauen. Und so könnt Ihr das vom Kapitalismus geschaffene Problem der Unterdrückung und Ausbeutung überwinden.

Wenn mensch dieses Lösungsmodell für sich bereit ist anzunehmen, dann kann es überall auf der Welt umgesetzt werden. Mit dem realsozialistischen Verständnis von Revolution hieß es, die Revolution wird zuerst in Europa stattfinden. Dann hieß es, nein, nicht in Europa, sondern in Asien. Oder nein, zuerst in den Kolonien oder den wenig entwickelten Staaten. Das Verständnis der demokratischen Moderne überwindet eine solche Auffassung. Die demokratische Moderne ist Organisierung, den demokratischen Sozialismus mit Leben füllen. Unser Vorsitzender hat das als eine Lehre formuliert und gesagt, dass die demokratische Moderne das System für den demokratischen Sozialismus darstellt. Überall auf der Welt gibt es dringende Probleme. Dagegen kann auch überall auf der Welt revolutionärer Widerstand geleistet und eine revolutionäre demokratische Organisierung geschaffen werden. Und dadurch können die gesellschaftlichen Probleme überwunden werden. Das gilt von Amerika bis Europa, von Asien bis Afrika. Aber alle müssen das den eigenen Problemen entsprechend angehen.

Wenn das so ist, dann bekommt natürlich der Internationalismus eine neue Bedeutung. Früher war es so, dass, wenn irgendwo eine Kraft vorausging und es ihr gelang, einen Staat zu gründen, der dann auch die Vorreiterrolle des Internationalismus übernahm. Diese Kraft verbreitete dann den Internationalismus überallhin. Das hat mit der Zeit seine Funktion als Internationalismus verloren und sich in eine Form der Hegemonie transformiert. So wurde beispielsweise die Sowjetunion noch vor ihrem Zerfall aufgrund dessen von anderen SozialistInnen kritisiert. Sie sagten, dass das, was sie tue, kein Internationalismus sei, sondern eine neue Form der Hegemonie im Namen des Sozialismus.

Durch dieses Verständnis hat sich der Internationalismus nicht entwickeln können. Aber mit dem Verständnis der demokratischen Moderne wird der Weg für den Internationalismus neu geöffnet. Überall dort, wo sich das System der Demokratischen Autonomie entwickelt, dort, wo sich gegen den Staat eine demokratische gesellschaftliche Organisierung auftut, zwischen all diesen Organisierungen überall auf der Welt können solidarische Beziehungen aufgebaut werden. So entwickelt sich die internationale Solidarität. Für ein freies, pluralistisches und gerechtes Leben aller Unterdrückten, aller ArbeiterInnen, eigentlich aller gesellschaftlichen Kreise, die von ihrer eigenen Arbeit leben, müssen diese Kreise in einer Art Beziehung zueinander stehen, eine Solidarität untereinander aufbauen. Und das würde selbstverständlich zu einer neuen Form der internationalen Solidarität führen. Das ist eine Solidarität, die nicht darauf abzielt, andere von sich abhängig zu machen oder die eigene Hegemonie zu erweitern, sondern eine internationale Solidarität im wahrhaftigen Sinne. Denn das System selbst ist ein demokratisches, das auf gegenseitiger Solidarität beruht. Und deswegen ist es egal, wo auf der Welt wir uns gerade befinden, diese Solidarität wird auf den Werten der Freiheit und der Gerechtigkeit beruhen. Niemand wird die Möglichkeit bekommen, die anderen unter seinen Einfluss zu bekommen, sie zu kontrollieren oder sie einem selbst anzugleichen.

In diesem Sinne ist die Frage richtig. Das alte an den Staatsgedanken gebundene Paradigma des Sozialismus, oder besser der Versuch des Sozialismus, hat es nicht geschafft, einen Internationalismus aufzubauen. Er hat stattdessen neue Hegemonien hervorgebracht. Die demokratische Moderne bzw. der Demokratische Konföderalismus unterbinden demgegenüber die Bildung neuer Hegemonien. Es sollen in diesem System ausschließlich Beziehungen, Bündnisse und solidarische Verhältnisse auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit entstehen. Und das ist eine neue Form des Internationalismus. ♦

Das alte an den Staatsgedanken gebundene Paradigma des Sozialismus, oder besser der Versuch des Sozialismus, hat es nicht geschafft, einen Internationalismus aufzubauen. Er hat stattdessen neue Hegemonien hervorgebracht. Die demokratische Moderne bzw. der Demokratische Konföderalismus unterbinden demgegenüber die Bildung neuer Hegemonien. Es sollen in diesem System ausschliesslich Beziehungen, Bündnisse und solidarische Verhältnisse auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Freiheit entstehen. Und das ist eine neue Form des Internationalismus.

Rojava – der Aufbau einer ökonomischen Alternative

Privateigentum im Dienste aller

Michael Knapp, Historiker

Die Revolution in Rojava (Westkurdistan/Nordostsyrien), die am 20.05.2011 in Kobanî (Ain al-Arab) begonnen hatte und wie ein Lauffeuer mit den Orten Afrîn, Dêrik (Al-Malikiya), Qamişlo (Al-Qamishli), Amûdê, Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) die Region entlang der türkisch-syrischen Grenze erfasste, hat eine alternative Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen angestoßen.

Inspiriert vom Modell des Demokratischen Konföderalismus und der Demokratischen Autonomie wurde eine Selbstverwaltung durch Rätedemokratie, Frauenräte und eigene demokratisch organisierte Sicherheitskräfte geschaffen. Jede Bevölkerungs- und religiöse Gruppe soll in diesen immer von einer geschlechterquotierten Doppelspitze geleiteten Räten vertreten sein. Es wird keine Gründung eines eigenen Nationalstaats angestrebt, sondern eine demokratische Autonomie für die Region und damit auch eine Demokratisierung Syriens.

Aufbau einer basisdemokratischen Gesellschaft

Das basisdemokratische Modell des Demokratischen Konföderalismus steht in der Tradition des kommunalistischen Anarchismus um Murray Bookchin und wurde von Abdullah Öcalan, dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), zu einem praxisorientierten System mit dem zentralen Paradigma der Frauenbefreiung weiterentwickelt. Insbesondere die multikulturelle Struktur Kurdistans wird dabei als wichtige Ressource für den Aufbau einer partizipativen Wirtschaft in Form von kommunalen Genossenschaften in der Landwirtschaft wie auch in der Wasserwirtschaft und auf dem Energiesektor gesehen.[1]

»Demokratischer Konföderalismus ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Er ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird.«[2]

Studien über die Praxis des Demokratischen Konföderalismus wurden schon über die Region Nordkurdistan (Türkei) angestrengt.[3] Dort wird schon lange am Aufbau einer basisdemokratischen Gesellschaft gearbeitet. Die Strukturen sind jedoch immer von Verhaftung bedroht und aufgrund der permanenten Repression durch den türkischen Staat, durch die Tausende aus zivilen Strukturen in türkischen Gefängnissen sitzen, müssen Entwicklungsprozesse immer wieder neu angeknüpft werden. Dies gilt besonders auch für den Bereich des Ausbaus einer alternativen Ökonomie, der in den letzten Jahren besondere Bedeutung gewonnen hat.

Während in Nordkurdistan die entstehenden Kommunen und Kooperativen unter massiver Repression agieren, wird in Rojava versucht, auf befreitem Gebiet eine neue Form von Ökonomie jenseits kapitalistischer und feudaler Ausbeutungsverhältnisse aufzubauen. Dies geschieht vor dem Hintergrund des Dramas des syrischen Krieges. Tausende wurden ermordet, die Hälfte der Bevölkerung ist wohnungslos. Etwa zwei Millionen Menschen verließen ihre Heimat und wurden zu MigrantInnen. Insbesondere die Ökonomie Syriens ist schwer vom Krieg betroffen. Studien belegen, dass, um in Syrien den Status quo ante herzustellen, 15 Jahre und 150 Milliarden Dollar Unterstützung notwendig sind.

Da die kurdische Bewegung in Rojava eine Politik des »dritten Weges« verfolgt, was heißt, weder mit dem Regime noch mit den islamistisch dominierten RebellInnen Front zu bezie-

1 A. Öcalan 2012, Demokratischer Konföderalismus

2 Ebd. S. 21

3 http://demokratischeautonomie.blogsport.eu/

hen und für einen demokratischen Wandel in Syrien einzutreten, war die Region zunächst weitgehend von Auseinandersetzungen verschont geblieben und ein Großteil der sonst zerstörten Infrastruktur ist heute noch intakt.

Alle Teile von Rojava sind reich und können sich selbst versorgen. Insbesondere die Böden sind sehr ertragreich. Allerdings gab es aufgrund der antikurdischen Unterentwicklungspolitik dennoch Armut in Rojava, während einige regimeloyale Kreise reich wurden. Ziel war nicht die Entwicklung der Region, sondern aus der Unterentwicklung Profit zu schlagen. Aus diesem Grund migrierten Teile der kurdischen Bevölkerung an Orte wie Heleb (Aleppo) und Damaskus (Şam). Die Ausnahmegesetze des syrischen Regimes und die systematische, gezielte Unterentwicklung der Region taten ihr Übriges, verschärften die Armut und verstärkten die Migration. Dies ging einher mit einer verschärften Arabisierungs- und Assimilierungspolitik.

Die Demokratie einer Gesellschaft ist immer auch an der Demokratisierung ihrer Ökonomie zu messen. Hierfür ist das Projekt in Rojava ein herausragendes Beispiel. Einige dieser Entwicklungen lassen sich schon in Rojava beobachten.

Embargopolitik gegen die Erungenschaften in Rojava

Insbesondere nach 2011 verschärfte sich die Situation in Rojava durch das Embargo, das mittlerweile von der Türkei, der Kurdischen Regionalregierung in Südkurdistan und durch die IslamistInnen gegen die Selbstverwaltung in Rojava praktiziert wird. Dies führte insbesondere zur Verteuerung von Heizmaterialien und Grundnahrungsmitteln. Die Verteuerung von Heizmaterial führt gerade jetzt im Winter bei Minusgraden und Schnee zu einer gefährlichen Situation, insbesondere für Kinder. Die Situation ist mit dem aktuellen Wintereinbruch für viele Familien lebensbedrohlich. Das erste Mal seit 22 Jahren gab es schwere Schneefälle in Serê Kaniyê.

Aufgrund von Embargo und syrischer Plünderungspolitik gegenüber Rojava blieb diese Region trotz allem ökonomisch schwach mit einer stabilen Basis.

Dr. Dara Kurdaxi ist Wirtschaftswissenschaftlerin und Vertreterin des Komitees für wirtschaftliche Belebung und Entwicklung von Afrîn. Sie sprach mit der Nachrichtenagentur ANF[4] über die Perspektiven der Ökonomie Rojavas:

»Wir brauchen neue Organisierungs- und Institutionalisierungsmodelle. Diese werden als kollektive, kommunale ökonomische Modelle bezeichnet, manche nennen sie auch gesellschaftliche Ökonomie. Um die Ökonomie in Rojava zu beleben und zu entwickeln, gibt es eine Methode, die wir als Grundlage anwenden. Die Methode in Rojava richtet sich nicht gegen das Privateigentum, sondern hat zum Ziel, dieses Privateigentum für den Dienst an allen Bevölkerungsgruppen, die in Rojava leben, einzusetzen. Natürlich stehen wir am Anfang dieses Weges. Aber dennoch, auch wenn es einen kleinen Umfang hat, zeigen sich schon positive Entwicklungen. Wir müssen klarstellen, dass wir eine ökonomische Belebung und Entwicklung, die nicht deutlich die Gesellschaft zum Ziel hat, nicht brauchen. (...) Es soll kein kapitalistisches System sein, das seiner Umwelt keinen Respekt zollt; und auch kein System, das die Klassenwidersprüche fortsetzt und letzten Endes nur dem Kapital dient. Es soll ein partizipatives Modell sein, das sich auf die natürlichen Ressourcen und eine starke Infrastruktur stützt.«

Die Demokratie einer Gesellschaft ist immer auch an der Demokratisierung ihrer Ökonomie zu messen. Hierfür ist das Projekt in Rojava ein herausragendes Beispiel. Einige dieser Entwicklungen lassen sich schon in Rojava beobachten. So steht die Ölindustrie unter der Kontrolle der Räte und wird von ArbeiterInnenkomitees selbst verwaltet. Die Raffinerien produzieren billiges Benzin für die Kooperativen und MitarbeiterInnen der Selbstverwaltung. Große Teile der zuvor von Assad in einer antikurdischen Maßnahme verstaatlichten Landwirtschaft werden nun nach der Befreiung Rojavas von Agrarkooperativen bewirtschaftet. Ärztekomitees arbeiten weiterhin am Aufbau eines kostenfreien medizinischen Systems. Sicherlich stehen, wie Dr. Kurdaxi betont, viele Entwicklungen noch am Anfang. Doch allein schon das bis jetzt Erreichte stellt einen historischen Schritt dar weg von der vermeintlichen Alternativlosigkeit des Kapitalismus.

4 http://www.firatnews.com/news/guncel/kurdaxi-suriye-karanliga-rojava-aydinliga-gidiyor.htm



So steht die Ölindustrie unter der Kontrolle der Räte und wird von ArbeiterInnenkomitees selbst verwaltet. Die Raffinerien produzieren billiges Benzin für die Kooperativen und MitarbeiterInnen der Selbstverwaltung … Foto: YÖP

Sie erklärt das Wirtschaftsmodell Rojavas als Antwort auf den Neoliberalismus der kapitalistischen Moderne und als Kritik am Staatskapitalismus realsozialistischer Prägung. Das Modell Rojavas soll ein Modell für den ganzen Mittleren Osten sein. Um diese neue Form der Ökonomie umzusetzen und ins Bewusstsein der Menschen zu bringen, sollen ökonomische Konferenzen durchgeführt werden. Diese sollen dazu dienen, eine Wirtschaft nach menschlichen Werten zu gestalten und die Menschen über die Bedeutung der gesellschaftlichen Ökonomie aufzuklären. Auf einer möglichst schnell durchzuführenden Konferenz sollen die Fehler der existierenden Modelle diskutiert und korrigiert werden.

»Wir haben uns ein Modell angeeignet, das schließlich die ganze Welt erfassen wird, erfassen muss. Damit werden wir früher oder später erfolgreich sein. Denn es bedeutet den Erfolg der Gesellschaft.«

Dieses Wirtschaftsmodell, das im Moment noch am Anfang steht, aber trotz Krieg mit großer Entschlossenheit von vielen Menschen in Rojava in die Praxis umgesetzt wird, stellt eine wirkliche Alternative dar. Insbesondere steht es in deutlichem Kontrast zur ökonomischen Entwicklung der von den USA und Europa abhängigen Regionalregierung Kurdistan in Südkurdistan – KRG. Während dort die sozialen Gegensätze zwischen der Klientel des staatlichen Systems bzw. der Regierungspartei PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und den gesellschaftlich Benachteiligten immer schärfere Züge annehmen, stellt die Entwicklung der Ökonomie in Rojava einen Hoffnungsschimmer dar. Möglicherweise ist hier auch gerade diese emanzipatorische Entwicklung ausschlaggebend dafür, dass die vom NATO-Staat Türkei unterstützte und von westlichen Staaten als legitime Opposition dargestellte Internationale der DjihadistInnen nach Rojava geschleust wird, die alles daran setzt, die Selbstverwaltung dort zu vernichten. In eine ähnliche Richtung scheint ebenfalls das Embargo zu zielen.

»Eine volksnahe Wirtschaft sollte deshalb auf Umverteilung und Nutzorientierung beruhen, statt sich ausschließlich an der Anhäufung und am Raub von Mehrwert und Mehrprodukt zu orientieren. Die hiesigen Wirtschaftsstrukturen schaden nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Natur. Zu den Hauptgründen für den gesellschaftlichen Verfall zählen die Auswirkungen der hiesigen Finanzwirtschaft. Die künstliche Erzeugung von Bedürfnissen, die immer abenteuerlichere Suche nach neuen Absatzmärkten und die maßlose Gier nach immer gigantischeren Gewinnen lassen die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wachsen und das Heer derer größer werden, die an der Armutsgrenze leben bzw. vor Hunger sterben. Eine solche Wirtschaftspolitik ist für die Menschheit nicht mehr tragbar. Die größte Aufgabe sozialistischer Politik liegt deshalb in der Umsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik, die sich nicht ausschließlich am Gewinn, sondern an der gerechten Umverteilung der Reichtümer orientiert.«[5]

Das Projekt des Demokratischen Konföderalismus und insbesondere auch die Tag für Tag umkämpften Errungenschaften in Rojava sind Beispiele dafür, dass eine andere Welt jenseits kapitalistischer Ausbeutung möglich ist. Es ist unser aller Aufgabe, die wir für Solidarität, Emanzipation und Freiheit eintreten, aufzustehen gegen das Embargo gegen Rojava und die Unterstützung des Westens für islamistische Terrorbanden, die systematisch Massaker in Rojava begehen. ♦

5 A. Öcalan 2008, Krieg und Frieden in Kurdistan, S. 38 f.

Der Tigris ist nicht nur innerkurdische Grenze, er markiert die Grenze zweier Gesellschaftssysteme

Embargo gegen die Revolution

Nick Brauns, Journalist und Historiker

Die Revolution in Rojava (Westkurdistan/Nordostsyrien) ist von vielen Seiten bedroht. So kontrollieren und terrorisieren djihadistische Banden weiterhin ganze Regionen und es kommt zu blutigen Anschlägen wie dem gegen die Zentrale des Kurdischen Roten Halbmondes in Kobanî (Ain al-Arab). Doch neben der militärischen Bedrohung sieht sich die Revolution einem Hungerembargo ausgesetzt. Diese Blockade wird nicht nur von der Türkei und den terroristischen Banden durchgesetzt, sondern auch von der Kurdischen Regionalregierung (KRG) im nordirakischen Hewlêr (Arbil) unter Präsident Massud Barzanî mitgetragen.

Der Grenzübergang zwischen Südkurdistan und Rojava über den Dicle (Tigris) bei Sêmalka (Faysh Khabur) wurde nach Abschluss des Hewlêr-Abkommens eröffnet. Durch dieses nach der Selbstbefreiung der kurdischen Städte in Rojava im Juli 2012 unter Schirmherrschaft von Barzanî vermittelte Abkommen wurde die Bildung eines Kurdischen Hohen Rates als oberster Vertretung der syrischen Kurden vereinbart. Dieser Hohe Rat, der paritätisch aus je fünf Mitgliedern des Volksrates von Westkurdistan einschließlich der darin führenden Partei der Demokratischen Union (PYD) und des aus über einem Dutzend Barzanî-nahen Parteien bestehenden Kurdischen Nationalrates von Syrien (ENKS) andererseits besetzt ist, soll auch den Grenzübergang kontrollieren. Doch von Anfang an sabotierten und boykottierten einige der ENKS-Parteien die Arbeit des Kurdischen Hohen Rates. Sie nahmen nicht an den Sitzungen teil, verhandelten auf eigene Faust mit syrischen Oppositionsgruppen und beteiligten sich sogar an bewaffneten Angriffen islamistischer Banden auf kurdische Viertel von Heleb (Aleppo) und die Stadt Serê Kaniyê (Ras al-Ayn). Faktisch liegt die Grenzkontrolle auf der Rojava-Seite so bei den Vertretern der PYD im Kurdischen Hohen Rat, obwohl auch der ENKS ein Büro in einem der Container am Dicle-Ufer hat.

Die KRG, deren Peshmerga die Brücke über den Dicle sichern, bestimmt wiederum, welche Güter und Personen passieren dürfen. Nur in Ausnahmefällen – etwa wenn sich die Barzanî-Regierung gegenüber der anwesenden Presse als großzügige Unterstützerin der kurdischen Brüder und Schwestern in Rojava präsentieren will – werden Hilfsgüter durchgelassen. Doch monatelang werden dringend benötigte Transformatoren sowie medizinische Güter auf südkurdischer Seite zurückgehalten. Hilfsorganisationen aus Europa hatten 15 Krankenwagen gespendet. Doch nur neun kamen in Rojava an. Aus einigen Fahrzeugen waren die notärztlichen Apparaturen geraubt worden. Stattdessen hingen Bilder des Barzanî-Hilfswerks in den Wagen, berichten Mitglieder des Komitees des Kurdischen Hohen Rates zur Verteilung von Hilfsgütern. Gleichzeitig verbreiten Mitglieder der Al-Partei – des syrisch-kurdischen Ablegers von Barzanîs in Südkurdistan regierender Demokratischer Partei Kurdistans (PDK) – die PYD habe die Krankenwagen unterschlagen. »Wir können keine Hilfsgüter aus der Türkei und Südkurdistan nach Rojava lassen, weil die PYD dort alles unter ihre Kontrolle bringt und sich mit der Verteilung dieser Güter dann die Zustimmung der Bevölkerung erkauft«, bestätigt Mohamed Ismael, Politbüromitglied der Al-Partei, den politischen Hintergrund des Embargos. Die PYD verteile nur 10 bis 15 Prozent der über die Türkei oder Südkurdistan gelieferten Lebensmittel, behauptet auch der Al-Partei-Vorsitzende Abdulhakim Bashar und spricht von ganzen Lastwagenladungen, die verschwunden seien.[1] Solche Vorwürfe sind haltlos, wie Recherchen vor Ort ergaben. Auch für den Empfang und die Verteilung von humanitären Gütern wurde eine paritätisch besetzte Kommission des Kurdischen Hohen Rates gebildet, die über die gelieferten Hilfsgüter genau Buch führt. Da einige Parteien den Hohen Rat boykottieren und ihre Vertreter außerhalb Rojavas in Luxushotels in Hewlêr leben, waren es meist nur die Vertreter der PYD innerhalb des Kurdischen Hohen Rates, die solche Güter entgegennahmen. Abdulhakim Bashar behauptet weiter, solche Güter kämen in Rojava nicht auf den Basar. Das mag zutreffen, denn es soll keine Spekulation mit der Not betrieben werden. Daher werden Hilfsgüter direkt an die Bevölkerung verteilt. Das entscheidende Kriterium der Verteilung ist dabei Bedürftigkeit

1 Gespräch des Autors im Rahmen eines Treffens einer Delegation aus Deutschland mit Abdulhakim Bashar und Mohamed Ismael am 7. Oktober 2013 in Hewlêr.



Grenzübergang von Südkurdistan nach Rojava Foto: ANF

und nicht wie etwa in den südkurdischen Flüchtlingslagern Clan- oder Parteizugehörigkeit.

Die Folgen des Embargos sind in Rojava vielfach zu spüren. Die Säuglingssterblichkeit ist nach Angaben des Kurdischen Roten Halbmondes aufgrund fehlenden Milchpulvers stark angestiegen. In den Apotheken und den von den Volksräten eröffneten kostenlosen Gesundheitsstationen fehlt es an Medikamenten wie Antibiotika und Antiseptika sowie medizinischen Geräten. Chronisch Kranken, denen aufgrund des Krieges und der terroristischen Banden auch der Weg zur Behandlung in anderen Landesteilen wie Heleb oder Damaskus versperrt ist, bleibt dann oft nur die Flucht nach Südkurdistan.

Das industriell unterentwickelt gehaltene Rojava war vor dem Krieg die Kornkammer Syriens. Doch infolge des Embargos fehlt es heute an Maschinen zur Weiterverarbeitung der Agrarprodukte. Zudem wird immer wieder die Stromzufuhr durch terroristische Banden gekappt. Ohne Strom funktionieren aber weder die Mühlen für die Mehlherstellung noch die Pumpen der Tiefbrunnen. Um zumindest die Grundversorgung mit Brot sicherzustellen, haben die Volksräte Großbäckereien in den Stadtvierteln eröffnet. Komitees zur Preiskontrolle gehen gemeinsam mit der Asayiş-Miliz gegen Wucherer und Kaufleute vor, die Verfallsdaten bei Lebensmitteln und Medikamenten manipuliert haben. »Wir fordern ein Ende der Blockade, um Handel mit unseren eigenen Produkten aus der Landwirtschaft und dem Öl treiben zu können«, macht der von Seiten der PYD im Kurdischen Hohen Rat für den Grenzübergang Sêmalka Verantwortliche Abdurrahman Hamo deutlich, dass es nicht nur um humanitäre Hilfe geht. »Wir vertrauen auf unsere eigene Kraft und halten notfalls wie das kubanische Volk 50 Jahre Embargo durch.« Am 27. Oktober gelang den Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Eroberung des bislang von den Banden des »Islamischer Staat im Irak und Großsyrien« (ISIS) kontrollierten Grenzübergangs in den Irak bei Til Koçer (Al-Yarubiyah). Dieser Erfolg habe angesichts der blockierten Grenze nach Südkurdistan eine neue politische und wirtschaftliche Situation geschaffen, zeigte sich der PYD-Kovorsitzende Salih Muslim zuversichtlich.

Die aus dem Embargo resultierende Not und Arbeitslosigkeit war im August Hauptgrund für eine Fluchtwelle von Zehntausenden Menschen aus Rojava nach Südkurdistan. Propagandasender aus dem Umfeld des Barzanî-Clans wie Rudaw-TV und Zagros-TV hatten zu der Massenflucht beigetragen, indem sie das Schreckgespenst eines angeblich drohenden kurdischen Bruderkrieges in Rojava an die Wand gemalt hatten. Die Flüchtlinge wurden in Zeltlagern in wüstenähnlicher Umgebung fern der Städte untergebracht. Um in den Genuss der Lebensmittelversorgung zu kommen, werden sie teilweise zum Eintritt in die Al-Partei von Abdulhakim Bashar genötigt. Krankheiten grassieren in den Lagern, aber es fehlt an Ärzten. Sicherheitskräfte und kriminelle Banden aus dem Umfeld einiger kurdischer Parteien nutzen die Armut der Flüchtlinge, um junge Frauen zur Prostitution zu zwingen. Doch inzwischen haben viele Flüchtlinge gemerkt, dass sie von der KRG und der PDK zu politischen Zwecken missbraucht und getäuscht wurden, und sind wieder nach Rojava zurückgekehrt. Die Brücke von Sêmalka bleibt ihnen verschlossen, so dass sie den Dicle mit Booten überqueren müssen.

»Wir haben die Grenze niemals zugemacht, das Tor war nicht für eine Minute geschlossen«, weist Hamid Derbandi, Vizeminister und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Präsidialamt der KRG Anfang Oktober den Vorwurf eines Embargos zurück.[2] Doch dann fügt der als Rojava-Sonderbeauftragter Barzanîs auch für die Grenze nach Rojava verantwortliche PDK-Funktionär hinzu: »Aber wir entscheiden, wer passieren darf.« Einer Gruppe kurdischer Parlamentarier aus

2 Gespräch mit Hamid Derbandi am 8. Oktober im Präsidialamt in Hewlêr.

der Türkei, darunter die Kovorsitzende des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) Aysel Tuğluk, die ihre Solidarität mit der Rojava-Revolution zeigen wollten, bekam so keine Erlaubnis zur Einreise nach Rojava. Am 23. Oktober verweigerte die KRG dann dem PYD-Kovorsitzenden Salih Muslim, der an Trauerfeiern anlässlich des Todes seines im Kampf gegen Islamisten gefallenen jüngsten Sohnes teilgenommen hatte, die Ausreise aus Rojava. So musste Muslim Syrien über eine gefährlichere Route verlassen und über Bagdad nach Europa reisen. »Die PYD kämpft für die Interessen des *[Assad-]* Regimes, mit dem sie eng zusammenarbeitet. Die PYD respektiert den Willen des kurdischen Volkes nicht«, rechtfertigte die KRG das Einreiseverbot für Muslim in einer Erklärung, in der dieser »Wille des kurdischen Volkes« kurzerhand mit den Machtinteressen des Barzanî-Clans und seiner Satelliten in Rojava gleichgesetzt wird.

Unter vielen Kurden stößt das Verhalten Barzanîs auf Unverständnis, sie appellieren an die kurdische Einheit. Doch die Differenzen zwischen Barzanî und Salih Muslim bzw. der PYD sind nicht bloße Führungsstreitigkeiten, sondern gehen auf Klassendifferenzen und unterschiedliche Systemvorstellungen zurück. Barzanî ist durch Ölgeschäfte eng mit der türkischen Regierung verbunden. Doch die Partnerschaft mit der islamisch-konservativen AKP-Regierung, die zuletzt beim gemeinsamen Auftritt von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und dem südkurdischen Präsidenten Barzanî am 16. November in Amed (Diyarbakır) zelebriert wurde, ist nicht aufrichtig, sondern beruht allein auf Wirtschaftsinteressen. Südkurdistan ist – auch aufgrund der Spannungen mit der irakischen Zentralregierung wegen Ölgeschäften – von türkischen Investitionen und Importen abhängig. Das versetzt Ankara wiederum in die Lage, auch bezüglich ihres Umgangs mit Rojava Druck auf die KRG auszuüben. Doch Barzanîs negative Haltung gegenüber der Revolution in Rojava ist nicht nur die Folge einer solchen Fremdbestimmung durch die Türkei.

Im eigenen Land hat er ein auf Petro-Dollars beruhendes korruptes neofeudales Regime errichtet. Gigantische Einkaufs-Malls und luxuriöse Gated Communities schießen dort aus dem Boden, während die Zahl der sogenannten Ehrenmorde und Gewaltakte gegen Frauen um ein Vielfaches zugenommen hat. Für viele Menschen in Rojava ist dieses Modell als Vorbild für die eigene Zukunft nicht attraktiv. Die dort in Volksräten unter Führung der PYD zusammengeschlossenen Menschen haben sich mehrheitlich entschlossen, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu gehen. Und sie führen einen aktiven Kampf gegen rückständige Strukturen in Familie und Gesellschaft. So wird beispielsweise Großgrundbesitz kurdischer Aghas, den das Baath-Regime enteignet hatte, nicht mehr an die alten Eigentümer zurückgegeben, sondern in Kooperativen weiter bewirtschaftet.

Barzanî wirft der PYD vor, mit dem Assad-Regime zu kooperieren und andere Parteien zu unterdrücken. In Wirklichkeit unterhalten viele dieser nationalistisch geprägten und von Barzanî finanzierten Parteien wie die Al-Partei und ihre zahlreichen Abspaltungen Büros in Rojava. Doch die meisten von ihnen verfügen über kaum eine gesellschaftliche Verankerung, weil sie außer beim Fahnenschwenken auf Demonstrationen passiv bleiben und sich nicht am Aufbau der Selbstverwaltung und ihrer Verteidigung gegen die Islamisten beteiligen. Ihre Führer wie der Al-Partei-Vorsitzende Abdulhakim Bashar haben Rojava teilweise seit Beginn der Revolution nicht mehr betreten und leben in Luxushotels in Hewlêr. Sie setzen darauf, durch Verhandlungen mit der syrischen Auslandsopposition oder infolge eines westlichen Militäreinmarsches an die Macht zu kommen. Die eng mit der türkischen Regierung arbeitende Azadî-Partei von Mustafa Cuma hat sich mehrfach an Angriffen der islamistischen Al-Nusra-Front auf kurdische Orte und Stadtviertel von Heleb, und sogar an Massakern, beteiligt und in Amûdê aus einer Demonstration heraus das Feuer auf YPG-Kämpfer eröffnet. Dies – und nicht etwa ihre politische Tätigkeit – ist der Grund, warum einige Mitglieder solcher Parteien auch in den Gefängnissen der den Volksräten unterstehenden Asayiş-Polizeimiliz von Rojava sitzen.

Die Absicht ist klar: Während durch Sabotageakte von Islamisten und Mitgliedern einiger kurdischer Parteien Unsicherheit geschürt werden soll, versuchen Barzanî und die KRG die Bevölkerung durch ein Hungerembargo so lange unter Druck zu setzen, bis sie sich von der PYD distanziert. Dann hofft Barzanî, mit seinen Petro-Dollars als Helfer in der Not erscheinen und seine Satellitenparteien an die Macht bringen zu können. Immer noch gibt es offenbar in Barzanîs Umfeld die irrige Vorstellung, in Rojava ließe sich ein ähnliches System der Machtteilung durchsetzen wie in Südkurdistan, wo das Land unter der PDK und der mit ihr gemeinsam regierenden Patriotischen Union Kurdistans (YNK/PUK) von Jalal Talabanî aufgeteilt wurde. Einige mögen so von einem »Kompromiss« träumen, wonach die Al-Partei etwa Dêrik (Al-Malikiya) und Qamişlo (Al-Qamishli) bekommt und die PYD Kobanî und Afrîn. Doch die PYD strebt keine Macht für sich an, sondern tritt für die Selbstorganisation der Bevölkerung ein. Jede Partei, die bereit ist, diese Selbstverwaltung zu unterstützen und zu verteidigen, kann ihren Platz innerhalb der Volksräte und ihrer Milizen finden. Doch einen Kompromiss mit denjenigen, die nur auf die Eroberung von persönlicher Macht und Reichtum aus sind und die alten patriarchalen und feudalen Strukturen nicht antasten wollen, kann es nicht geben. So bildet der Dicle (Tigris) bei Sêmalka nicht nur eine innerkurdische Grenze. Hier verläuft auch eine Grenze zwischen zwei Gesellschaftssystemen, zwei Mentalitäten und zwei Lebensweisen. ♦

Rojavas Erwartungen vor einer Syrien-Konferenz

Sich nicht beirren lassen auf dem Weg der Selbstbestimmung …

Mako Qoçgirî

Fast drei Jahre nach dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien soll nun am 22. Januar die »Syrien-Friedenskonferenz« in Genf, kurz »Genf II«, stattfinden. Erstmals sollen Opposition und das Baath-Regime unter dem Beisein einer Vielzahl von internationalen Mächten, die allesamt im syrischen Bürgerkrieg direkt oder indirekt mitmischen, zusammenkommen und über ein Ende des Krieges verhandeln. Doch ob es bei dem Termin bleibt, oder ob Genf II wie bereits mehrfach im Jahr 2013 verschoben wird, steht noch in den Sternen. Bisher ist nicht einmal geklärt, wer an der Konferenz teilnehmen will und wer daran teilnehmen darf.

Anscheinend nicht gewollt ist die Beteiligung einer eigenständigen kurdischen Delegation an Genf II. »Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei sind gegen unsere Teilnahme an der Konferenz. Sie wollen, dass sich die Geschichte des Vertrags von Lausanne 1923 wiederholt«, erklärt der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Union (PYD) Salih Muslim. Mit dem genannten Vertrag von Lausanne wurde der Pariser Vorortvertrag von Sèvres, der 1920 nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zwischen den Siegermächten und dem Osmanischen Reich geschlossen worden war, revidiert. Denn in der Zwischenzeit waren die türkischen Streitkräfte siegreich aus dem griechisch-türkischen Krieg von 1922 hervorgegangen und hatten dadurch die Verhandlungen mit den Siegermächten von neuem aufgerollt. Wer damals nicht mit am Verhandlungstisch sitzen durfte, waren die KurdInnen. Und letztlich waren sie die Leidtragenden der Verhandlungen, denn ihr Siedlungsgebiet wurde auf die Türkei, den Iran sowie die neu entstandenen Staaten Irak (unter dem Mandat Großbritanniens) und Syrien (unter dem Mandat Frankeichs) aufgeteilt. Mehr als 90 Jahre nach dem Vertrag von Lausanne arbeiten nahezu dieselben Staaten darauf hin, erneut die KurdInnen aus einer bedeutenden Friedenskonferenz für die Region herauszuhalten.

Doch deren Position in Syrien ist heute eine andere, als sie es nach dem Ersten Weltkrieg im ehemaligen Osmanischen Reich war. Mit der Revolution in Rojava (Westkurdistan/Nordostsyrien) ist es ihnen nicht nur gelungen, eigene Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen und diese bisher erfolgreich gegen Angriffe zu verteidigen, auch haben sie mit dem Kurdischen Hohen Rat (kurd.: Desteya Bilind a Kurd, DBK), einem Rat bestehend aus VertreterInnen der Volksräte Westkurdistans, der PYD und des Kurdischen Nationalrats von Syrien (ENKS), es geschafft, eine politische Struktur zu bilden, die den Willen der Bevölkerung von Rojava auf internationaler Ebene repräsentieren könnte.

Machtinteressen unterminieren die Arbeit des DBK

Doch dass der DBK dies könnte, bedeutet leider nicht automatisch, dass er es in der Realität auch tut. Gegründet wurde der Kurdische Hohe Rat durch das sogenannte Hêwler-(Arbil-)Abkommen vom 11. Juli 2013 unter der Gastgeberschaft von Massud Barzanî, dem Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Norden des Irak. Insgesamt 15 kurdische Parteien aus Rojava werden durch den DBK repräsentiert. Doch die Arbeiten im Hohen Rat waren von Anfang an von Schwierigkeiten bestimmt.

Die Bildung des DBK in Rojava stieß zunächst einmal die Türkei vor den Kopf. Denn eine Einheit der kurdischen Parteien in Westkurdistan würde für sie die Bekämpfung der Rojava-Revolution praktisch unmöglich machen. So übten die türkischen Verantwortlichen direkt nach der Gründung des DBK über Barzanî Druck auf die kurdischen Parteien aus, von diesem Schritt abzulassen und sich insbesondere von der PYD zu distanzieren. Der türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu führte bei einem Besuch Anfang August, also kurz nach der Gründung des DBK, in der Autonomen Region Kurdistan Gespräche mit VertreterInnen der kurdischen Parteien aus Syrien, jedoch allein mit den Parteien aus dem ENKS. Die Botschaft war klar: »Wir erkennen den DBK nicht an! Für uns ist allein der ENKS Vertreter der KurdInnen in Syrien.« Dass die ParteienvertreterInnen aus dem ENKS sich auf ein Gespräch über die Zukunft Rojavas mit dem türkischen

Außenminister einließen, war zugleich ein Verstoß gegen das Hêwler-Abkommen. Denn durch die Bildung des DBK sollte eigentlich ausschließlich die Diplomatie-Kommission des Kurdischen Hohen Rates, in dem alle Teile des DBK vertreten sind, Gespräche mit anderen Staaten über Rojava führen.

Einige Parteien aus den Reihen des Kurdischen Nationalrates witterten die Chance, sich außenpolitisch zu alleinigen VertreterInnen der KurdInnen in Syrien stilisieren zu können. Auch wenn sie in der Bevölkerung Rojavas kaum Rückhalt genießen mögen, eröffnete sich ihnen eine andere Option. Die Türkei, die mit ihrem Versuch weitgehend scheiterte, über die Unterstützung islamistischer KämpferInnen die Revolution in Rojava zu ersticken, brachte nun erhebliche Mühen dafür auf, zumindest die PYD politisch zu isolieren und andere, ihr genehmere kurdische Parteien in Syrien aufzubauen. Das deckt sich weitgehend mit den Interessen westlicher Staaten, die die KurdInnen in den Reihen der syrischen Opposition sehen wollen. Während die PYD gemeinsam mit dem DBK vehement einen dritten Weg für die KurdInnen vertrat, also weder auf der Seite des Regimes noch der vom Westen unterstützten Opposition stehen will, ließen Teile des ENKS das Hêwler-Abkommen von Anfang an für ihre machtpolitischen Interessen ins Leere laufen.

Allerdings traute sich keine der kurdischen Parteien, die mit der Türkei und dem Westen liebäugelten, aus dem Kurdischen Hohen Rat auszutreten. Ein solcher Schritt ließe sich nämlich nicht vor der Bevölkerung Rojavas rechtfertigen. So stellten einige Parteien aus dem ENKS immer wieder Forderungen im DBK, die offen gegen das Hêwler-Abkommen verstießen. Die »Parteien der politischen Einheit«, ein Bündnis aus den beiden Azadî-Parteien, der Yekitî-Partei und der El-Partei, allesamt im ENKS vertreten, forderten beispielsweise immer wieder den Aufbau einer zweiten militärischen Kraft in Rojava neben den Volksverteidigungseinheiten (YPG). Die YPG seien der bewaffnete Arm der PYD und deshalb hätten andere Parteien auch das Recht auf eigene Streitkräfte, lautete die Argumentation. Doch die YPG hatten sich sofort nach der Gründung des DBK in dessen Dienst gestellt und immer wieder erklärt,



Am 11. November 2013 detonierte nachmittags gegen 16 Uhr ein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug vor dem Gebäude des Kurdischen Roten Halbmonds »Heyva Sor a Kurd«. 14 Menschen kamen ums Leben, viele wurden verletzt. Heyva Sor A Kurd sammelt weiter Sach- und Geldspenden für die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung in Rojava. Foto: YÖP

dass sie kein militärischer Arm irgendeiner Partei seien. Auch bei der Gründung des DBK waren die YPG als alleinige militärische Streitkraft in Rojava akzeptiert worden. Eine weitere unhaltbare Forderung einiger Parteien aus dem ENKS war, die Kontrolle über jeglichen Reichtum an Rohstoffen in den befreiten Gebieten Rojavas unter den Blöcken innerhalb des DBK aufzuteilen. Die PYD stellte sich auch gegen diese Forderung und erklärte von Anfang an, dass keine politische Partei Anspruch auf den Reichtum erheben dürfe, der der gesamten Bevölkerung Rojavas zustehe.

Die Widersprüche zwischen den Blöcken im DBK wurden zusätzlich durch Massud Barzanî verschärft. Er hatte nicht nur von Anfang an die Forderungen der ihm nahestehenden »Parteien der politischen Einheit« gestützt, er degradierte sich selbst auch zum Handlanger der Türkei, indem er durch die Schließung des südkurdischen Grenzübergangs Sêmalka (Faysh Khabur) nach Rojava das von der Türkei auferlegte Wirtschaftsembargo gegen die kurdischen Siedlungsgebiete in Syrien unterstützte.

Die Arbeit des DBK war praktisch zum Stillstand gekommen. Ein letzter formeller Schritt der VertreterInnen des ENKS im November, um das vorzeitige Ende des DBK zu untermauern, war ihr Eintritt in die »Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte«. Drei Mitglieder des ENKS sind seitdem in der 60-köpfigen »Syrischen Nationalkoalition« vertreten.

Aufbau der Übergangsregierung in Rojava

Nach einem im DBK einstimmig gefassten Beschluss, bevor die Unstimmigkeiten zu einem Stillstand seiner Arbeit führten, sollten möglichst zügig eine Übergangsregierung in Rojava einberufen und Vorbereitungen für die Durchführung demokratischer Wahlen getroffen werden. Trotz der Schwierigkeiten im Hohen Rat sind die Arbeiten in dieser Richtung unter der Initiative der PYD und der Volksräte Westkurdistans in vollem Gange. Und sie genießen breite Unterstützung. An der Versammlung mit dem Ziel des Aufbaus einer provisorischen Regierung Mitte November nahmen Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt 35 unterschiedlichen Parteien und Organisationen aus der Region teil. Teilgenommen haben auch VertreterInnen der arabischen, turkmenischen und christlichen Gemeinschaften aus Rojava. Und auch vier Parteien aus dem ENKS unterstützen den Aufbau der Übergangsregierung, was zu Spannungen im Syrischen Nationalrat geführt hat. Während ein Teil des ENKS sich an den Vorbereitungen zur Bildung der Übergangsregierung beteiligt, für eine Wiederbelebung des DBK und die Bildung einer gemeinsamen kurdischen Delegation für Genf II plädiert, erklären die »Parteien der politischen Einheit«, dass der ENKS in den Reihen der syrischen Opposition nach Genf reisen wird, und fordern die übrigen Parteien aus dem ENKS auf, sich aus der Bildung der Übergangsregierung herauszuhalten. ENKS-Generalsekretär Mistefa Oso erklärte dazu: »Dieser Schritt *[die Bildung der Übergangsregierung]* widerspricht den Abmachungen zwischen dem ENKS und den Volksräten Westkurdistans. Aus diesem Grund erklärt der ENKS, dass er keinerlei Beziehungen zur Übergangsregierung unterhalten und sich nicht an ihr beteiligen wird.«

Doch auch ohne die Unterstützung des gesamten ENKS laufen die Vorbereitungen weiter. So erläuterte Aldar Xêlil, Mitglied der Volksräte Westkurdistans, nach dem zweiten Vorbereitungstreffen für die Bildung der Übergangsregierung Anfang Dezember, dass die Unterstützung für das Projekt weiter anwachse. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, das Gebiet von Rojava in drei Kantone – Afrîn, Kobanî (Ain al-Arab) und Cizirê (Al-Dschazira) – aufzuteilen. In einem ersten Schritt sollen dort eigene Übergangsadministrationen bestimmt werden. Die Kantone sollen allerdings in einem ständigen Dialog miteinander stehen und in Zukunft soll ihre Koordination durch eine gemeinsame Verwaltung optimiert werden.

Ziel ist es, die Übergangsregierung noch vor Genf II auf die Beine zu stellen. Xelîl ist der Überzeugung, dass die demokratischen Verwaltungsstrukturen in Rojava Vorbild für das gesamte Syrien sein können: »Für uns ist es deshalb wichtig, dass wir in Genf II mit einer eigenen kurdischen Delegation vertreten sind, dort unser Projekt vorstellen und seine Anerkennung erwirken können.« Ob die breite Unterstützung für den Aufbau der Übergangsregierung in Rojava auch den gesamten ENKS zum Umdenken bewegen kann, wird sich zeigen. Mitte Dezember kündigte die Person mit dem wohl größten Einfluss auf den ENKS, Massud Barzanî, an, sich erneut mit der PYD an den Tisch setzen zu wollen. Thema wird sicherlich auch sein, in welcher Form die KurdInnen an Genf II teilnehmen wollen und wie die internationalen Mächte dazu stehen.

Ob die KurdInnen gemeinsam an der Genfer Konferenz teilnehmen wollen, ist also genauso ungewiss wie die Frage, ob sie das überhaupt dürfen. Selbst ob Genf II überhaupt stattfinden wird, weiß niemand so recht. Und wenn ja, kann niemand prognostizieren, ob daraus ein Schritt in Richtung Frieden in Syrien getätigt werden kann. Es bleiben also noch viele Fragen ungeklärt. Bis Antworten darauf gefunden werden, wird in Rojava in der Zwischenzeit einfach kontinuierlich weiter an den demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen gearbeitet. »Egal, wie die anderen Mächte sich zu einer möglichen Teilnahme der KurdInnen an Genf II verhalten, den Aufbau unserer Selbstverwaltung werden sie nicht verhindern können«, so Aldar Xelîl. ♦


YÖP

Die Widerstandsbewegung der Frauen in Rojava wird sich auf Syrien und den Mittleren Osten auswirken

Perspektiven der Frauenbewegung in Rojava

Îlham Ehmed

Ich bin der Auffassung, dass seit den Anfängen des Widerstandes in Syrien die Unterdrückungs-, Verleugnungs- und Angstpolitik des Baath-Regimes ausreichend beschrieben und erklärt worden ist. Darum will ich auf ein selten beleuchtetes Thema – die Situation der Frauen – näher eingehen. In Syrien war es Frauen nie erlaubt gewesen, zusammenzukommen und ihre eigenen Interessen zur Sprache zu bringen. Sie waren einem strengen islamischen Recht untergeordnet, das jegliche Organisierung von Frauen bestrafte. Die Sklavenrolle der Frau wurde als Schicksal hingenommen, somit hatten sie nie den Raum und die Möglichkeit, für ihre Rechte und ihre Interessen einzutreten. Frauen wurden mit der Absicht erzogen, sich ihrem Schicksal unterzuordnen. Das ist auch der Hauptgrund, warum sich lange Zeit keine Basis für eine Widerstandsbewegung bilden konnte.

Kurdische Frauenbewegung mit Vorbildwirkung in der Region

Es waren jedoch Frauen, die dieses Schicksal geändert haben. Auch wenn die Medien nicht viel darüber berichten, führen kurdische Frauen seit dreißig Jahren einen intensiven Kampf gegen das Baath-Regime. Diese dreißigjährige Erfahrung hat auch die anderen Frauen in Syrien beeinflusst. Mit Beginn des Widerstandes in Syrien und mit der darauffolgenden Revolution in Rojava sind viele Frauengruppen auf der Suche nach Lösungsmodellen für die Frauenfrage; ihr Bewusstsein für die Geschlechterfrage hat sich entwickelt. Die in Syrien entstehenden Frauenbewegungen wurden zu einem beträchtlichen Teil von den kurdischen Frauen beeinflusst. Auf der einen Seite sind solche revolutionären Entwicklungen in Rojava zu beobachten und auf der anderen Seite nehmen im restlichen Land die Gewalt gegen die Frauen und ihre Unterdrückung neue Dimensionen an. In dieser Phase sind Frauen nicht nur Op-

fer der Baath-Diktatur, sondern auch Betroffene der Gewalt und Unterdrückung durch oppositionelle Gruppen in Syrien. Frauen, die sich gegen die Gewalt- und Leugnungspolitik des Baath-Regimes zur Wehr setzen, werden zu Opfern von Baath-Gegnern, die unter dem Deckmantel des Islam Frauen verhaften, foltern und vergewaltigen. Von vielen Frauen fehlt jegliche Spur und es ist nicht dokumentiert, welcher Willkür sie ausgesetzt sind. Den geflüchteten Frauen, die zumeist in Flüchtlingscamps leben, geht es nicht besser, weil sie einer paternalistischen Alltagspraxis ausgesetzt sind. Frauen, die dieses »Schicksal« nicht hinnehmen und sich gegen die oben genannten Umstände wehren, erwarten Belästigungen, Erniedrigung, Vergewaltigung. Viele trauen sich nicht, diese Ungerechtigkeiten zu bekämpfen.

Vergewaltigung und Prostitution im Namen des Dschihad

Wie in jedem Krieg sind auch in Syrien Frauen und Kinder die Opfer, die am meisten leiden müssen. Banden, die sich mit dem Islam identifizieren, predigen, dass die Vergewaltigung der Frauen erlaubt sei. Bizarre Gesetze, wie das über die Dschihad-Ehe, die als Mittel der sexuellen Befriedigung der Dschihad-Kämpfer dient, breiten sich immer mehr aus. Frauen aus unterschiedlichen arabischen Ländern werden zum Zwecke der sexuellen Befriedigung nach Syrien geholt. Sie werden entweder krank oder infizieren sich mit dem HIV-Virus und werden zurück in ihre Heimat geschickt. Etliche Frauen machen das auch aus der Überzeugung heraus, dass die Befriedigung von Dschihadisten ihnen den Weg in den Himmel ebnet. Dieser Zustand kann mit der gesellschaftlichen Erniedrigung und Herabwürdigung von Frauen erklärt werden. Auf der anderen Seite dient er als Waffe gegen die Organisierung und den Widerstand der Frauen.

Jeder weiß, dass Rojava unter der Führung kurdischer Frauen einen großartigen Widerstand gegen das Patriarchat geleistet hat. Jegliche Form der Unterdrückung wird mit allen Mitteln bekämpft. Diese Entwicklungen sind natürlich ein Dorn im Auge reaktionärer Kräfte und somit ein Kriegsgrund. Mit der Bekämpfung der Widerstandsbewegung kurdischer Frauen, die eine Vorbildrolle für die Region spielt, versucht man, den Widerstand zu verhindern und die Gewalt gegen Frauen zu forcieren.

Kurdische Freiheitsbewegung als Basis unseres Kampfes

Wie auch oben erwähnt, blickt die Frauenbewegung in Rojava auf eine dreißigjährige Erfahrung zurück. Der Freiheitskampf der PKK, der sich in allen vier Teilen Kurdistans etablieren konnte, ist vor allem bei Frauen auf offene Ohren gestoßen. Abdullah Öcalan, der die Freiheit der Frauen als Grundbedingung für die Freiheit Kurdistans sieht, hat durch seine Ausführungen zur Frauenfrage sehr vielen aus der Seele gesprochen. Der große Erfolg der PKK ist auch auf den intensiven Kampf der Frauen zurückzuführen. Die Hürden für die Selbstorganisierung der Frauen konnten durch die PKK zu einem beträchtlichen Teil überwunden werden. Tausende haben sich dem Freiheitskampf der PKK angeschlossen sowie sich an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt. Viele dieser Frauen sind diesem Kampf auch zum Opfer gefallen. Darum sind die aktuellen Errungenschaften in Rojava vor allem der kurdischen Freiheitsbewegung zu verdanken.

Für die Freiheit haben wir unsere Selbstverteidigung und Organisierung fortentwickelt

Frauen haben innerhalb des revolutionären Prozesses in Rojava einen eigenen Willen und sind eine stabile Kraft; sie haben überall ihre eigenen Rätestrukturen organisiert.

Damit konnten soziale Probleme erkannt und in die Tagesordnung aufgenommen werden, Frauen entscheiden selbst und finden Lösungen für die Probleme. Sie haben eine Vorreiterrolle in den Serhildans (Volksaufständen), Demonstrationen und jeglichen anderen Aktionen eingenommen. Politisch, wirtschaftlich, aber auch militärisch entwickeln sie immer mehr ihre Selbstorganisierung. Unter dem Namen Yekîneyên Parastina Jinê (YPJ) haben sie ihre Selbstverteidigung. Frauen haben großes Interesse an ihrer eigenen Organisierung und den Arbeiten, vor allem an der Selbstverteidigung.

Auch in der Politik haben Frauen trotz großer Schwierigkeiten bewiesen, dass sie auf jeden Fall eine führende Rolle spielen können und diese auch einnehmen werden. An der provisorischen Regierung der Region nehmen Frauen aktiv teil.

In allen Städten in Rojava, in denen die Revolution stattgefunden hat und die unter unserer Verwaltung stehen, wird die Leitung mit dem »System der Kovorsitzenden« realisiert, auch in anderen wichtigen Entscheidungsgremien der Verwaltung gestalten Frauen mit.

Das heißt, dass wir auf der einen Seite gegen Angriffe von außen kämpfen und uns verteidigen müssen, aber auf der anderen Seite wird versucht, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch lokale Verwaltungseinheiten zu befriedigen.

Wir haben in allen Bereichen eine vierzigprozentige Geschlechterquote verwirklicht und diese Geschlechterquote haben wir zu einem Prinzip erhoben.

In Rojava werden Gesundheitsseminare für Frauen, Erste-Hilfe-Kurse, Kurse zur Kindergesundheit, Kultur- und Kunst-Workshops und weitere Kurse zu den Themen, welche die Frauen vorschlagen, organisiert. Damit schaffen wir buchstäblich die Grundlage dafür, dass in Zukunft nur Frauen über Frauenthemen entscheiden und nicht jemand anders. Es werden ein neues Bewusstsein und Selbstbewusstsein entwickelt.



Selbstverteidigungseinheiten der Frauen YPJ Foto: YÖP

Rückständigkeit in der Gesellschaft wird überwunden

Uns war natürlich bewusst, dass wir mit dem Beginn des Bürgerkriegs mit massiven Problemen konfrontiert sein würden. Dementsprechend haben wir uns bemüht, notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Obwohl es seit dreißig Jahren einen Kampf gegen das Patriarchat in Rojava gibt und vieles überwunden wurde, gibt es immer noch Ruinen dieser Mentalität. Es gibt noch immer Frauen, die sich der »Schicksals«-Mentalität fügen. Die sogenannten »Ehrenmorde« und Suizide der Frauen sind mit dem Beginn des organisierten Widerstands der Frauen dezimiert worden.

Das ist natürlich eine Situation, die aufgrund der Organisierung und des Widerstands der Frauen innerhalb der Gesellschaft erreicht worden ist. Wir haben, speziell was diese Themen betrifft, besonderen Wert auf diese Arbeiten gelegt. Es schalten sich unsere Bildungszentren, Frauenverteidigungskräfte und Volksgerichte ein, um sich ganz individuell mit dem Problem auseinanderzusetzen und es zu lösen.

Trotzdem gibt es noch vieles zu verändern. Wir müssen die Frauen noch viel mehr in die Bewegung einbeziehen, weil die männliche Dominanz in der Gesellschaft weiterhin existiert. In Rojava wird sich die Frau in jedem Bereich der Revolution organisieren, mitgestalten und formen. Denn es ist ein viel zu hoher Preis gezahlt worden, um etwas anderes machen zu können.

Trotz der vielen Hürden und Herausforderungen wurde in der Frauenbewegung nie ein Schritt zurück gemacht, nie wurden die Arbeiten unterbrochen und die Motivation der Frauen war immer hoch. Denn ein Schritt zurück würde es erlauben, dass das Patriarchat wieder unser Leben gestaltet.

Nicht nur die Kurdinnen, sondern alle Frauen in Syrien werden wir mobilisieren und organisieren

Auf der anderen Seite versuchen wir, die Errungenschaften des Kampfes und Widerstands zu schützen und zu stärken. Diese Schritte begrenzen wir jedoch nicht nur auf kurdische Frauen. Wir wollen gleichzeitig arabische, assyrische und armenische Frauen erreichen. Unsere Beziehungen und Arbeiten sind schon seit Beginn der Revolution im Gange. Als Ergebnis der gemeinsamen Arbeit haben wir uns vor Kurzem in Qamişlo (Al-Qamishli) zur »Initiative der syrischen Frauen« zusammengeschlossen. Ob politische, soziale oder bürgerliche Frauen – alle Organisationen finden sich in dieser Initiative wieder.

Dieser Schritt war aus Sicht des vereinten Kampfes der Frau erforderlich. Unser Ziel ist es, all jene Frauen zu erreichen, die noch immer nicht an die Möglichkeit der Autonomie, der Freiheit und den Willen der Frau glauben. Von Rojava ausgehend wollen wir alle Frauen in Syrien unter einem Dach vereinen. Wir sind uns im Klaren darüber, dass es nicht einfach sein wird, aber wir wissen auch, dass es notwendig ist. Weil wir denken, dass die Frau in jedem Bereich ihres Lebens unter Druck steht und ausgenutzt wird. Wir wissen, dass jede Frau dies überwinden will. Wenn die Probleme und Ziele der Frauen dieselben sind, muss auch ihr Widerstand derselbe sein. Unter diesem Motto werden wir in Rojava alle Frauengruppen, Zusammenschlüsse und Organisationen auf einer gemeinsamen Basis zur gemeinsamen Arbeit vereinen. Zurzeit erstellen wir gemeinsame Programme und organisieren gemeinsame Veranstaltungen und Demonstrationen. ♦

Îlham Ehmed, Vertreterin der kurdischen Frauenbewegung in Rojava (Westkurdistan) und Mitglied des Kurdischen Hohen Rates

Nur die Frauen selbst können sich helfen

Die tragische Lage der Frauen in Südkurdistan

N. Deniz Bilgin, Journalistin

Südkurdistan ist eines der Gebiete, in denen Frauen von Männern beherrscht werden, in denen sie Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sind. Während sie im Schatten der Männer nicht mit ihrer eigenen Identität in der Politik vertreten sein können, werden sie ermordet, verbrannt, missbraucht und vergewaltigt. In jedem Lebensbereich in Südkurdistan herrscht Gewalt gegen Frauen wie Genitalverstümmelung, Mord, Verbrennung, Missbrauch, Vergewaltigung, Selbsttötung, Verkauf ihrer Körper.

Das schlimmste Ausmaß nimmt die Gewalt an bei der Selbsttötung der Frauen durch Selbstverbrennung. Allerdings werden etliche Frauen von Verwandten verbrannt und dies wird dann als Suizid dargestellt. Jedes Jahr (manchmal auch mehrmals im Jahr) werden in Südkurdistan Nachrichten über Gewalt an Frauen oder Statistiken veröffentlicht. Doch es ist zweifelhaft, wie genau diese Statistiken die Realität widerspiegeln. Denn die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen in der feudalen Gesellschaft in Südkurdistan ist weitaus höher. Entweder werden die Frauenmörder nicht festgenommen oder sie kommen nach kurzer Zeit wieder frei. Auch wenn im vergangenen Jahr einige kleinere Gesetze mit Familienbezug erlassen worden sind, schafft die Regierung in Südkurdistan praktisch keine ernsthaften Lösungen. Die Frau ist nirgendwo in irgendeinem Lebensbereich mit ihrer eigenen Identität vertreten. Sie ist das zweitrangige Geschlecht, sie arbeitet in der Küche, gebärt Kinder, dient dem Mann.

Auch die Frauenorganisationen konnten bisher nicht aus dem Schatten der männlichen Herrschaft treten. Die einzige rein aus Frauen gebildete Organisation vor Ort ist die Organisation der Frauen für Freiheit in Kurdistan (Rêxistina Jinên Azadîxwaz ên Kurdistanê – RJAK). In allen anderen sitzen sogar in den Vorständen Männer.

Die Bilanz der Gewalt gegen Frauenorganisationen

Es gibt viele verschiedene Gründe für die Gewalt gegen Frauen. Der erste ist der, mitten in einem militärischen, ökonomischen und politischen Kriegsgebiet zu leben. In einer permanenten Kriegssituation erleiden Frauen mehrfach Schaden. Hinzu kommt die feudale und religiöse Mentalität in der Region. In einem solchen System entsprechen die Gesetze natürlich dieser Einstellung, vertreten somit die Seite des Mannes. Angesichts der Statistiken der letzten zwei Jahre erkennen wir die tragische Lage der Frauen.

Auf Gewalt gegen Frauen trifft man überall, vom politischen bis zum gesellschaftlichen Bereich. Physische als auch psychische Gewalt. Zentren, die die Gewalt gegen Frauen verfolgen, veröffentlichen darüber manchmal jährlich, manchmal halbjährlich Statistiken. Schauen wir uns diejenigen der ersten acht Monate des Jahres 2013 an. Sie betreffen die Regionen Silêmanî (Sulaimaniya), Hewlêr (Arbil), Duhok (Dahuk), Germiyan (Kirkuk), Ranya (Raniya)und die zugehörigen Gebiete. Auch wenn sich die Ausmaße unterscheiden, gibt es Gewalt in nahezu jeder Stadt.

Demnach wurden in den ersten acht Monaten in 2013 gezählt: 33 Morde durch Männer, 23 Suizide, 161 Verbrennungen, 90 Selbstverbrennungen, 3260 Anzeigen wegen Gewalt, 190 Anzeigen wegen sexueller Gewalt. Insgesamt 3757 Fälle von Gewalt gegen Frauen. Vergleichen wir sie mit der Statistik des vorangegangenen Jahres 2012, als 4645 Fälle von Gewalt gegen Frauen registriert worden waren, so erkennen wir einen Rückgang der Zahlen.

Fälle von Verbrennung und Selbstverbrennung werden getrennt in die Statistik aufgenommen, da die Umstände von Selbstverbrennungen mittlerweile fragwürdig geworden sind. Nicht bei jedem Fall von Verbrennung handelt es sich um Suizid, meist werden Frauen auf diese Weise ermordet, deshalb werden Selbstverbrennungen und Verbrennungen unterschiedlich kategorisiert.

Ein weiteres Problem in der Region ist die physische Ausbeutung des weiblichen Körpers. Das geht so weit, dass es allein in Silêmanî an die 300 Räumlichkeiten geben soll, in denen Frauenkörper verkauft werden. Dieses Beispiel zeigt die Brisanz dieser Lage.

Kein Vertrauen in die Statistiken

Das sind die Statistiken der letzten zwei Jahre. Aber viele Menschen und Institutionen stehen diesen Statistiken misstrauisch gegenüber. Denn die Zahlen werden aus den Fällen erschlossen, die in den Medien oder bei der Polizei auftauchen. Es sind also die bekannt gewordenen Fälle. Doch über diese hinaus gibt es weit mehr Frauen, die getötet werden, sich selbst verbrennen oder verbrannt werden.

Zudem genießt das Beobachtungszentrum zur Gewalt gegen Frauen, das die Statistiken veröffentlicht, kein großes Vertrauen. Es wurde 2007 vom Innenministerium gegründet und ist in nahezu jeder Provinz und jedem Kreis vertreten. Aber 90 % der Vorstandsmitglieder sind Männer. In den Kreisen Çemçemal (Dschamdschamal) und Şarezor gab es bis zu Beginn dieses Jahres nicht einmal eine Frau im Vorstand. Infolgedessen fragen sich Frauenorganisationen, inwieweit »ein Mann die Gewalt gegen eine Frau anprangern und eine Lösung aufzeigen kann«?

Hinzu kommen einige praktische Beispiele für das Misstrauen gegen dieses Zentrum. Vertreterinnen von Frauenorganisationen, mit denen wir gesprochen haben, erklären, dass Frauen, die dieses Zentrum aufgesucht haben, in ihre Familien zurückgeschickt werden. Eine dieser Frauen war Nigar aus Germiyan, die 2011 ermordet wurde. Nigar erlebte Gewalt durch ihren Mann und flüchtete sich in das Beobachtungszentrum zur Gewalt gegen Frauen. Aber die Verantwortlichen des Zentrums übergaben Nigar nach einigen Gesprächen ihrer Familie. Und Nigar wurde ermordet. Aufgrund einiger solcher Fälle ist das Misstrauen gegen dieses Zentrum gewachsen. Und die Vertretung durch Männer in etlichen Positionen des Zentrums verstärkt die Probleme.

Was macht die Regierung?

Wie aber nimmt die Regierung im Hinblick auf dieses schreckliche Bild diese Probleme auf, welche Lösung kann sie bieten? Denn die Regierung in Südkurdistan hat zwanzigjährige Erfahrung. Einige Frauenorganisationen werfen ihr vor, für dieses Bild verantwortlich zu sein. Die Regierung betrachtet diese Situation nicht ernsthaft bzw. bewertet sie nicht entsprechend. Nicht nur die Probleme der Frauen, sondern auch die gesellschaftlichen Probleme werden nicht gelöst. In der Gesellschaft ist die männliche Mentalität schon stark verankert und statt sie abzubauen, verfestigt die Politik der Regierung sie weiter. Unzureichende rechtliche und bürokratische Maßnahmen verhindern die Beseitigung oder Verringerung der Gewalt.

Ein weiterer Grund für den Anstieg der Gewalt gegen Frauen ist die mangelhafte Umsetzung von Gesetzen. Frauenmörder werden trotz Protesten von Frauen freigelassen. Trotz etlicher Verurteilungen sind bisher nur wenige Personen festgenommen oder bestraft worden. In vielen Fällen werden Tatverdächtige unter dem Vorwand, erheblich provoziert worden zu sein, oder wegen mangelnder Beweise usw. erneut freigelassen. Somit wird den Frauen die juristische Sicherheit genommen und sie werden dem Tod überlassen. Und den Männern gibt es den Mut, weiter Gewalt auszuüben. Kurz gesagt: Es gibt für die Frau keine Gerechtigkeit.

Schauen wir auf die Anzahl der Frauen in Regierungspositionen: Seit 1992 werden in Südkurdistan Wahlen durchgeführt. Aber nur ein bis zwei Frauen schaffen es ins Regierungskabinett. Auch die Anzahl der weiblichen Abgeordneten hat keinen großen Einfluss.

Ebenso wurde das Frauenministerium in Südkurdistan 2009 abgeschafft. Stattdessen wurde die Frauenkoordination gegründet, in der die Frauenformationen der politischen Parteien ihren Platz einnehmen. Aber diese Institution arbeitet nicht an der Lösung der Frauenprobleme bzw. hat nicht die entsprechende Einstellung. Meist begnügt sie sich damit, Presseerklärungen abzugeben. Somit dient sie nicht einem Projekt, sondern dem Interesse der politischen Parteien.

Die Situation der Frauenorganisationen

Auch die seit 1990 steigende Zahl von Frauenorganisationen zeigt eine gespaltene Haltung. Es lässt sich nicht leicht behaupten, dass in Südkurdistan wirklich unabhängige, selbstbestimmte Frauenorganisationen arbeiten, die gegen die männliche Herrschaft Widerstand leisten. Denn die politischen Parteien haben sehr großen Einfluss auf die Frauenorganisationen. Und die Arbeit der Parteien bezweckt nicht den gesellschaftlichen Wandel, sondern ist beschränkt auf tagesaktuelle, eng gefasste, pragmatische Themen. Wenn sich eine Frau einer politischen Partei widmet, dann ist ihr keine von der Politik dieser Partei unabhängige Stellung möglich. Und da die politischen Parteien männlich beherrscht sind, arbeiten sie nicht ernsthaft an der Lösung von Frauenproblemen, ganz im Gegenteil wird die männliche Herrschaft noch verfestigt. Eine Frauenaktivistin stellte diese Situation bestechend klar: »So wie in einer feudalen Familie ein Vater die Familie unter seinem Einfluss hält,

alles besser weiß, genau so entscheiden die politischen Parteien über die Frauen.« Diese Situation hat eine dem männlichen Bild entsprechende Frau geformt. So sehr, dass Frauen, die der Gewalt ihres Mannes ausgesetzt waren oder von diesen getötet wurden, von ihren eigenen Geschlechtsgenossinnen damit bedacht werden, dass sie »bestimmt nicht auf ihren Mann gehört haben«, »einen Fehler gemacht haben« oder Ähnlichem.

Diese gespaltene Haltung der Frauenorganisationen führt zu einer noch tragischeren Lage der Frauen. Sogar die Durchführung einer gemeinsamen Aktion am 25. November, dem »Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen«, wurde durch diese Haltung erschwert.

Männer arbeiten in Frauenorganisationen

In nahezu allen Frauensektionen der politischen Parteien und in den unabhängigen Frauenorganisationen und -institutionen arbeiten Männer. Das allein ist schon ein großes Problem. Sicherlich ist es unrecht, allen Frauenorganisationen vorzuwerfen, sie seien passiv und täten nichts für die Frauen. Aber die mehrheitliche Anwesenheit bzw. Mitbeteiligung von Männern in einem Umfeld, in dem Frauen atmen und Probleme diskutiert und Lösungen gesucht werden, verstärkt diese Probleme.

Wie schon zu Beginn dargestellt, ist die Organisation der Frauen für Freiheit in Kurdistan (RJAK) die einzige Organisation, deren Mitglieder und Mitarbeiterinnen alle Frauen sind. Sie arbeiten in Bereichen wie Politik, Organisation, Akademie, Presse, Kultur. Die RJAK, die bis zu diesem Jahr in Südkurdistan offiziell nicht anerkannt worden war, hat in Kerkûk (Kirkuk) eine Frauenakademie. Trotz der bisherigen Nichtanerkennung führt sie in der Gesellschaft seit Jahren Informationskampagnen zur Gewalt gegen Frauen durch. Sie hat einige Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Situation von Frauen entwickelt. Auch wenn ihr Name nicht erwähnt wird, so sind doch einige Entwürfe, die sie der Regierung vorlegte, als Gesetz erlassen worden.

Seitdem die RJAK in Südkurdistan offiziell anerkannt ist, hat sie mit neuen Projekten begonnen. In diesem Herbst eröffnete sie Schulungskurse für 2500 junge Oberstufenschülerinnen. Die Organisation hält an Schulen Seminare ab, in denen junge Frauen zu Themenbereichen wie ihren Rechten, der männlichen Gesinnung und dem Kampf dagegen und ihrer Rolle in Familie und Gesellschaft aufgeklärt werden. Neben der Arbeit mit Frauen führt die Organisation mit der gesamten Gesellschaft, auch mit Kindern und Männern, Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen durch.

Selbstverständlich sind diese von uns aufgeführten Probleme nicht nur Probleme Südkurdistans, sondern der gesamten Welt. Aber sollte in dieser spezifischen Region nicht ein ernsthafter Schritt gegen Gewalt an Frauen getan werden, werden sie sich weiter verschärfen. Und das ist nicht nur ein Frauenproblem, sondern auch ein gesellschaftliches und vor allem eines der Regierung. Um diese tragische Situation der Frauen zu ändern, müssen allen voran die Regierung und alle Schichten der Gesellschaft sensibel sein und darauf hinarbeiten. Am wichtigsten ist die Unabhängigkeit der hiesigen Frauenorganisationen, um die Kraft zu gewinnen, mit eigenem Willen eigene Entscheidungen zu treffen. ♦



DIHA

»Radikales Denken aus Frauenperspektive – Jineolojî«

In einer Zeit, in der das Leben von Menschen auf der ganzen Welt durch ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Krisen bedroht ist; in der das patriarchale kapitalistische System in all seiner Grausamkeit seine weltweiten Herrschaftsansprüche durchsetzt; in der der Großteil der Menschheit in Ausbeutung und Unterdrückung lebt und in der Frauen auf Grund des patriarchalen Wesens von Staat, Gesellschaft, kapitalistischer Ökonomie, positivistischer Ideologie, Religion und Wissenschaft auf vielfältige Weise davon betroffen sind…

…brauchen wir Frauen, die sich an der Entwicklung von Alternativen und an Kämpfen um Veränderungen beteiligen, und zukunftsgerichtete alternative Konzepte, um eine freie, demokratische und ökologische Gesellschaft aufzubauen!

Frauenbewegungen und soziale Bewegungen verdeutlichten in den letzten Jahrzehnten immer wieder das dringende Bedürfnis nach gesellschaftlichen Alternativen, die nicht auf Unterdrückung, Hierarchie und Marginalisierung beruhen. Um das herrschende System daran zu hindern, sich innerhalb seiner Bildungs-, Gesellschafts-, kulturellen und politischen Systeme zu reproduzieren, ist es notwendig, über praktische Kämpfe hinausgehend neue wissenschaftlicher Denkansätze und Vorstellungen, ein Frauen-Paradigma zu erstellen; und so begannen innerhalb der kurdischen Frauenbewegung Diskussionen und Forschungen über Anliegen und Konzept von »Jineoloji«, was sinngemäß mit »Frauenwissenschaft« übersetzt werden kann.

Jineoloji kritisiert das elitäre, patriarchale, positivistische Verständnis von Wissenschaft und bemüht sich darum, einen alternativen ganzheitlichen Ansatz zu entwickeln. In vielen Ländern formulierten Frauenbewegungen und Feministinnen bereits eine Wissenschaftskritik, es entstanden Frauenforschung und feministische Wissenschaftsansätze. Jineoloji bezieht einerseits diese Diskussionen, Erfahrungen und Erkenntnisse ein, versucht aber zugleich von den Bedingungen und Bedürfnissen in Kurdistan ausgehend eine neue Form und ein neues Verständnis der Wissenschaft von und für Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten zu entwickeln.

Jinoloji ist keine abgeschlossene Diskussion, sondern allenfalls ein Anfang, ein erster Schritt, der innerhalb der kurdischen Frauen begonnen hat. Wir wollen diesen Schritt weiterführen und Diskussionen mit – nach Alternativen suchenden – Frauen aus der ganzen Welt führen.



Deshalb laden wir vom 29. Februar bis zum 02. März 2014 in den Räumlichkeiten der Universität Köln zur ersten Jineoloji-Konferenz ein, um unter anderen in den Themenbereichen Geschichte, Epistemologie, Ökonomie und Ökologie, Feminismus und Jineoloji als ein Weg zu einem kommunalen und freien Leben miteinander zu diskutieren.

Während wir von anderen Perspektiven, Denkansätzen, von anderen Frauenkämpfen und feministischen Wissenschaften lernen, wollen wir Jineoloji als eine Methode vorstellen, die die Entwicklung von Frauen-Denkweisen, Wissen und Wissenschaft, sowie tiefgreifende Intervention in patriarchale Denkstrukturen, und all ihre exemplarischen Stadien umfasst.

Cenî – das Kurdisches Frauenbüro für Frieden (Deutschland), die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA (Deutschland), die International Free Women´s Foundation (Niederlande), die Women´s Research Foundation for the Middle East (Niederlande) sowie die Vereinigung Studierender Frauen aus Kurdistan YXK-Jin u. a. rufen Frauen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kontexten, Fachbereichen, Kämpfen und geografischen Regionen auf, sich an der Konferenz aktiv zu beteiligen und an den Diskussionen teilzunehmen, mit dem Ziel, weitere Schritte aufeinander zuzugehen und gemeinsame alternative Formen des Denkens und Lebens zu entwerfen.

15. Dezember 2013, das Vorbereitungskomitee ♦

Über den Zusammenhang von Realdiplomatie und Menschenwürde

Rohani – ein nuklearer Wolf im Schafspelz

Dilar Dirik

Mit der Hilfe imperialistischer Großmächte hat die Teile-und-herrsche-Politik der vier Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt ist, dazu beigetragen, dass viele Kurden durch die künstlich errichteten Grenzen einander entfremdet wurden. Dies führte leider oft dazu, dass Kurden zum Opfer von Machtspielen wurden, in denen sie gegeneinander aufgehetzt und schließlich vernichtet wurden. Doch wenn sie einen gemeinsamen Weg in Richtung Freiheit und Demokratie gehen wollen, dürfen sie nicht regionalistisch denken und müssen einander verstehen und solidarisch beistehen. Zurzeit ist nämlich nicht nur Westkurdistan (Rojava) in Gefahr – ein Teil Kurdistans wird oft vernachlässigt: Ostkurdistan (Rojhilat).

Kurdistan wurde nicht erst mit dem Vertrag von Lausanne im Jahre 1923 geteilt – sondern schon vor der Bildung von Nationalstaaten im Nahen Osten 1639 zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich, damals unter der Herrschaft der Safawiden. Das bedeutet, dass die Kurden im Osten schon Jahrhunderte vor der bis heute bestehenden endgültigen Spaltung vom restlichen Kurdistan getrennt waren.

Im Gegensatz zu Nordkurdistan wurden die Kurden in Ostkurdistan (Rojhilata Kurdistan) keiner systematischen Politik der kulturellen Assimilation unterworfen. Obwohl persischer Chauvinismus dennoch die Gesellschaft geprägt hat, wurde die kurdische Identität vom Staat nicht geleugnet. So konnten die Kurden dort ihre Kultur in Form von Musik, Sprache, Literatur, Kunst und Feierlichkeiten unbehelligt ausüben. Das liegt zum Teil auch daran, dass die kurdische Kultur und Sprache der persischen näher sind als etwa der türkischen oder arabischen. Allerdings heißt das natürlich nicht, dass der Iran den Kurden dadurch ihre Menschenrechte und politischen Rechte gewährt hat. Obwohl in Rojhilat Bildungs- und kulturelles Niveau sehr hoch sind sowie die Identität sehr ausgeprägt ist, können die Zivilgesellschaft und politische Gruppen keine legalen Strukturen aufbauen, weil das extrem schiitisch-konservative islamische Regime sowohl die Religion als auch die persische Ethnie instrumentalisiert, um so die Menschen zu terrorisieren.

Die islamische Revolution im Iran im Jahre 1979 war zu Beginn von intellektuellen, progressiven und linken Aktivisten angeführt worden, die sich gegen den Schah aufgelehnt hatten. Dabei stellten auch die Kurden eine wichtige Fraktion der Opposition dar. Ähnlich wie der säkulare Faschismus in der Türkei vor Erdoğan die Kurden und andere Minderheiten durch sein nationalistisches Dogma unterdrückt hatte, war der iranische Schah ein säkularer Tyrann, der Gruppen wie die Kurden mit repressiven Maßnahmen unter Kontrolle halten wollte. Als jedoch die Revolution einen zunehmend islamisch-fundamentalen Charakter annahm, wurden sowohl die progressiven als auch religiöse und ethnische Gruppen auf grauenhafte Art und Weise unterdrückt. Ayatollah Chomeini, der ideologische Anführer der Revolution, rief sogar zu einem »Dschihad« gegen die Kurden auf.

Im iranisch-irakischen Krieg zwischen 1980 und 1988 wurden die Kurden aufgrund ihrer Position an der Grenze der beiden Staaten oft von der jeweiligen Seite ausgenutzt und später im Stich gelassen. So kooperierten sie in Südkurdistan mit dem iranischen Regime in der Hoffnung, nach Saddam ihre Autonomie zu genießen, während die kurdischen Parteien in Ostkurdistan mit dem irakischen Regime arbeiteten. Die größte Tragödie dieser Zeit wurde schließlich als das fürchterliche Massaker von Helepçe (Halabdscha) im Jahre 1988 bekannt, als Saddam Hussein in einem Racheakt an den Kurden, die mit dem Iran zusammengearbeitet hatten, durch die sogenannte Al-Anfal-Kampagne Tausende von Kurden ermorden ließ, was seinen Höhepunkt in der Giftgasattacke auf Helepçe fand.

Die Menschen im Iran können sich aufgrund der extrem undemokratischen Bedingungen nicht politisch organisieren und müssen aus diesem Grund illegal arbeiten. »Terrorismus« sowie »Gottesfeindlichkeit« sind sehr abstrakte und den politischen Umständen entsprechend flexible Begriffe, die Tausende

von Unschuldigen ins Gefängnis bringen. Vor allem politische Gefangene werden oft unter Folter gezwungen, Geständnisse abzulegen, obwohl sie keine Straftaten begangen haben. Vor allem Frauen und nicht persische, nicht schiitisch-islamische Gruppen wie Kurden, Belutschen, Azeris, Araber, Bahai, Christen und Sunniten leiden unter dem System, das sie aufgrund ihrer Identität diskriminiert.

Das letzte Regime unter Ahmadinedschad hatte sehr viele Menschen, vor allem aus ethnischen und religiösen Gruppen, und politische Gefangene hingerichtet. Ahmadinedschad, der seine politischen Absichten stets deutlich zur Sprache brachte und somit den Iran oft an den Rand eines Krieges mit Israel brachte, war wegen seines »Hardliner«-Images gewiss kein Freund des Westens.

So schien der im Juni 2013 gewählte Präsident Hassan Rohani mit seiner moderaten Art der vielversprechende Reformist zu sein, auf den die Gesellschaft gewartet hatte. Durch Versprechungen an die Opposition, die Jugend und Minderheiten hatte der Kandidat die Sympathie des Volkes gewonnen. In einigen kurdischen Städten erzielte er eine überwältigende Anzahl Stimmen. Sich im Kontrast zum radikalen Ahmadinedschad darstellend, schaffte es Rohani ins Amt. Eines seiner größten Versprechen, die ihm besonderes Gehör im Westen verschafften, war sein angeblicher Wille, mit dem Westen über Irans Nuklearprogramm zu verhandeln. Zum ersten Mal seit der islamischen Revolution 1979 fand ein Telefonat zwischen Washington D. C. und Teheran statt.

Ende November erschien ein Musikvideo zum 100. Tag nach Rohanis Amtsantritt als Präsident der Islamischen Republik Iran. Obwohl Musikinstrumente im staatlichen Fernsehen im Iran verboten sind, schien dieses von Rohanis Sympathisanten zusammengestellte Video, in dem eine seiner Reden, mit Koranversen und iranischer Poesie geschmückt, von Frauen und Männern auf Persisch, Kurdisch, Azeri, Belutschisch und Arabisch musikalisch interpretiert wird, ein Tabu zu brechen. Rohani teilte das Video auf seiner Webseite und auf sozialen Medien – ein weiterer Tabubruch, denn soziale Netzwerke wie etwa Facebook und Twitter sind im Iran offiziell verboten.

Die internationale Presse ist äußerst optimistisch, doch diese symbolischen Gesten und Flirtereien mit dem Westen ignorieren eine gravierende Tatsache: Die Menschenrechtslage im Iran ist weiterhin katastrophal und nach manchen Analysen hat sie sich unter Rohani sogar verschlechtert.

Eine massive Hinrichtungswelle fegte in den letzten Wochen und Monaten durch die iranischen Gefängnisse. Laut einem Bericht von Amnesty International gaben die iranischen Stellen für das Jahr 2013 offiziell 331 Hinrichtungen an, doch zuverlässige Quellen berichten von mindestens 262 weiteren, wobei mindestens 367 seit Rohanis Wahlsieg im Juni, also gerade mal innerhalb eines halben Jahres durchgeführt worden sind! Obwohl Rohani außerdem große Zugeständnisse an politische Gefangene gemacht hatte, gehört keiner der wenigen Freigelassenen einer Minderheit an. Innerhalb einer Woche wurden drei kurdische Aktivisten, Reza Esmaili, Sherko Moarefi und Habibullah Gulperipour, hingerichtet. Gulperipour war ein Koordinator der Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK). Obwohl seit 2011 ein Waffenstillstand zwischen der PJAK und dem Regime besteht, hat die Hinrichtungswelle der vergangenen Monate die Waffenruhe deutlich strapaziert.

Eine massive Hinrichtungswelle fegte in den letzten Wochen und Monaten durch die iranischen Gefängnisse. Laut einem Bericht von Amnesty International gaben die iranischen Stellen für das Jahr 2013 offiziell 331 Hinrichtungen an, doch zuverlässige Quellen berichten von mindestens 262 weiteren, wobei mindestens 367 seit Rohanis Wahlsieg im Juni, also gerade mal innerhalb eines halben Jahres durchgeführt worden sind!

Ähnlich wie im Falle der wochenlangen US- und russischen Lobpreisung ihrer Übereinkunft zu Syriens Chemiewaffenarsenal wird momentan den Verhandlungen zwischen dem Iran und dem Westen aufs Absurdeste applaudiert. Wie schnell Menschenrechtsverletzungen um des Gleichgewichts der Kräfte willen vergessen werden können!

Was bedeutet also der Anstieg der Zahl der Hinrichtungen von Kurden und anderer politischer Gefangener unter dem angeblich moderaten Präsidenten Rohani?

Wie Abdul Rahman Haji Ahmadi, Vorsitzender der PJAK, Reuters in einem Interview erklärte, gehört »Rohani ganz und gar zum Zentrum des Regimes«. Die scheinheiligen Annäherungsversuche an den Westen seien ein Mittel, um den Iran aus der politischen Sackgasse zu befreien, in der durch internationale Sanktionen die Wirtschaft und somit die gesamte Gesellschaft lahmgelegt wird.

Unter einem Hardliner wie Ahmadinedschad war die Linie des Iran zumindest klar und deutlich. Die scheinbar sanfte Art

Rohanis ist diplomatisch notwendig, um politischen Spielraum zu gewinnen. Seine »sympathische Art« entspringt kaum seiner Verbundenheit mit aufrichtigen Reformen, wie der schrecklichen Hinrichtungswelle so kurz nach seinem Amtsantritt zu entnehmen ist. Der Iran muss diese Verhandlungen eingehen, denn die Sanktionen treiben mittlerweile viele Menschen ins Ausland, weil sie keine Arbeitsaussichten haben und die Preise stetig steigen. Doch gleichzeitig nutzt das Regime die Situation aus, um weiterhin Druck innerhalb des Landes auszuüben!

Man muss sich davor hüten, voreilige Schlüsse über die Rohani-Administration zu ziehen. Die bisherigen Lockerungen liegen ganz im iranischen Sinne, um dem Westen kleine Reförmchen vorzulegen, doch sie reflektieren keinerlei Menschenrechtsreformen innerhalb des Iran. Weiter noch, es steht zu befürchten, dass der Wandel der letzten paar Monate darauf hinweist, dass der Iran und einige andere Mächte eine gemeinsame Strategie verfolgen. Die Tatsache, dass die USA Israels Bedenken zurückweisen und die Verhandlungspartner die Verbesserung der Menschenrechtssituation nicht zur Bedingung machen, deutet einen internationalen strategischen Wendepunkt an.

Unterdessen unterhält die Autonome Region Kurdistan unter Präsident Masud Barzanî hervorragende wirtschaftliche und politische Beziehungen zum Iran. Neben den vielen türkischen Investitionen in Südkurdistan kommt ein großer Teil ebenfalls aus dem Iran, der viel Einfluss auf die südkurdische Politik hat. Somit ließe sich auch erklären, warum die der PDK (also Barzanîs Demokratischer Partei Kurdistans) nahestehende Nachrichtenagentur Rudaw berichtet, dass manche der Meinung seien, die Kurden müssten enger mit den religiösen Institutionen der iranischen Regierung zusammenarbeiten, um ihre Rechte zu bekommen.

Sogar ältere kurdische Parteien wie die Komala und die Demokratische Partei Kurdistan-Iran unterhalten mittlerweile Beziehungen zum Regime und haben ebenfalls Einfluss auf Südkurdistan, was dazu führt, dass die einzige ernstzunehmende kurdische Opposition zurzeit die PJAK ist.

Die Autonome Region Kurdistan, die Türkei, der Iran, die USA und andere Staaten scheinen ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Die Situation Syriens und Rojavas beunruhigt die internationalen Mächte mehr, als sie zugeben wollen. Die Errungenschaften der Kurden in Rojava werden von ihnen vielleicht auch deswegen nicht als besonders bemerkenswert dargestellt, eben weil sie das Blatt dramatisch wenden könnten.

Die Autonome Region Kurdistan, die Türkei, der Iran, die USA und andere Staaten scheinen ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Die Situation Syriens und Rojavas beunruhigt die internationalen Mächte mehr, als sie zugeben wollen. Die Errungenschaften der Kurden in Rojava werden von ihnen vielleicht auch deswegen nicht als besonders bemerkenswert dargestellt, eben weil sie das Blatt dramatisch wenden könnten.

Bekanntlich haben diese Regime, auch wenn sie untereinander keine Freundschaft pflegen, ihre Streitigkeiten stets beiseitegelegt, wenn es um die Kurden ging. 2011 attackierten der Iran und die Türkei beispielsweise gemeinsam die Qandil-Berge, um die kurdischen Guerillakämpfer in die Enge zu treiben.

Aus diesem Grund dürfen all die aktuellen Entwicklungen nicht separat behandelt werden. Eventuell haben die Großmächte und die regionalen Kräfte einen neuen Plan für Kurdistan ausgeklügelt. In den Worten Salih Muslims, des Kovorsitzenden der Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien: »Wir akzeptieren kein zweites Lausanne.«

Barzanîs Opportunismus kam zuletzt bei seinem Besuch in Amed (Diyarbakır) als Teil der prunkvollen AKP-PDK-Show zur Geltung. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan inszenierte die feudale, konservative PDK als alternative Kurdenpartei, um Parteien wie die PKK, PYD und PJAK mit ihren linken, säkularen und feministischen Ideologien zu marginalisieren. Südkurdistan schließt die Grenze zu Rojava, hält viele Hilfsgüter zurück und kooperiert mit dem Iran und der Türkei, obwohl Kurden im Iran hingerichtet werden und die AKP eine Mauer in Nisêbîn (Nusaybin) und Roboskî (Ortasu) bauen lässt und die türkische Polizei wie zuletzt in Gever (Yüksekova) und Nisêbîn Zivilisten ermordet! Diese Haltung der Barzanî-Regierung verdeutlicht wieder einmal, welchen Schaden sie den Kurden in anderen Teilen Kurdistans zuzufügen bereit ist, solange das ihren Interessen dient.

Die Großmächte, denen es vor allem um ihre wirtschaftlichen Interessen geht, können ein Kurdistan wie das unter Barzanî tolerieren. Doch weder der Iran noch die Türkei wollen den Kurden innerhalb ihrer Grenzen die gleiche Selbst-

bestimmung zugestehen. Somit nutzen sie Südkurdistan für ihre Zwecke aus, wobei Barzanî nur allzu gern auf diese Geschäfte eingeht. Ein Kurdistan im Sinne des Demokratischen Konföderalismus, basierend auf Ökologie statt kapitalistischer Ökonomie, auf Gleichberechtigung der Geschlechter statt feudal-islamischem Patriarchat (Südkurdistan ist die einzige Region in Kurdistan, in der Genitalverstümmelung an Frauen durchgeführt wird!), kann die Weltordnung anscheinend nicht akzeptieren. Darum adoptieren die politischen Akteure zurzeit gemeinsam mit Barzanî eine Strategie, um neben dem Schutz ihrer wirtschaftlichen Interessen um jeden Preis eine Autonomie in Rojava abzuwenden.

Einfache Worte und Verhandlungen mit dem Westen reichen nicht aus, um einen demokratischen Wandel im Iran zu erreichen. Wenn die Menschen, meist als »Feinde Gottes« bezeichnete Menschenrechtler, politische Aktivisten und Journalisten, weiterhin unter erniedrigenden Bedingungen und Foltermaßnahmen zu Unrecht festgehalten werden und anschließend nach nur minutenlangen Prozessen zum Tode verurteilt werden, sollte das die zentrale Rolle in Verhandlungen mit dem Iran im Gegenzug zu Lockerungen von Sanktionen spielen, nicht das Nuklearprogramm.

Anstatt den unheimlich ineffizienten Verhandlungen auf so hysterische Art und Weise zu applaudieren, muss man sich darum kümmern, dass die Strukturen im Iran geändert werden. Was interessiert es ethnische und religiöse Minderheiten, Frauen, die LGBT-Gemeinde und alle anderen unterdrückten Gruppen, ob Rohani und Obama ein Telefongespräch zustande gebracht haben? Was sollen Familien, die plötzlich erfahren, dass ihre Angehörigen über Nacht nach fünf Minuten im Gerichtssaal erhängt wurden, und nicht einmal die Leichname zu sehen bekommen, mit Rohanis »friedlichem Nuklearprogamm« anfangen?

Was interessiert die politischen Gefangenen, die unter Folter Taten zugeben, die sie nie begangen haben, ob Rohani ein hippes Musikvideo »retweetet« hat?

Diese Entwicklungen sind äußerst beunruhigend. Natürlich sollte das Nuklearprogramm des Iran besprochen werden, doch hierbei dürfen Menschenrechte nicht geopfert werden. Zu gern vergisst die Welt die Innenpolitik der Verhandlungspartner, solange es um ihr eigenes Interesse geht. Das offenbart nicht nur die iranische Strategie, sondern obendrein den undemokratischen Charakter der Weltordnung. Nur durch basisorientierte Selbstbestimmung der einzelnen religiösen und ethnischen Gruppen, Frauen, Jugendlichen, verschiedenen Berufsgruppen etc. kann sich die iranische Gesellschaft befreien. Vor allem die iranische Mittelklasse und die Oberschicht dürfen sich nicht von Rohanis Euphorie blenden lassen. Denn auch wenn sie von der Aufhebung von Sanktionen profitieren können, leben Minderheiten weiterhin unter menschenrechtsverachtenden Bedingungen (wenn sie nicht gerade im Evîn-Gefängnis auf den ungerechten Tod warten), in einer Gesellschaft, die persisch-schiitischen Chauvinismus als Bürgerschaft erster Klasse definiert.

Dieser staatsorientierten, faschistischen, feudal-patriarchalischen Mentalität der miteinander kooperierenden Mächte entgegenzuwirken, müssen die Kurden den Weg der Freiheit wählen und sich miteinander solidarisieren, statt wie Barzanî jede Gelegenheit auszunutzen, die eigenen Interessen zu konsolidieren. Die Hinrichtung politischer Aktivisten durch das iranische Regime geht uns genauso viel an wie das Massaker an Zivilisten in Rojava, wie die Morde an Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez, wie Roboskî, wie jede einzelne Frau und jeder einzelne Angehörige einer religiösen oder ethnischen Minderheit, die systematisch von diesen Staaten ermordet werden. Nur durch ein umfassendes Verständnis von Demokratie kann Kurdistan frei sein. Aber nicht »frei« im Sinne von Barzanîs Politik, mit der türkische Hotels, amerikanische Ölkonzerne und iranische Unternehmen Südkurdistan in ein zweites leeres und korruptes Dubai verwandeln, sondern frei im Sinne einer revolutionären Gesellschaft, die jede Identität und Herkunft akzeptiert und die Menschen mit Respekt für die Natur gleichberechtigt selbst bestimmen lässt. Genau davor hat dieses System nämlich Angst. ♦

Farzad Kamangar, hingerichtet im Mai 2010: »Glaube mir, wenn ich sage, dass unser Land für mich nur ein Teil dieser Welt ist. Wir haben nicht die Absicht, eine Mauer um unser Land zu bauen, und wir haben nicht die Absicht, es vom Rest der Welt zu isolieren, doch die Klagen und die Schmerzen, die seine Menschen erlitten, machen die Zugehörigkeit zu diesem Land umso süsser.«

Dilar Dirik, geboren 1991, hat Geschichts- und Politikwissenschaften studiert und den Master in Internationalen Studien. Das Thema ihrer Masterarbeit lautet »Die Rolle der Frau in der Ideologie und Organisation der PKK«. Sie schreibt regelmäßig für die »Kurdistan Tribune« und »Your Middle East«. Auf ihrem Blog »Peace in, peace out« finden sich weitere Texte: http://dilar91.blogspot.co.uk/

10. EUTCC-Konferenz, EU-Parlament Brüssel, 4.–5. Dezember 2013

Wie sieht die Zukunft der kurdischen Frage aus?

Redebeitrag von Joost Jongerden

Die Zukunft von heute

Auf allen Konferenzen und Treffen, an denen ich in den letzten Jahrzehnten teilgenommen habe, an noblen und prestigeträchtigen Orten wie dem Europäischen Parlament oder in Hinterhofräumen, konnten die Reden mit dem Satz beginnen, dass die kurdische Frage in der Türkei ein aktuelles Thema ist. Dieser scheinbar zeitlose Eingangssatz kann den Eindruck vermitteln, dass sich nichts geändert hat, und doch ist nichts weniger wahr. Heute sind die Aussichten auf eine Lösung ganz andere als vor einigen Jahren oder Jahrzehnten. Es wurde viel erreicht, doch es bleibt noch viel zu tun. Dass die Aussichten in der kurdischen Frage in der Türkei heute andere sind als gestern, ist all den Menschen, die für eine andere Zukunft gekämpft haben, und – das sollten wir anerkennen – in hohem Maße der PKK zu verdanken. Anfangs noch eine kleine Gruppe bewaffneter GenossInnen, wurde sie zu einer Massenbewegung, die sich in vielen unterschiedlichen Bereichen institutionalisierte. Die Bewegung entwickelte ein politisches Programm, das sowohl ideologisch visionär ist als auch auf einer Alltagspraxis basiert. Dazu möchte ich im Folgenden ein paar Worte sagen und auch eine kritische Anmerkung machen.

Dieses ideologisch visionäre und fundierte politische Programm ist selbstverständlich das der radikalen Demokratie. Kurz gesagt, besteht dieses Projekt der radikalen Demokratie im Projekt der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus. Demokratische Autonomie bezieht sich auf eine Praxis, in der Menschen die notwendigen und gewünschten Lebensbedingungen durch direktes Engagement und Zusammenarbeit produzieren und reproduzieren.[1] Demokratischer Konföderalismus lässt sich als Bottom-up-System (von unten nach oben) einer Selbstverwaltung charakterisieren. Demokratischer Konföderalismus ist wie ein Wurzelstock: Die Räte sind die Knotenpunkte in einem sich räumlich ausdehnenden Netzwerk und symbolisieren sowohl die Vereinigung Kurdistans als auch die Geschwisterlichkeit der Völker.

Die Idee von radikaler Demokratie ist selbstverständlich utopisch. Aber um es frei nach Oscar Wilde zu sagen: Eine Vision von einer Welt ohne Utopien ist wertlos (»Eine Landkarte der Erde, die nicht auch Utopia zeigt, ist keines einzigen Blickes wert«). Wir brauchen Utopia als Wegweiser zu einer guten und gerechten Gesellschaft. Doch in gewisser Weise ist radikale Demokratie nicht nur utopisch, ein Ort, den es nirgendwo gibt. Sie ist auch pantopisch, ein Ort, den es überall gibt, da die Projekte der radikalen Demokratie gegründet sind und praktiziert werden. In Diyarbakır *[kurd.: Amed]*, einer Stadt, der ich mich verbunden fühle, habe ich »radikale Demokratie« in Aktion erlebt, aber sie wird auch in Westkurdistan in Gestalt einer Rätebewegung praktiziert. Diese Räte übernehmen Verantwortung bei der Organisierung des gesellschaftlichen Lebens und waren unter den Bedingungen des Aufstands und Krieges in Syrien in der Lage, Dienstleistungen für die soziale Grundversorgung bereitzustellen.

Aber es gibt auch Entwicklungen, die dieser Idee der radikalen Demokratie entgegenstehen. In Diyarbakır, aber auch in anderen Städten der Region, können wir eine Tendenz zur sozialen Fragmentierung und Trennung beobachten. Diese soziale Fragmentierung und Trennung drückt sich darin aus, dass sich die Wohlhabenden aus den zentrumsnahen Stadtvierteln in die neuen Vorstädte zurückziehen. Sie ziehen in geschlossene Wohnanlagen mit privaten Wachdiensten und Videoüberwachung. Die BewohnerInnen dieser Wohnanlagen erledigen ihre Einkäufe in Shopping Malls, die ebenso geschützt und überwacht sind und verbringen ihre Freizeit an ähnlich privatisierten und gesicherten Orten. Der flämische Essayist Lieven De Cauter bezeichnet diese räumliche Abschottung als Entwicklung einer kapselförmigen Gesellschaft, in der sich das Leben in private Enklaven zurückgezogen hat. In einer solchen Gesellschaft ist der öffentliche Bereich geräumt, so wie der Wolkenkratzer die Straße getötet hat. Wenn man den öffentlichen Raum aufgibt, wenn man die Straße aufgibt, argu-

1 Dies wird in der autonomen marxistischen Literatur als »Selbstaufwertung« bezeichnet und »liefert ein nützliches Konzept, um unsere Aufmerksamkeit auf Kämpfe zu lenken, die über Widerstand hinausgehen und sich durch verschiedene positive, grundlegende gesellschaftliche Eigenaktivitäten auszeichnen«.

mentiert De Cauter, bedeutet das die Aufgabe der Außenwelt. Was bleibt, ist soziale Trennung und Abgrenzung. Beide sind zum Teil das Ergebnis einer systematischen und systemischen Erzeugung von Verunsicherung, aber auch einer wachsenden sozialökonomischen Ungleichheit, die ihre Ursache in neoliberaler Politik hat. Es ist ein städtischer Reflex auf die Vorstellung, die besagt: »Es gibt keine Gesellschaft.«[2] Diese räumliche Abschottung, die Entwicklung der Einkapselungsstädte, die Architektur und Planung der sozialen Trennung und Abschottung müssen hinterfragt und diskutiert werden. Die Frage, wie eine alternative Stadtentwicklung, ein demokratischer Urbanismus aussehen könnte, muss gestellt und debattiert werden. Vielleicht bezog sich Abdullah Öcalan genau darauf, als er seinen AnwältInnen vor einigen Jahren sagte, sie sollten den DTP-(BDP)-Stadtverwaltungen raten, Murray Bookchin zu lesen, einen der Vordenker im Bereich der politischen Ökologie und des demokratischen Urbanismus. Diese Empfehlung ist aktueller denn je.

Die Aussichten auf eine bessere Zukunft hängen nicht nur von der Umsetzung radikaler Demokratie ab, sondern auch von Verhandlungsprozessen. Im März dieses Jahres, nach dem Newroz-Statement von Abdullah Öcalan, schienen die Aussichten auf einen Verhandlungsfrieden gut zu sein. Obwohl niemand Wunder erwartete, griff diese Idee in den Konfliktparteien, die PKK und der Staat waren bereit dazu, eine Einigung zu finden. Aber dennoch, in den Monaten, die der Newroz-Erklärung folgten, haben wir das Scheitern eines möglichen Friedensprozesses beobachtet. Die Frage, die sich uns aufwirft, ist eine ziemlich einfache: Was lief falsch? Um Antworten auf diese Frage zu ermitteln, sollten wir mindestens zwei Angelegenheiten in unsere Betrachtung mit einbeziehen: erstens falsche Erwartungen und divergierende Ziele, die mit dem Rückzug verbunden worden waren, und zweitens einen geführten Prozess.

Ich möchte zunächst mit den falschen Erwartungen beginnen.

Grundsätzlich haben die PKK und die AKP eine grundverschiedene Analyse des Problems. Erdoğan, die AKP, oder in diesem Fall der türkische Staat, sehen das Problem als ein »Terrorismus-« oder »Waffenproblem«, während die PKK den bewaffneten Kampf nicht als das Problem ansieht, sondern als Symptom einer viel grundsätzlicheren Frage: die kulturnationalistische Politik der Türkei, welche die kurdische Bevölkerung zwang, sich selbst als TürkInnen darzustellen. Kurz, für den Staat handelt es sich um ein Sicherheitsproblem, während es für die kurdische Seite ein politisches Problem, eine Angelegenheit ihre Rechte betreffend ist. Die PKK knüpft den Rückzug ihrer KämpferInnen an eine politische Rückkehr, während die AKP den Rückzug als Beginn der Liquidierung der PKK ansieht, aus ihrer Sicht am besten begleitet von Asyl für die KaderInnen der Partei in Drittländern. Wenn die AKP diese Haltung nicht ändert, werden die Gespräche zum Krieg mit politischen Mitteln.

Im sogenannten Friedensprozess hatte die AKP-Regierung über mehrere Jahre Kontakte zur PKK, mit Gesprächen in unterschiedlicher Zusammensetzung und Kontexten. Eigentlich ist das, was wir in den letzten zwei Jahren beobachten konnten, als eine Verdichtung der Zusammensetzung oder Struktur der Gespräche anzusehen. Bei der momentanen Gesprächsrunde zwischen »der PKK« und »dem Staat« handelt es sich eigentlich um Gespräche zwischen offiziellen VertreterInnen des Staates und Abdullah Öcalan, bei denen die RepräsentantInnen in der Türkei (BDP) und die Organisation (PKK) in eine Satellitenposition als GesprächspartnerInnen manövriert werden. Im Vergleich zu den früheren Gesprächsrunden hat der sogenannte »Imralı-Prozess« den Kreis der Beteiligten gegenüber dem der »Oslo-Gespräche«, einer langen Serie direkter Gespräche zwischen VertreterInnen der PKK und des Staates zwischen 2007 und 2011, an denen hochrangige PKK-VertreterInnen und der Staatssekretär des türkischen Geheimdienstes MIT beteiligt waren, eingeschränkt.

> Offensichtlich gibt es kein Universalrezept für die Konfliktlösung, aber die »richtigen Bedingungen« für jeden erfolgreichen Friedensprozess beinhalten sicherlich nicht, dass eine Seite bestimmt, wer ihrE AnsprechpartnerIn sein soll.

In einem Interview im März 2013 stellte *[das KCK-Exekutivratsmitglied]* Zübeyir Aydar fest:

»Wenn wir VerhandlungspartnerInnen sind, dann wollen wir unsere eigene Delegation bestimmen. Lasst es uns klarstellen: Abdullah Öcalan repräsentiert und spricht in unserem Namen. Aber er ist nur eine Person. Er sollte das Recht haben, seine eigene Delegation zu wählen (…) Auf der einen Seite haben wir den Staat, mit tausenden zivilen Angestellten, BeraterInnen, Archiven und Dokumenten, und auf der anderen Seite eine Person, der sie sagen: Lass uns dieses Problem lösen. Okay, lasst uns dieses Problem lösen, aber er braucht Menschen, die ihm assistieren, er braucht BeraterInnen. (…) Jetzt kann er mit

2 Margaret Thatcher in einem Interview vom 23. September 1987.

niemandem sprechen. Das ist kein Weg, um gesunde Verhandlungen zu führen. Und wenn sie aufrichtige Absichten haben, dann kann es nicht schwer sein, die richtigen Bedingungen zu schaffen.«

Offensichtlich gibt es kein Universalrezept für die Konfliktlösung, aber die »richtigen Bedingungen« für jeden erfolgreichen Friedensprozess beinhalten sicherlich nicht, dass eine Seite bestimmt, wer ihrE AnsprechpartnerIn sein soll. In diesem Fall haben wir VertreterInnen des Staates gesehen, die zuerst durch die PKK zu Öcalan sprechen und dann mit der PKK durch Öcalan unter Benutzung der BDP. Ein ernsthafter Versuch eines Friedensprozesses erfordert die Schaffung eines gewissen Grades von gegenseitigem Respekt und Anerkennung, was beinhaltet, dass beide Parteien ihre eigenen Delegationen wählen können, die dann auch Handlungsfreiheit haben. Eine Lösung muss »mit ihren AdressatInnen verhandelt werden«[3]. Aber im Moment ähnelt das, was manchmal als Verhandlungen bezeichnet wird, mehr politischen Aufklärungsmissionen, in denen der Staat durch seine Geheimdienste die politischen Positionen der PKK und ihres inhaftierten Führers erforscht und beobachtet, ohne selbst Position zu beziehen. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen: Ein Versagen bei der Entwicklung einer verhandelten und von beiden Seiten anerkannten Roadmap hin zu einer politischen Lösung. Es sollte auch betont werden, dass eine politische Lösung etwas anderes ist als die Gewährung von Rechten. Rechte, denke ich, werden nie gewährt, sie werden im politischen Kampf gewonnen. Demokratie tröpfelt nicht von oben herab, sie baut sich von unten auf. Als solches sollten Verhandlungen als ein Ergebnis des politischen Kampfes betrachtet werden und nicht als Alternative dazu.

Für die Zukunft scheint für den Erfolg von Verhandlungen eine Erweiterung des Kreises der Beteiligten und ein Engagement für eine politische Lösung wichtig. Einerseits sollte die AKP VertreterInnen schicken, die über ein umfassendes Mandat verfügen (anstelle von GeheimdienstagentInnen mit unklarer Abhängigkeit), und andererseits sollte Abdullah Öcalan die Möglichkeit gegeben werden, sein eigenes Verhandlungsteam aufzustellen. Er sollte das Recht zu Gesprächen haben, mit wem, wann und wo er will. Beide Parteien müssen gleiche Möglichkeiten haben, den Prozess mitzugestalten. Es sollte wahrscheinlich ein für beide Seiten vertrauenswürdiger Moderator gesucht werden.

Wenn etwas aus diesen Zeilen hervorgehen kann, dann dass echte Verhandlungen die politischen Aufklärungsmissionen ersetzen können, die wir bis jetzt miterleben konnten und in denen der Staat die politischen Positionen der PKK erforscht und ohne jegliche Transparenz allein den nächsten Schritt bestimmt. Auf der Basis echter Verhandlungen ist eine politische Lösung der kurdischen Frage möglich. Dies setzt aber voraus, dass die AKP-Regierung ihre öffentliche Position widerruft, dass sie mit der PKK rede, aber nicht verhandle. Das schließt auch das Ziel ein, die PKK in eine neue, andere Türkei politisch zu integrieren, eine Türkei, in der die Menschen das Recht haben, ihre eigene Zukunft zu bestimmen, eine Türkei, die die Idee von der aktiven StaatsbürgerInnenschaft annimmt. Angesichts der anstehenden Wahlen und der nationalistischen Opposition, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei, gegen eine politische Lösung scheint dies ziemlich unwahrscheinlich. Und angesichts des explosiven Gemisches einer zögerlichen Regierung, eines scheiternden Friedensprozesses und einer ungeduldigen kurdischen Bevölkerung sind die Aussichten für eine Lösung ziemlich düster. ♦

Auf der Basis echter Verhandlungen ist eine politische Lösung der kurdischen Frage möglich. Dies setzt aber voraus, dass die AKP-Regierung ihre öffentliche Position widerruft, dass sie mit der PKK rede, aber nicht verhandle. Das schliesst auch das Ziel ein, die PKK in eine neue, andere Türkei politisch zu integrieren, eine Türkei, in der die Menschen das Recht haben, ihre eigene Zukunft zu bestimmen, eine Türkei, die die Idee von der aktiven StaatsbürgerInnenschaft annimmt.

Joost Jongerden ist Dozent für Entwicklungssoziologie und -anthropologie an der Universität Wageningen, Niederlande.

3 http://peaceinkurdistancampaign.wordpress.com/2013/09/12/kck-releases-new-statement-on-peace-process/

Zwanzig Jahre als Internationalistin und Gesundheitsarbeiterin in Kurdistan

Mehr Möglichkeiten, die eigenen Vorstellungen umzusetzen

Interview mit der Internationalistin Hevala Medya in Qandîl

Im Mai 1993 machten sich InternationalistInnen auf den Weg in die Berge Kurdistans, unter ihnen auch Medya. Zwanzig Jahre sind seitdem vergangen. In Qandil traf ich Doktor Medya, wie sie hier liebevoll von der Bevölkerung genannt wird, nach langer Zeit wieder. In der Gemeinde Binari Qandil arbeitet sie in einer selbstorganisierten Krankenstation und ist auch im Gemeinderat aktiv tätig.

Heval Medya, kannst Du Dich noch daran erinnern, wie wir vor zwanzig Jahren losgezogen sind; was fällt Dir ein, wenn Du daran zurückdenkst?

Aufregung, ich habe mich doll gefreut, dass es endlich losgeht. Ich hatte schon ein Jahr vorher losgewollt, aber irgendwie nicht den richtigen Weg dorthin gefunden. Und dann sollte es endlich losgehen. Ich hatte eine feste Entschlossenheit zu gehen und auch zu bleiben.

Mittlerweile sind zwanzig Jahre vergangen, eine lange Zeit; was waren die tiefsten Einschnitte oder Entwicklungen in dieser Zeit?

Ich hatte die Vorstellung, dass alle, die zur Guerilla kommen, es eigentlich ideologisch voll drauf haben, alles wissen und eben aus dieser Überzeugung, das Leben opfern zu wollen, um der gerechten Sache beizustehen. Da musste ich aber feststellen, dass das gar nicht so ist, dass es eine Volksbewegung ist. Eine Volksbewegung beinhaltet auch, dass Menschen teilnehmen, die irgendwas ändern möchten, die mit etwas nicht zufrieden sind oder aus Rachegefühlen gekommen sind, weil der Bruder getötet oder jemand aus der Familie gefoltert worden ist. Das sind auch Gründe, warum Menschen hier an der Guerilla teilnehmen. Und dann kommt es so, dass Menschen aus verschiedensten Hintergründen herkommen und alle zusammen und alle aus völlig verschiedenen Klassen, aus verschieden Farben und Orten, mit verschiedenen Kulturen, und alles kommt zusammen, und sich da erst einmal einzufinden, damit mit diesem Gemisch mit unterschiedlichen Sachen Einklang zu finden, ist erst einmal nicht leicht, aber wenn man dann sieht, dass es dann doch klappt, wenn es auch hier oder da zu Konflikten kommt oder irgendwie mal etwas nicht zusammenpasst …

Was waren das denn für Probleme?

Zum Beispiel Vorurteile gegeneinander oder andere religiöse Hintergründe in der Kultur, es gibt ja auch Kulturunterschiede, die überwunden werden müssen, wo jede/r die eigenen Werte als die richtigen empfand und die der anderen falsch. Da stoßen dann so Gegensätze aufeinander und das wird dann in Tagesauswertungen überwunden oder mit Ausbildungseinheiten, wo erst mal die Werte der Organisation dargestellt werden, vorgestellt wird, was, welche Werte, welcher Bezug aus der Gesellschaft heraus wachsen.

Hast Du Dir hier das Leben so vorgestellt?

Ich hatte eigentlich eine sehr vage Vorstellung, ich hätte es mir auch nicht so vorstellen können, schon, dass es lange dauern wird, viele haben damit Schwierigkeiten, weil sie meinen, dass es nicht so lange dauern würde, wir werden kämpfen, wir werden sterben, also auch kein richtiges Ziel …

Also das Sterben war das Ziel und nicht das Gewinnen?

Ja, nicht nur, aber dabei sein, etwas zu machen, was verändern, aber eben so lange, wie es geht. Da hatten viele nicht die Aussicht, dass sie vielleicht sogar noch ein Ziel erreichen, um es auch erfahren zu können.

Du hast ja relativ schnell Deine Arbeit im Guerillakrankenhaus aufgenommen; wenn Du Dich an damals erinnerst und es mit heute vergleichst, was ist da anders geworden?

Da hat sich vieles geändert. 1993, das war die Zeit des ersten einseitigen Waffenstillstands der PKK, als wir in Botan angekommen sind, und trotz des Waffenstillstands gab es aber Operationen und Luftangriffe. Bei einem Luftangriff haben wir uns nach Elkê (Beytüşşebap) zurückgezogen, wo eine neue Verteilung der Kräfte stattfand, und dadurch, dass niemand etwas in der Region dort von medizinischer Versorgung verstanden hat, es schwierig war, jemand zu finden, der oder die sich für die Gesundheitsversorgung dort verantwortlich fühlte oder was machen wollte. Das war der Ausgangspunkt für mich, da kann ich was machen, da können wir etwas aufbauen. Es war für mich der Punkt, damit anzufangen, und in der Operation, das muss man sich mal vorstellen, die Mittel, die wir hatten, waren eine Plastiktüte mit einer angebrochenen Binde, einer Tablette und etwas Kaliumpermanganat, das war es dann auch.

Gab es viele ÄrztInnen bei der Guerilla?

Es gab schon welche, drei bis vier gab es im Hauptquartier von Botan, aber auch in allen anderen Regionen gab es FreundInnen, die mal ´ne Spritze geben konnten oder einen Verband anlegen …

Gab es Krankenstationen?

Ja, die Krankenstation, wir kamen im Sommer dort an, das war so ein schöner Platz unter einem Baum, auf der Plastikplane lagen noch Wolldecken und das war dann das Krankenhaus.

Und heute?

Und heute haben wir richtige Krankenhäuser …

In allen Gebieten oder nur in Qandîl?

Nicht nur in Qandîl, sondern auch in anderen Gebieten, aber in Qandîl ist ein größeres, das Zentrum, es ist stufenweise. In jeder militärischen Einheit gibt es mindestens eine/n, der oder die Erste Hilfe machen kann, und dann gibt es in jedem Gebiet ein Krankenhaus, kleine, aber welche, die auch stationär aufnehmen und die erste Stufe der medizinischen Versorgung durchführen können. Und wenn eine weitere Versorgung dort nicht möglich ist, dann können sie den Fall nach Qandîl schicken, wo es mehr Möglichkeiten gibt. Hier gibt es auch schon technische Geräte wie Ultraschall, Röntgen, Labore, und da geht es schon weiter, und wenn das nicht reicht, dann gibt es noch weitere Möglichkeiten in den Städten.

Das heißt, dass Operationen nicht durchgeführt werden können?

Doch, kleine schon. Wir wollen das aber weiter ausbauen.

Momentan läuft ja mit der Türkei ein sogenannter Friedens- und Lösungsprozess, kannst Du ihn einschätzen? Glaubst Du, dass es zu einem gerechten Frieden kommen kann?

Es könnte zu einem gerechten Frieden kommen, es liegt eigentlich mehr an unserer eigenen Kraft, an der Kraft des kurdischen Volkes, als daran, ob die Türkei etwas macht oder nicht. Das ist der wichtige Punkt, die Bevölkerung muss sehen, dass sie ihr eigenes System aufbaut. Sie muss sich auf allen Ebenen, sozial, politisch, ökologisch, militärisch, auf allen Ebenen muss sie sich aufmachen und für das Land und die Menschen, für das eigene System verantwortlich fühlen, aktiv mit aufbauen.



Medya und ihre Mitarbeiterin unterwegs im Krankenwagen in Qandîl. Foto: WoS

Wenn wir jetzt darauf warten, dass die Türkei irgendwann ein Demokratiepäckchen öffnet, was im Moment ziemlich leer aussieht, das hält uns nur hin und bringt uns nicht weiter.

In dieser Region ist relativer Frieden, die Waffen schweigen momentan. Auch wenn wir wissen, dass die Türkei hier jederzeit wieder Angriffe fliegen kann. Gibt es hier in Qandîl den Aufbau der Demokratischen Autonomie so, wie es für die Gebiete Kurdistans vorgesehen ist?

Hier gibt es diesen Aufbau, hier kann man z. B. den Gemeinderat sehen, der es hier mit aufbaut, er ist ein Teil der Bevölkerung, der von der Bevölkerung gewählt wird …

Sind hier alle Parteien vertreten oder nur die PÇDK *[Partei für eine Demokratische Lösung in Kurdistan]*?

Nicht alle hier sind PKKler, einige sind AnhängerInnen der PDK *[Demokratische Partei Kurdistans]*, von Goran oder der PUK *[Patriotische Union Kurdistans]*, einige der islamischen Partei. Sie sind im Gemeinderat. Alle werden einmal im Jahr gefragt, welche Forderungen sie haben, was wollt Ihr, was soll die Gemeinde für Euch machen? Jedes der 52 Dörfer von Qandîl hat seine eigenen VertreterInnen, die können das dann in den dreimonatlichen Versammlungen weiter ergänzen, wenn neue Forderungen gekommen sind, und dann wird in der dreimonatlichen geplant, was wir denn nun umsetzen können und wollen, wofür wir von außen Unterstützung benötigen und wer wo Hand anlegen muss. Es ist für die Bevölkerung ein Lernprozess, in dem sie lernt, sich selbst zu verwalten, mitzuwirken und selbst zu gestalten, etwas zu verändern, Neues zu formen …

Und das tut sie auch aktiv?

Nein, das lernt sie, sie sind immer noch so, lass die FreundInnen mal machen, wir stellen nur die Forderungen, lass die mal machen. Es ist ein Lernprozess, es geht nicht durch einen Beschluss, dafür werden Versammlungen gemacht, dafür muss aufgerufen werden, dafür muss Zeit gegeben werden, dass der Prozess gelernt werden kann.

Gibt es etwas, das die Bevölkerung besonders fordert?

Brücken, Moschee, was so kostspielige Dinge sind. Das ist für uns natürlich sehr schwierig, da wir nur geringe finanzielle Mittel besitzen.

Gibt es hier Schulen für die Kinder?

Wir haben zwei Schulen aufgebaut. Aber es fehlt uns zum Beispiel eine Mittelschule, eine weiterführende Schule. Hier gibt es nur die Grundschule; Eltern, die ihre Kinder auf eine Mittelschule oder ein Gymnasium schicken wollen, müssen von hier wegziehen. Das ist ein richtiges Problem.

Noch eine Frage zum Zusammenleben hier. Du hattest gesagt, dass hier die Bevölkerung politisch sehr unterschiedlich ist, gibt es viel Streit untereinander? Hier fahren Autos durch mit Apo-Fahnen, an einigen Häusern hängen Fahnen mit Talabani drauf oder der PDK, gibt es deswegen Reibereien oder handfeste Auseinandersetzungen untereinander?

Nein, eigentlich nicht. Es kommt schon mal vor, dass die einen die Wahlplakate der anderen abreißen, das ist dann nicht so schön. Es gibt auch Leute von der PDK, die andere unter Druck setzen wollen, dass sie z. B. an unserer Arbeit nicht teilnehmen sollen, oder dass sie eben nicht aktiv sein sollen bei unseren Aktivitäten.

Gibt es da so etwas wie eine Polizei aus dem Volk, die solche Konflikte regelt? Oder wie werden Konflikte hier geregelt?

Es gibt eine Kommission für die Beziehungen der Bevölkerung untereinander, wo auch geschlichtet wird, wo die Konfliktparteien zusammenkommen und diskutieren, um einen Lösungsweg zu finden.

Werden Strafen ausgesprochen? Gibt es so etwas wie Gefängnisse?

Es gibt schon eines, wenn es schwere Verstöße gegeben hat, bis zur Untersuchung des Falles.

Das Gericht ist gewählt, das über den Fall tagt?

Es ist so, dass die Bevölkerung zusammengerufen wird. Dann wird der Fall diskutiert, dann hört man sich an, was der oder die Beschuldigte dazu sagt, und dann kann die Bevölkerung was dazu sagen. Dann wird gemeinsam beschlossen, was gemacht werden kann. Das Ganze wird geleitet von einem gewählten Diwan, einem Podium, das dann auch letztendlich entscheidet.

Noch einmal zurück, Du bist jetzt zwanzig Jahre hier, bist hier als Internationalistin gekommen, es gibt Neue, die in die Berge kommen, was denkst Du darüber, dass immer wieder Neue aus anderen Ländern, aber auch besonders viele aus Deutschland kommen?

Ich finde es erst einmal gut. Es gab mal eine kleine Pause, was die Neuankömmlinge aus Deutschland angeht, aber in der letzten Zeit nehmen wieder neue InternationalistInnen teil, das freut mich sehr. Es könnten noch mehr sein. Die KCK ist ja keine Organisierungsform für KurdInnen, es geht darum, ein System weiterzuentwickeln, das menschlicher ist, ein menschenwürdiges Leben zu gestalten, und da gibt es auch Anknüpfungspunkte für Deutsche oder EuropäerInnen etc.

Ich glaube, die Frage erübrigt sich: Würdest Du dieses Leben hier gegen ein Leben in Deutschland wieder eintauschen wollen?

Nein, mit einem Wort: nein.

Was sind die nächsten Ziele für Dich?

Ich arbeite im Gesundheitsbereich. Da gibt es viel Arbeit, nicht nur im Krankenhaus. Meine Zeit ist immer viel zu kurz. Ich würde mich gern mit anderen ÄrztInnen austauschen, mit anderen zusammen weiterentwickeln. Mir liegt es auch am Herzen, die neuen Schriften von Abdullah Öcalan ins Deutsche zu übertragen, aber das lässt meine Zeit leider nicht zu. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, da liegen wir noch ganz weit zurück, es gibt noch weitere Schriften, die sehr, sehr wichtig sind …

Die nicht nur für KurdInnen wichtig sind?

Ja, das wollte ich gerade sagen, die auch für Europa ganz, ganz wichtig sind …

Was heißt das, für Europa wichtig sind?

Ja, weil der Sozialismus analysiert wird, der Kapitalismus wird analysiert, und dies ist sehr interessant für die Menschen in Europa. Man lebt drin, die Werte, die wir haben, werden hinterfragt. Es ist wichtig, sich damit auseinanderzusetzen.

Du hattest mich gefragt, warum ich nicht mehr nach Deutschland gehen möchte – weil man hier in Kurdistan die Möglichkeit hat, das eigene Leben selbst zu gestalten.

Aber Du bist doch ebenso äußeren Zwängen ausgesetzt, oder?

Ja, das sind wir überall, äußeren Zwängen sind wir überall ausgesetzt, aber hier haben wir mehr Möglichkeiten, das umzusetzen, was man sich eigentlich vorstellt.

Und wie läuft das im Alltag? Du hast z. B. die Idee, ein neues soziales Zentrum aufzubauen, was machst Du dann?

Dann entwickle ich ein Projekt, muss ich mir überlegen, von wem oder wie dabei Hand angelegt werden kann, wie es finanziert werden kann, an wen man sich wenden kann, und dann wird das organisiert. Ich kann das dann mit einem Rapport oder bei einer Konferenz vorschlagen, und wenn es dann akzeptiert wird, dann kann es umgesetzt werden. Natürlich muss dran gearbeitet werden, um es verwirklichen zu können. Es liegt vor allem daran, wie aktiv man selbst ist, um etwas aufzubauen.

Welchen Stellenwert hat hier die Ökologie?

Ökologie hat hier einen großen Stellenwert. Wir fangen erst einmal klein an, müssen mit vielen Kleinigkeiten kämpfen, weil das Bewusstsein noch nicht in der Bevölkerung entwickelt werden konnte. Und auch in der Bewegung selbst.

Ich bin hier an einem schönen Haus mit Garten angekommen und habe gedacht, hier müsste so etwas wie ein Musterdorf aufgebaut werden, die Häuser mit eigener Energie, ohne Stromleitung quer durch die Natur, die die Landschaft verschandeln, aber das ist ein unrealistischer Traum, oder?

Es ist ein ferner Traum. Die Menschen hier in Südkurdistan kennen noch keine Sonnenenergie und das muss erst mal eine Realität hier bekommen. Wenn es mal so ein Gebäude geben sollte und sich die Menschen hier das ansehen und sich davon überzeugen könnten … Denn es gibt in Kurdistan nichts mehr als Sonne, die hier gut genutzt werden könnte. Allein ein Eimer Wasser, der morgens in die Sonne gestellt wird, ist mittags warm und kann zum Waschen genutzt werden. ♦

Duran Kalkan zum PKK-Verbot in Deutschland

»Das Verbot hängt mit den deutsch-türkischen Beziehungen zusammen«

Duran Kalkan, Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), hat in den von der PKK kontrollierten Meder-Verteidigungsgebieten mit der Nachrichtenagentur ANF über das Betätigungsverbot der PKK in Deutschland gesprochen. Kalkan betont, dass die kurdische Bevölkerung seit dem Inkrafttreten des Verbots mit Polizeiterror konfrontiert ist und dies mit den Beziehungen zwischen Ankara und Berlin zusammenhängt. »Die Kurden leisten nicht nur gegen die Hegemonialmächte im Mittleren Osten Widerstand«, erklärt er, »sondern auch gegen die NATO und das westlich-kapitalistische System.« Ohne eine Veränderung der Politik des Westens werde man diesen Widerstand weiterführen. Wir geben im Folgenden eine gekürzte Fassung des am 17.11.2013 bei ANF erschienenen Interviews wieder.

Wir können beobachten, dass sich Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten am stärksten mit der kurdischen Sache und der PKK beschäftigt. Warum Deutschland?

Deutschland wurde innerhalb des NATO-Systems diese Aufgabe und Rolle übertragen. Insbesondere mit dem Neuaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die BRD eine besondere Beziehung mit der Türkei aufbauen. Die NATO verfügt in ihrem System über Organisierungen, die sich spezifisch mit bestimmten Ländern auseinandersetzen. Sie heißen »Ländertische«. So gibt es beispielsweise in der NATO einen Türkei-Tisch oder einen Griechenland-Tisch. Lange Zeit war der Türkei-Tisch der NATO in Deutschland. Er wird selbstverständlich nicht allein von Deutschland geführt, sondern die gesamte NATO-Struktur befasst sich mit der Türkei. Aber er ist für Deutschland natürlich auch von besonderem Interesse, einfach weil er sich in Deutschland befindet.

Es ist eine Gegebenheit, die sich wohl aus der Vergangenheit herausgebildet hat: Sie basiert auf der Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei im Ersten Weltkrieg und den Beziehungen des deutschen Imperiums mit dem osmanischen Imperium. Auf staatlicher Ebene gibt es eine Nähe. Im Ersten Weltkrieg waren sie Verbündete und wurden beide besiegt. Später wurden diese beiden Staaten auf der Basis dieser Niederlage wiederaufgebaut. Die türkische Republik wurde gegründet und in Deutschland ein Staat aufgebaut, den Hitler übernommen hat. Auch wenn die türkische Republik nicht in den Zweiten Weltkrieg eingetreten ist, pflegte sie bis 1944 gute Beziehungen zu Deutschland. Sie sind nicht auf der Seite der Deutschen gegen die Alliierten in einen Krieg getreten. Sie haben ihre Beziehungen zu Großbritannien nicht abgebrochen, aber auch ihre Beziehungen zu Hitler-Deutschland wurden nicht auf Eis gelegt. Die türkische Republik war einer der letzten Staaten, der Hitler-Deutschland schließlich den Krieg erklärt hat.

Die Türkei ist nach dem Zweiten Weltkrieg 1952 der NATO beigetreten. In dieser Phase wurde auch gleichzeitig Deutschland neuaufgebaut. Es gab den Marshall-Plan, der sowohl

Deutschland als auch die Südostflanke der NATO, Griechenland und die Türkei, miteinschloss.

Außerdem wurden Menschen aus der Türkei als Arbeiter nach Deutschland geschickt. Aus verschiedenen Teilen der Welt wurden Menschen für den Wiederaufbau Deutschlands beschäftigt, die meisten von ihnen aus der Türkei. Folglich wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei auf eine noch höhere Stufe gehoben und gewannen eine ökonomisch-finanzielle Dimension dazu. Diese zwei Staaten sind die Staaten innerhalb der NATO, die die engsten Beziehungen pflegen. Vermutlich ist das der Grund, weshalb der Türkei-Tisch der NATO in Deutschland organsiert wurde. Die NATO hat ihre Türkei-Angelegenheit über Deutschland betrieben.

Die Beziehungen der Türkei mit Deutschland sind enger als mit den USA

Weil die ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen aus den bereits erklärten Gründen so stark waren, haben die türkisch-deutschen Beziehungen eine sehr intensive Qualität gewonnen. (…) Man hat die Türkei auch als 51. Bundesstaat der USA bezeichnet, doch eigentlich war sie schon immer wie ein Bundesland Deutschlands. Das hat sich nicht grundlegend verändert. Auch wenn politische Gegensätze bestehen, bleiben die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die sozialen Beziehungen auf dem gleichen Niveau. Gerade wegen dieser tiefgehenden Partnerschaft hat Deutschland die Aufgabe übernommen, beim Kampf gegen die PKK eine wichtige Rolle zu spielen.

(…)

Auf der anderen Seite leben sehr viele Menschen aus der Türkei heute in Deutschland. Unter diesen Menschen gibt es Kurden wie Türken. Je stärker sich der Freiheitskampf in Kurdistan organisiert hat, desto stärker war der Einfluss dieses Widerstandes auch in Deutschland zu spüren. Der deutsche Staat hatte große Angst davor, dass die Auswirkungen des kurdischen Freiheitskampfes auch auf seinem Staatsgebiet zu spüren sind. Deswegen wollte er so früh wie möglich seine Vorkehrungen treffen. Es lag also nicht nur im Interesse des türkischen Partners, sondern auch im eigenen, die PKK zu bekämpfen und ihren Aktionsradius einzugrenzen.

Nach dem ersten bewaffneten Vorstoß der PKK am 15. August 1984 hat die Türkei 1985 einen gemeinsamen Kampf gegen die kurdische Guerilla an die NATO herangetragen. Die NATO entschließt sich dazu, die Türkei zu unterstützen. Ende 1986, Anfang 1987 findet eine Versammlung der europäischen Geheimdienste statt, auf der es um die gemeinsame Bekämpfung der PKK geht. Dort wird der Beschluss gefasst, die PKK europaweit zu verfolgen. Nach dieser Entscheidung beginnen die Festnahmen, Verfolgungen und Verurteilungen gegen die PKK in Europa.

Ich weiß nicht, ob es weiterhin so gehandhabt wird, aber damals wurden alle Vorfälle, für die die PKK verantwortlich gemacht wurde, an Deutschland übermittelt. Wenn beispielsweise etwas in Frankreich geschah, übermittelten die französischen Behörden die Einzelheiten dieses Vorfalls an die deutschen Behörden. Der Grund hierfür war, dass die Gerichtsverfahren gegen und die Verurteilungen von PKKlern Aufgabe der BRD waren. In den letzten zehn Jahren hat nun Frankreich selbst angefangen, Verfahren gegen vermeintliche PKK-Mitglieder durchzuführen. Aber bis etwa zum Jahr 2000 hatte Deutschland eine solche Funktion innerhalb der NATO beim Kampf gegen die PKK inne. (…)

Das Düsseldorfer Verfahren *[1988–94]* hat sich in diesem Rahmen entwickelt. Es ist also das Ergebnis des NATO-Beschlusses zur gemeinsamen Bekämpfung der PKK. Die Geheimdienste haben sich für die gemeinsame Verfolgung der PKK entschieden und Deutschland hat die Rolle erhalten, kurdische Aktivisten in Europa hinter Gitter zu bringen.

Das Düsseldorfer Verfahren ist also die Folge eines NATO-Beschlusses. Es ist zugleich auch die Folge der deutsch-türkischen Beziehungen, die bis vor den Ersten Weltkrieg zurückreichen. Für die Umsetzung des Verfahrens wurden Millionen D-Mark ausgegeben. Das war sicherlich kein einfaches Verfahren für die BRD, das haben auch die deutschen Verantwortlichen zugegeben.

Kann man das Düsseldorfer Verfahren als eine Abrechnung zwischen Deutschland und der PKK bezeichnen?

Ich denke, man kann es nicht bloß als eine Abrechnung des deutschen Staates mit der PKK bezeichnen. Es geht darüber hinaus. So, wie ich das sehe, war es viel eher eine Abrechnung des Westens, des NATO-Systems mit der PKK. Denn dem vom Westen erschaffenen System im Mittleren Osten, das auf der Verleugnung der Kurden basiert und die Vierteilung Kurdistans zur Folge hatte, wurde von der PKK der Kampf angesagt. Und genau aus diesem Grund sollte mit der PKK abgerechnet werden.

In diesem Sinne war Deutschland in diesem Verfahren Repräsentant des globalen kapitalistischen Systems, das den Mittleren Osten in Nationalstaaten zerlegt und Kurdistan

viergeteilt hat. Diese Rolle hat Deutschland im Rahmen einer internen Arbeitsteilung des Westens erhalten. Somit hatte das Düsseldorfer Verfahren tiefgreifende historische Wurzeln, die auf die Entstehung der kurdischen Frage zurückgehen.

Man kann die Verantwortlichen des Verleugnungs- und Vernichtungskonzepts in Kurdistan in zwei Gruppen aufteilen. Da gibt es einmal die regionalen Staaten wie Türkei, Iran, Irak und Syrien, die unmittelbar hierfür Verantwortung tragen. Aber es gibt da auch die Vertreter des globalen kapitalistischen Systems, die den Mittleren Osten und Kurdistan nach ihren Interessen in Nationalstaaten zerlegt haben. Sie werden repräsentiert durch die NATO, aber auch die EU steckt da drin. Die Widersprüche zwischen der PKK und den Vertretern dieses Systems sind offensichtlich, weshalb es zwangsweise zu gewissen Auseinandersetzungen gekommen ist. Das Düsseldorfer Verfahren war ein Teil dieser Auseinandersetzungen. Doch wenn wir uns das Tableau heute anschauen, denke ich, dass die PKK aus diesen Auseinandersetzungen gestärkt hervorgegangen ist.

Deutschland macht das PKK-Verbot unter anderem an den radikalen Widerstandsaktionen der Kurden fest. Reicht das als Argument für das Betätigungsverbot?

In den Jahren 1992 und 93 entwickelte die kurdische Bevölkerung in ganz Europa, allen voran in Deutschland, einen starken Widerstand gegen das Kriegskonzept in Kurdistan, aber auch gegen all die Unterstützer dieses Konzepts. In ganz Europa kam es zu bedeutenden, aber auch radikalen Aktionen im Rahmen dieses Widerstands. Diese Aktionen waren in erster Linie gegen den Krieg in Kurdistan gerichtet. Aus dieser Sicht heraus wurde auch der Düsseldorfer Prozess als Teil des Kriegskonzeptes in Kurdistan von den in Europa lebenden Kurden aufgefasst. Für sie war der Prozess eine große Ungerechtigkeit. Nicht nur, dass Deutschland die türkische Armee, die in Kurdistan Massaker verübte, mit Waffen ausstattete, nun wurden auch in Deutschland selbst kurdische Aktivisten festgenommen und inhaftiert. Das hat die Wut der Kurden noch weiter gesteigert. Der deutsche Staat hatte mit einem solchen Widerstand nicht gerechnet. Sie befürchteten, dass er sich noch weiter radikali-



Demonstration gegen das PKK-Verbot am 16. November in Berlin — Foto: A. Bender

sieren könnte, dass er gar zu bewaffneten Auseinandersetzungen in Deutschland führen könnte. So weit sollte es nie gehen, aber dennoch wurde der Widerstand radikal geführt. Denn in Kurdistan war ein Vernichtungskonzept gegen die Kurden und ihre Guerillakräfte im Gange. Es war die Zeit von Demirel, Çiller, Ağar und Doğan Güreş. Diese bildeten in der Türkei nicht nur die Staatsspitze, sie waren auch die Köpfe einer Konterguerilla. Bis heute ist nicht klar, was in ihrer Zeit alles gelaufen ist. Sie haben jemanden wie Özal, der eine politische Lösung der kurdischen Frage im Visier hatte, eliminiert. Nicht nur ihn, auch der Geheimdienstchef und wichtige Generäle wurden aus dem Weg geräumt. An ihre Stelle kamen die Kriegstreiber, JITEM und andere Akteure des schmutzigen Krieges.

Welche Auswirkungen dieses Verbot auf die in Deutschland lebenden Kurden bis heute hat, ist hinreichend bekannt. Mit diesem Verbot kann so gut wie jeder Kurde in Deutschland kriminalisiert werden. Dafür reicht die blosse Sympathie zur PKK aus. Je nach Wunsch und Bedarf können Staatsanwälte und Polizeichefs sich Gerichtsbeschlüsse besorgen, mit denen sie die kurdischen Vereine und Privatwohnungen von in Deutschland lebenden Kurden durchsuchen können. Mit dem Verbot wurden Belästigungen und Drangsalierungen kurdischer Bürger in Deutschland für legitim erklärt.

Dies alles waren letztlich Einflussfaktoren für das Verbot. Aber man kann sie nicht als alleinige Ursache bezeichnen. Die bestimmende Ursache war eigentlich etwas anderes: Das Düsseldorfer Verfahren hatte im Sommer 1993 seine ganze Legitimität in der Öffentlichkeit verloren. Der einseitige Waffenstillstand der PKK im selben Jahr hatte maßgeblich dazu beigetragen. Das ganze Szenario des Düsseldorfer Verfahrens begann selbst in der deutschen Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Der deutsche Staat wusste nicht mehr so recht, wie er es weiterführen sollte.

Unser Verfahren verfügte über Akten, die mehr als 40 000 Seiten umfassten. Ein solches Verfahren hätte sich noch über Jahre hingezogen. Uns war das ziemlich egal. »Sie sollen tun, was sie nicht lassen können«, war unsere Meinung. So schritt das Verfahren voran. Doch je weiter es voranschritt, desto klarer wurde, dass nicht wir gegen das Recht verstoßen hatten, sondern diejenigen, die uns verfolgt und festgenommen hatten. Nun machte sich der Staat ernsthaft Sorgen. Über unsere Anwälte ließen sie uns wissen, dass sie mit uns sprechen wollten. Wir willigten ein und es kam zu einem Treffen der Richter, Staatsanwälte, unserer Anwälte und uns. Uns war zunächst nicht ganz klar, was sie mit diesem Treffen beabsichtigten. Nach einigem Hin und Her rückten sie dann mit dem raus, was sie eigentlich wollten: »Dieses Verfahren hat schon viel zu lange gedauert. Wir wollen es endlich beenden. Aber nach unseren Gesetzen erscheint es nicht möglich, euch zu verurteilen. Nun seid ihr seit sechs Jahren in Haft. Wenn wir euch ohne eine Verurteilung rauslassen, verliert unser Staat an Ansehen. Es gibt unzählige Straftaten, die in der Prozessakte vorgetragen worden sind. Sucht euch jeweils eine Strafe aus, wir verurteilen euch deswegen und daraufhin kommt ihr frei!« Das war ihr Vorschlag. Wir lehnten selbstverständlich ab. Warum sollten wir auch eine Schuld auf uns nehmen? Wir dachten, dass wir ohnehin genügend Zeit abgesessen hatten. Sie glaubten wirklich, dass sie uns mit einem solch lächerlichen Vorschlag auf ihre Linie kriegen könnten.

Als sie verstanden, dass wir ihr Angebot nicht akzeptieren würden, erließ der deutsche Innenminister das PKK-Verbot. Dadurch wurde die PKK zu einer kriminellen Vereinigung erklärt und die Mitgliedschaft in der PKK war von nun an ein Straftatbestand. Wir wurden schließlich auch in diesem Rahmen als Verantwortliche der PKK zu Haftstrafen verurteilt. Da wir die Haftzeiten ohnehin abgesessen hatten, kamen wir frei. Nur durch diesen Beschluss konnten sie uns im Düsseldorfer Verfahren verurteilen. Das ist auch eine der wichtigen Ursachen für das 1993 erlassene Betätigungsverbot gewesen. So konnten sie sich aus diesem Verfahren noch herauswinden. Außerdem haben sie durch das Verbot die Möglichkeit, jederzeit kurdische Aktivisten legal zu verfolgen. Das war natürlich in ihrem Sinne.

Welche Auswirkungen dieses Verbot auf die in Deutschland lebenden Kurden bis heute hat, ist hinreichend bekannt. Mit diesem Verbot kann so gut wie jeder Kurde in Deutschland kriminalisiert werden. Dafür reicht die bloße Sympathie zur PKK aus. Je nach Wunsch und Bedarf können Staatsanwälte und Polizeichefs sich Gerichtsbeschlüsse besorgen, mit denen sie die kurdischen Vereine und Privatwohnungen von in Deutschland lebenden Kurden durchsuchen können. Mit dem Verbot wurden Belästigungen und Drangsalierungen kurdischer Bürger in Deutschland für legitim erklärt. In unzähligen Fällen wurden Kurden mit Geld- und Haftstrafen belegt. Auf Grundlage des Verbots wurde ein ganzes Unterdrückungssystem gegen die in Deutschland lebenden Kurden errichtet. […] ♦



Demonstration der Kampagne TATORT KURDISTAN am 16. November in Berlin

Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben!

Monika Morres

Am 16. November haben in Berlin bis zu 20 000 Menschen gegen das in Deutschland seit 20 Jahren bestehende Betätigungsverbot der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) demonstriert. Die Demonstration mit dem Motto »Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben!« wurde initiiert von der Kampagne TATORT KURDISTAN. Zu den UnterstützerInnen des Aufrufs zur Demonstration zählten insgesamt 52 regionale und überregionale Gruppen und Organisationen sowie 34 namhafte Einzelpersonen aus Politik und Zivilgesellschaft.

Schon vor elf Uhr versammelten sich viele tausend Menschen trotz massiver Kontrollen der Polizei. Busse wurden angehalten und u. a. nach Bildern des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, durchsucht. Gegen Personen, bei denen Bilder gefunden wurden, ist Anzeige (vermutlich wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz) erstattet worden.

Dennoch kamen tausende Menschen, um sich an einer kraftvollen, aber friedlichen Demonstration für eine Aufhebung des PKK-Verbots zu beteiligen. Für eine massive Teilnahme der kurdischen Bevölkerung hatten auch der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) und der Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL) durch Aufrufe im Vorfeld geworben.

Auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor, die vom kurdischen Fernsehen weltweit übertragen wurde, verwiesen die Rednerinnen und Redner immer wieder auf die Verantwortung der BRD für die Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, da sie engster militärischer Partner der Türkei ist. Mit der Lieferung von Waffen an den NATO-Mitgliedsstaat trage sie zur Fortdauer des Konflikts bei. Die Aufhebung des Betätigungsverbots wäre ein erster Schritt in Richtung einer Problemlösung.

Das betonte insbesondere auch der aus der Türkei angereiste Kovorsitzende der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Selahattin Demirtaş, und forderte die politisch Verantwortlichen in Deutschland dazu auf, einen Beitrag zum gegenwärtigen Verhandlungsprozess zu leisten.

Andere RednerInnen erklärten, dass die seit 20 Jahren bestehende Kriminalisierung viel Leid und Repression für die kurdische Bevölkerung bedeutet habe. So sei 1994 der kurdische Jugendliche Halim Dener in Hannover beim Kleben von Plakaten von einem Zivilpolizisten erschossen worden. Die Verbotspraxis zeige deutlich, dass die kurdische Frage weder in Deutschland noch in der Türkei durch Repression und politische Verfolgung zu lösen sei, sondern der Weg zum Dialog gesucht werden müsse. Hierfür bedeute die Aufhebung der Verbote einen notwendigen Schritt.

Das musikalische Programm musste leider auf den Auftritt von »Koma Se Bîra« verzichten, die durch ihre Auftritte während der Taxim-Proteste in den letzten Monaten hohe Popularität erlangt hatten. Trotz rechtzeitiger Einladung und Kostenübernahmeerklärung des Linkspartei-Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko schickte das deutsche Konsulat einen Tag vor dem geplanten Auftritt bei der Demonstration eine Ablehnung mit der Begründung, die jungen Männer seien in der Türkei zu wenig »familiär verwurzelt«, so dass die Gefahr eines illegalen weiteren Aufenthalts in Deutschland bestünde.



A. Bender

Am Vortag der Demonstration stieß eine von den OrganisatorInnen durchgeführte Pressekonferenz auf breites mediales Interesse. An ihr beteiligten sich Dr. Elmar Millich für TATORT KURDISTAN als Veranstalter, die Kovorsitzende der BDP, Gültan Kışanak, der Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) sowie der Kovorsitzende der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM), Yüksel Koc.

Am Abend hatte die Kampagne TATORT KURDISTAN zu einer Podiumsdiskussion in die Räume der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin eingeladen, zu der mehr als 300 ZuhörerInnen gekommen waren.

Die BDP-Kovorsitzende Gültan Kışanak, Dr. med. Gisela Penteker von der Organisation »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung« (IPPNW), Monika Morres von AZADÎ/TATORT KURDISTAN sowie Yilmaz Kaba von YEK-KOM gingen in ihren Beiträgen auf die verschiedenen Ebenen und Auswirkungen der Repression ein als auch auf die Fragen, was die Akteure des Friedensprozesses von Deutschland und der EU erwarten und auf welche Weise dieser von den hiesigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen unterstützt werden kann.

Gültan Kışanak erklärte u. a., dass sich Millionen von Kurdinnen und Kurden zu dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und der kurdischen Freiheitsbewegung bekennen würden. Eine solche Bewegung auf der EU-Terrorliste zu führen und in Deutschland auf der Grundlage des Betätigungsverbots zu kriminalisieren, stelle eine Absurdität dar. »Selbst der deutsche Verfassungsschutz beziffert die Zahl der Anhänger der PKK in Deutschland mit 13 000. Ich frage mich, ob es in einem Land, in dem eine wirkliche Terrororganisation über 13 000 Anhänger verfügt, nicht etwas anders zugehen würde.« ♦

Monika Morres ist Mitarbeiterin des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden e.V. AZADÎ

Weitere Informationen bei:
http://friedenstattverbot.blogsport.de/

Zur Lage in Ägypten nach Mursi

Militär und Verfassung, eine bekannte Verbindung

Bernard Schmid, Journalist

Die Militärs, die Ägypten faktisch regieren, wollen ihren Griff nicht lockern. Am 01. Dezember 2013 wurde der Entwurf für eine neue Verfassung verabschiedet, den nunmehr die Bevölkerung in einem Referendum billigen soll. Es wird, nach neuesten Ankündigungen bei Redaktionsschluss, am 14. und 15. Januar 2014 stattfinden; erste Plakate der Regierung verkünden, ein »Ja«-Votum bei der Volksabstimmung stehe angeblich für eine Fortsetzung der Revolution von 2011.

Den Entwurf für den (wahrscheinlichen) zukünftigen Verfassungstext hatte eine fünfzigköpfige Kommission ausgearbeitet, die nach dem Machtwechsel im Juli 2013 eingesetzt worden war, um die im Dezember 2012 durch die Muslimbrüder-Regierung unter Präsident Mohammed Mursi durchgesetzte Verfassung zu ersetzen. Auch Letztere war durch eine Volksabstimmung, deren Ergebnisse jedoch umstritten waren, abgesegnet worden.

Der neue Verfassungstext ermöglicht es offiziell, auch künftig wieder Zivilpersonen unter bestimmten Umständen von Militärgerichten aburteilen zu lassen. Diese Praxis hatte unter dem SCAF (Hohen Rat der Streitkräfte), der nach dem Sturz von Präsident Hosni Mubarak im Februar 2011 und bis zur Präsidentschaftswahl vom Juni 2012 amtierenden Militärregierung, ausufernde Dimensionen angenommen. Damals waren insgesamt rund 13 000 Zivilisten und Zivilistinnen von Militärtribunalen abgeurteilt worden – wegen ungenehmigter Demonstrationen, unliebsamer Artikel im Internet und ähnlicher Delikte.

Die Regierungszeit des SCAF, der seine Macht offiziell Anfang Juli 2012 an Zivilisten – mit Mursi an der Spitze – übergab, wurde in Ägypten in breiten Kreisen in negativer Erinnerung behalten. Unter seiner Herrschaft war es unter anderem zu Massakern an unbewaffneten Demonstranten gekommen, wie in den Tagen ab dem 18. November 2011 auf der Straße, die vom Tahrir-Platz zum Innenministerium führt, oder im Monat zuvor an protestierenden Kopten im Kairoer Viertel Maspero. Zum zweiten Jahrestag der Todesschüsse kam es Mitte November 2013 erstmals wieder zu stärkeren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Allerdings kam es dieses Mal sowohl zu Demonstrationen »für« als auch »gegen« die Armee. Denn nach einem Jahr Muslimbrüder-Regierung hat es nunmehr seit Sommer 2013 die Armeeführung vermocht, erstmals wieder Sympathiebekundungen aus der Gesellschaft heraus zu erwecken, Ägypterinnen und Ägypter für ihre Sache zu mobilisieren.

Zum zweiten Jahrestag der Todesschüsse kam es Mitte November 2013 erstmals wieder zu stärkeren Zusammenstössen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Allerdings kam es dieses Mal sowohl zu Demonstrationen »für« als auch »gegen« die Armee.

Der neue Verfassungstext erlaubt es in seinem Artikel 204, Zivilpersonen dann vor Militärgerichte zu stellen, wenn ihnen »direkte Angriffe auf die Armee, ihre Einrichtungen oder ihr Personal« zur Last gelegt werden. Dehnbare Begriffe, denn da die ägyptische Armee rund ein Drittel der Wirtschaft des Landes kontrolliert (genaue Zahlenangaben dazu werden nicht veröffentlicht, die Schätzung umfasst sowohl Unternehmen unter unmittelbarer Kontrolle des Armeeapparats als auch solche im Besitz von Generälen und Offizieren), könnte man prinzipiell auch diverse Arbeitskämpfe und andere Konflikte darunter fassen.

Ferner erlaubt es der Verfassungsentwurf, auch weiterhin das Budget der Streitkräfte jeglicher Kontrolle durch zivile Politiker oder Institutionen zu entziehen – wie es bereits bisherige Praxis war. Und der Text postuliert einerseits, dass das islamische Recht »Hauptquelle der Gesetzgebung« sei. Er enthält dazu den Begriff der Scharia, die die »wichtigste Inspirationsquelle« des Gesetzgebers zu bilden habe – dieser Begriff

ist freilich interpretierbar, denn viele Auffassungen benennen ausschließlich zivilrechtliche Regelungen (Personenstands- und Familiengesetzgebung) mit diesem Wort, während andere Konzeptionen auch strafrechtliche Regelungen, wie sie in Saudi-Arabien und im Iran einschließlich Züchtigungsregeln praktiziert werden, darunter fallen lassen. Auf zivil- und familienrechtlicher Ebene ist die Bezugnahme auf das islamische Recht allerdings bereits bislang in Ägypten herrschende Praxis, und die Verfassung von 1971 enthielt bereits einen ähnlichen Passus zur Scharia als Interpretationsquelle der Gesetze wie die jetzt vorgelegte. Auf der anderen Seite verbietet der Verfassungstext »auf religiöser Grundlage gebildete« Parteien. Es wird präzisiert, politische Parteien könnten »zwar eine religiöse Identität« aufweisen, müssten »aber die zivile und verwaltungsrechtliche Gesetzgebung respektieren« (... welche sich ihrerseits auf das islamische Recht beziehen, siehe oben). Diese Formulierung ähnelt jener in der 1996 verabschiedeten algerischen Verfassung, die damals einerseits den Islam als »Staatsreligion« festschrieb, andererseits aber als »religiös« definierte Parteien verbot. Dies verhindert in Algerien nicht die Existenz islamistischer Parteien, doch die 1992 aufgelöste »Islamische Rettungsfront« (FIS) bleibt verboten, welche den damaligen Machthabern als staatsgefährdend erschienen war. Allem Anschein nach handelt es sich also bei solchen Formulierungen darum, missliebige oder zu große Machtansprüche stellende islamistische Parteien von anderen, »domestizierbaren« zu unterscheiden.

Ein Rückblick

Im Frühsommer 2013 hatte sich die Armeespitze in Ägypten dafür entschieden, die aufkeimende Massenprotestbewegung gegen die Mursi-Regierung, die sich aus unterschiedlichen Quellen (von enttäuschten Anhängern über säkular-nationalistische Kreise bis zur revolutionären Jugend von 2011) speiste, zu ermutigen und aktiv zu begleiten. Ja sie sogar zu alimentieren und zu befeuern: In Großstädten wie Alexandria kam es etwa vor den »heißen Tagen« zwischen dem 30. Juni 2013, dem Datum der ersten Massendemonstrationen von Millionen Menschen zum ersten Jahrestag der Wahl Mursis, und dem 03. Juli (an dem Militärs Mursis Hauptquartier mit Stacheldraht umgaben und ihn gefangen setzten) zu Versorgungsengpässen bei Grundbedarfsgütern. Ab Anfang/Mitte Juli 2013 waren die entsprechenden Waren, wie durch ein Wunder, wieder leicht zu erwerben. Nichtsdestotrotz hatte sich in den ersten Tagen der Ereignisse, die zu Mohammed Mursis Sturz führten, eine echte Massenbewegung manifestiert. Angeblich nahmen dabei 17 Millionen Menschen an Demonstrationen gegen die damaligen Regierenden teil; doch Zahlen in dieser Größenordnung – in diesem Falle wurden sie durch die Armee verbreitet, aber auch durch Oppositionsbewegungen, die an den Protestzügen teilnahmen – lassen sich ohnehin nicht überprüfen.

Insofern kann in mancher Hinsicht die Entmachtung der Muslimbrüder in Ägypten mit jener des türkischen islamistischen Premierministers Necmettin Erbakan am 30. Juni 1997 respektive dem Prozess, der dahin führte, verglichen werden: Auch damals fanden Massenproteste und Demonstrationen gegen die reaktionäre Regierung des Politikers der Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) statt, die durch die Armee, nun ja, wohlwollend begleitet (und manchmal vielleicht auch initiiert) wurden. Die Situation in Ägypten, die zur Entmachtung und späteren Gefangensetzung Mohammed Mursis führte, glich jedenfalls eher diesem Prozess, der sich im Frühjahr 1997 in der Türkei abspielte, als dem Armeeputsch in Algerien im Januar 1992 gegen den drohenden Wahlsieg der »Islamischen Rettungsfront« FIS. Damals existierten zwar auch politische Kräfte, die das Eingreifen der Militärs flankierten und unterstützten (französischsprachige Liberale und Ex-Kommunisten), diese waren jedoch sehr minoritär, und es konnte nicht von einer Massenbewegung »pro Putsch« die Rede sein. Eine solche gab es in Ägypten jedoch wirklich. Sicherlich muss man einen der Hauptunterschiede zwischen den Situationen in den beiden nordafrikanischen Ländern auch darin suchen, dass die Muslimbrüder in Ägypten ein Jahr Zeit hatten, um zu regieren und sich also »in der politischen Realität zu blamieren«, ihre Anhänger zu desillusionieren. Auf vergleichbarem Niveau hatte dies in Algerien noch nicht stattgefunden – trotz ersten Desillusionierungen in den islamistisch regierten Kommunen,

Insofern kann in mancher Hinsicht die Entmachtung der Muslimbrüder in Ägypten mit jener des türkischen islamistischen Premierministers Necmettin Erbakan am 30. Juni 1997 respektive dem Prozess, der dahin führte, verglichen werden: Auch damals fanden Massenproteste und Demonstrationen gegen die reaktionäre Regierung des Politikers der Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) statt, die durch die Armee, nun ja, wohlwollend begleitet (und manchmal vielleicht auch initiiert) wurden.

deren Rathäuser seit den Kommunalwahlen vom 12. Juni 1990 durch die »Islamische Rettungsfront« übernommen worden waren.

Bei den ersten freien, wirklich pluralistischen und nicht (in wesentlichem Ausmaß) manipulierten Wahlen in Ägypten – seit der ersten Machtübernahme durch die Armee 1952 –, welche ab dem 28. November 2011 in mehreren komplizierten Verfahrensschritten stattfanden, hatten Muslimbrüder und Salafisten gemeinsam 67 Prozent der Parlamentssitze errungen. Diese beiden islamistischen Kräfte waren zwar bereits verfeindet (ein Teil der Salafisten unterstützte im Sommer 2013 übrigens die Entmachtung Mohammed Mursis), zogen aber in Grundfragen scheinbar an einem Strang. Ihre Stimmenzahl, in absoluten Wählerzahlen, hatte sich bis zur Präsidentschaftswahl im Juni 2012 – deren Stichwahl Mursi mit etwas unter 52 % der abgegebenen Stimmen knapp gewann – halbiert. Und bis zum Referendum über den durch Mohammed Mursi vorgelegten Verfassungstext im Dezember 2012, den die Muslimbrüder (bei erheblich gesunkener Wahlbeteiligung) formal ebenfalls gewannen, bei dem sie jedoch politisch erheblich angeschlagen wurden, hatte die absolute Stimmenzahl auf ihrer Seite sich abermals ungefähr halbiert. Es hat also ganz real ein Ablösungsprozess von ihrer Politik »auf Massenebene« stattgefunden. Der blanke Hass, der heute mancherorts in der ägyptischen Gesellschaft gegen sie sichtbar wird, wurzelt zwar zum Teil in alten Vorbehalten – auch seitens alter Eliten, die in den Islamisten schon immer »unzuverlässige Emporkömmlinge« erblickten –, aber eben zum Teil auch in der massiven Enttäuschung, die nun in wuterfüllte Abneigung umschlug.

Gegenüber den Muslimbrüdern – die nach der mit brutaler Gewalt erfolgten Niederschlagung ihrer Protestcamps in Kairo ab dem 14. August 2013 folgenden anderthalb Wochen kosteten 1 000 Todesopfer, mehr als die rund 800 während der Revolutionswochen von Anfang 2011 – setzt die neue, angeblich provisorische, Regierung auf nackte Repression. Am 23. September 2013 wurde der Muslimbruderschaft formell jedwede weitere Betätigung verboten. Auch ihre Partei, die *Freedom and Justice Party* (FJP) als de facto verlängerter politischer Arm der Muslimbruderschaft, wurde am 24. September aufgelöst. – Eine notwendige Anmerkung dazu: Auch die Muslimbrüder setzten während ihrer gut einjährigen Machtausübung selbst Repression gegen politische Gegner ein. Dies wurde im Dezember 2012 manifest, als den Muslimbrüdern nahestehende Milizen während der Proteste gegen die von ihnen forcierte neue Verfassung wüteten, Demonstrierende festnahmen und auch in eigens eingerichteten Kellern folterten.

Auf internationaler bzw. regionaler Ebene unterstützten unter anderem Saudi-Arabien und andere Golfmonarchien wie Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate massiv die ägyptischen Militärs und ihren faktischen Putsch gegen die Muslimbrüder-Regierung. Dies mag auf den ersten Blick überraschend klingen, da besonders in Saudi-Arabien eine sich auf den Islam berufende Staatsideologie in Gestalt des Wahhabismus herrscht. Jedoch darf nicht verkannt werden, dass die Muslimbrüder – die sich als überzeugte Anhänger eine republikanischen Staatsform geben und eine Monarchie wie in den Golfstaaten ablehnen – trotz der ausgeprägt reaktionären Elemente ihrer eigenen Ideologie von den Hütern des Wahhabismus sehr misstrauisch beargwöhnt werden. Ferner betrachten sie die Anhänger des Wahhabismus, der die vielleicht extremste und rückständigste Variante des politischen Islam darstellt – in Saudi-Arabien regieren sie in einer Art Doppelherrschaft mit dem Königshaus, den Wahhabiten ist u. a. die Religionspolizei anvertraut –, als Rivalen für die Vormachtstellung im islamistischen Spektrum. Dieses weist eine ganze Palette von unterschiedlich ausgerichteten politischen Kräften auf, aber es bestehen mehrere Machtzentren oder -pole, die sich um eine hegemoniale Position streiten. Die Muslimbrüder mit ihrer internationalen Verästelung (zu ihr zählt u. a. auch die tunesische Regierungspartei En-Nahdha) bilden eines dieser Zentren, Saudi-Arabien mit seinem beträchtlichen Einfluss u. a. auf viele salafistische Strömungen ein anderes. Dies erklärt (neben ihrem eigenen politischen Opportunismus, traditionellen Kontakten zur ägyptischen Armee sowie feindlichen Tendenzen unter ihren eigenen Anhängern gegen die Mursi-Regierung) die eher putschfreundliche Position vieler ägyptischer Salafisten. Lediglich Qatar vertrat unter den Golfmonarchien eine abweichende Position, denn das monarchische Herrscherhaus in Doha unterhielt seinerseits freundliche Kontakte zu den Muslimbrüdern, neben anderen islamistischen Strömungen.

Im August 2013 gewährte Saudi-Arabien allein fünf Milliarden Dollar, und zusammen mit Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten zwölf Milliarden Dollar, neuer Finanzhilfe »spontan« an Ägypten. Dadurch sollte den neuen Machthabern, nach dem Sturz der Mursi-Regierung, gegenüber eventuellen sozial und wirtschaftlich motivierten Unmutsbekundungen der Rücken gestärkt werden. Angesichts einer zumindest verbal vorgetragenen Kritik aus den USA – denn die US-Administration fürchtete eine wachsende Instabilität in Ägypten durch den erzwungenen Abgang der Mursi-Regierung – boten sich Saudi-Arabien und seine Nachbarn zudem an, einen eventuellen Ausfall der US-Militärhilfe (1,5 Milliarden Dollar pro Jahr) umgehend zu kompensieren. Eine Einstellung oder Verminderung dieser US-Militärhilfe war vorübergehend verbal angedroht worden, fand dann jedoch nicht statt.

Nach wie vor protestierten die Muslimbrüder auch im Herbst 2013 immer wieder gegen die aktuelle Repression mit Straßendemonstrationen. Die Beteiligung an ihnen nimmt jedoch ab, und viele Ägypter zeigen sich von den durch die

Proteste verursachten Staus (ebenso wie vom anfänglichen vereinzelten Waffeneinsatz ihrer Anhänger) nur noch manifest genervt. Im islamistischen Lager hat sich unter den weiter vom »harten Kern« entfernten Sympathisanten ein Anflug von Resignation auszubreiten begonnen, während manche Ränder dieses harten Kerns in die bewaffnete Untergrundaktion abdriften könnten – wofür der Bombenalarm in der Kairoer Metro vom 19. September 2013, der zum Quasi-Totalausfall des öffentlichen Verkehrs führte, eventuell ein Symptom darstellte. Andere bewaffnete Islamisten haben die Halbinsel Sinai seit längerem in ein Anlaufzentrum für Jihadisten unterschiedlicher Schattierungen verwandelt.

Die Rhetorik, der sich mindestens Teile der Islamisten bei ihrer Mobilisierung gegen die neuen Machthaber bemühen – die unter anderem das Gerücht streuten, der starke Mann der neuen Regierung (General 'Abdelfatah Al-Sissi) sei jüdischer Herkunft, dasselbe wurde auch über Übergangspräsident 'Adly Mansour kolportiert –, ist, gelinde ausgedrückt, unschön und soll ans konfessionelle Ressentiment appellieren. Ebenso hässlich waren die Angriffe, die vor allem im Laufe des Juli 2013 auf diverse koptische Kirchen besonders in Mittelägypten stattfanden: Einige enttäuschte Anhänger der Muslimbrüder »rächten« sich offenkundig an den koptischen Christen. Ebenso hässlich, und darüber hinaus brutal, war jedoch die Jagd auf vermeintliche Muslimbrüder und ihre Sympathisanten nach dem 03. Juli 2013 in manchen Orten, vor allem in manchen Stadtteilen von Kairo. Diese lief unter dem meist wenig differenzierten Vorwurf, bei den neu zur Hatz freigegebenen Muslimbrüder-Sympathisanten handele es sich eben um »Terroristen«, wie das neue (oder neu-alte) Lieblingswort im innenpolitischen Diskurs lautet. Vielerorts war es nicht länger ratsam, einen Bart oder auch nur einen Schnurrbart als vermeintliches Erkennungszeichen zu tragen, das nunmehr Prügel einzutragen drohte. Um die Repression durch die Armee zu unterstützen und zu flankieren, gründeten sich mancherorts zivile »Selbstverteidigungskomitees«, die mitunter ihren Stadtteil unsicher machten – und oft so viel Feuereifer an den Tag legten, dass es sogar der (neuen) Regierung zu weit ging, die diese Organe Mitte August d. J. auflösten. Und nicht nur, weil die Eigeninitiative von Zivilisten respektive »aus den Massen heraus« ihr verdächtig erschienen wäre (dies wohl ganz grundsätzlich auch, aber in dem Falle eher nebenbei), sondern eher aufgrund der Gefahr von Übergriffen und Exzessen ...

Zuckerbrot neben Peitsche

Gegenüber sonstigen Protesten, die aus anderen Ecken kommen, zeigt die von den Militärs dominierte Regierung sich hingegen bislang eher noch um Einbindung bemüht. Auch wenn bisweilen die Folterwerkzeuge ausgepackt und vorgezeigt werden, um zu zeigen, was passiert, wenn es »nötig« wird: Am 26. August 2013 fuhren so die Panzer auf, um einen Streik von 20 000 Lohnabhängigen in der Textilindustrie in Mahalla (im Nildelta) niederzuschlagen.

In der dritten Septemberwoche verkündete die ägyptische Regierung unterdessen, der Mindestlohn für Staatsbedienstete sei von umgerechnet 80 auf 150 Euro angehoben worden, und eine ähnliche Maßnahme für die Lohnabhängigen im Privatsektor befinde sich »im Überlegungsstadium«. Der amtierende Arbeitsminister, Kamel Abu Aita, kommt aus den seit 2007 existierenden und seit 2011 verstärkt präsenten unabhängigen Gewerkschaften. Der Hauptaspekt dabei ist natürlich die Einbindung dieses Widerspruchspotenzials; Mitte August des Jahres erreichte Abu Aita immerhin die Freilassung zuvor inhaftierter Streikführer bei Suez Steel.

Noch dominiert also das Element der Integration und Einbindung potenzieller Widerstände. Dass die harte Repression sich aber bei Bedarf auch gegen andere Kräfte als die Islamisten richten kann, belegt die vorübergehende Festnahme eines der führenden Mitglieder der *Revolutionary Socialists* – eine der beiden Hauptströmungen der ägyptischen radikalen Linken –, Haitham Mohamedain. Vom 05. bis 07. September 2013 wurde er durch Militärs festgehalten, körperliche Misshandlung wurde ihm dabei angedroht.

Seine Gruppe, die *Revolutionary Socialists* (RS), positionierte sich zuvor sowohl klar gegen die Muslimbrüder und ihre Politik – nachdem sie diese 2012 noch tendenziell gegen die Kräfte des alten Regimes unterstützt hatte – als auch gegen die brachiale Repression, die nach ihrem Sturz losbrach. Während bei manch anderen linken Gruppen diese doppelte Abgrenzung sträflich unterblieb. Auch die RS hatten diese doppelte Abgrenzung nicht zu jedem Zeitpunkt scharf durchgehalten: 2012 hatten sie noch tendenziell Mursi gegen die Kräfte des alten Regimes unterstützt, in dem Bestreben, den Kontakt zu dessen Basis nicht zu verlieren (und diese ansprechen zu können, wenn die Desillusionierung über die Regierungsbilanz des Muslimbrüder-Präsidenten unvermeidlich eintreten würde). Aber seit der Jahresmitte 2013 nehmen die RS, mit ihrer nunmehr laut und explizit vorgetragenen Kritik sowohl an den Islamisten als auch an den Militärs, die vergleichsweise klarsten Positionen ein. Andere Kräfte auf der Linken hinken da mindestens deutlich hinterher, wenn sie nicht gleich eine der beiden rivalisierenden »stärksten Parteien« im Streit Muslimbrüder versus Armee unterstützen. In aller Regel derzeit eher die Seite der Armee.

Beispielsweise übernahmen Kreise um die ägyptische KP – und die Partei selbst – Positionen, wie man sie von den algerischen Ex-Kommunisten zu Anfang des Bürgerkriegs in den

frühen 1990er Jahren kennt und die man dort als *éradicateurs-* (»Entwurzler-«, »Ausrotter-«)Positionen bezeichnete. Also eine Unterstützung für die militärische Repression, im Namen der Vorstellung, die Muslimbrüder seien Faschisten und deswegen sei quasi jegliches Vorgehen gegen sie irgendwie objektiv fortschrittlich.

Neueste Entwicklungen

Ende November und Anfang Dezember 2013 steigerte sich unterdessen die Repression, welche sich nunmehr wieder verstärkt auch gegen nicht islamistische Kreise richtet. Am 29. November wurde die Festnahme des Opponenten Alaa Abdel Fattah bekannt, dem »die Organisierung einer illegalen Demonstration« – gegen Bestimmungen des neuen Verfassungsentwurfs – vorgeworfen wird. Es wird auch behauptet, er habe angeblich einen Polizeioffizier geschlagen. Alaa Abdel Fattah zählt zur nicht islamistischen, säkular orientierten Opposition und war bereits unter dem Mubarak-Regime inhaftiert gewesen. Am 30. November stellte sich Ahmed Maher, Gründer der »Bewegung des 06. April« – an jenem Datum war im Jahr 2008 zu einem Generalstreik aufgerufen worden, der damals jedoch abgeblasen wurde –, der Justiz. Gegen ihn werden ähnliche Vorwürfe erhoben. Die Monate, in denen sich die Repression hauptsächlich nur gegen die Muslimbrüder richtete, scheinen vorüber.

Unterdessen kam es auch zu neuen sozialen Kämpfen. Am 14. Dezember 2013 endete der Streik im Eisen- und Stahlwerk des Eisen- und Stahlfabrikanten HADISOLB im Kairoer Vorort Helwan am 19. Tag des Arbeitskampfs mit einem weitgehenden Erfolg. Die Arbeiter des 13 000 Beschäftigte zählenden Werks hatten u. a. einen Abgang der bisherigen Direktion, die ihnen verhasst war, sowie die rückwirkende Auszahlung von sechzehn Monaten Gewinnbeteiligung gefordert. Theoretisch werden die abhängig Beschäftigten in dem Unternehmen am Jahresgewinn beteiligt, doch dieser faktische Lohnzuschlag war in den letzten ein bis anderthalb Jahren in Wirklichkeit nicht an sie ausgeschüttet worden. Bei diesen beiden Forderungen hat die Direktion nachgegeben. Über andere Forderungen der Streikenden, darunter eine Wiedereinstellung von kürzlich Entlassenen sowie eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, wurde bei Redaktionsschluss noch verhandelt.

Dies belegt, dass es trotz der starken Stellung der de facto regierenden Militärs Ansätze zu gesellschaftlichen Kämpfen, eine soziale (und daneben eine politische) Opposition gibt. Am selben Tag, an dem der Arbeitskampf zu Ende ging, am 14. Dezember, wurden unterdessen die Ergebnisse der Personalvertretungswahlen bei den ägyptischen Ärztinnen und Ärzten bekannt. Dabei wurde die Hälfte der Sitze in der Ärztekammer neu besetzt. Die Muslimbrüder, die diese Berufsorganisation zuvor seit 28 Jahren (seit 1985) führten, verloren dabei mächtig an Boden. Sie müssen nunmehr die Leitung der Berufsorganisation abgeben, zugunsten einer Liste unter dem Titel »Ärzte vom Tahrir-Platz«. Deren Gründer hatten ein gutes Jahr zuvor den bisher letzten Streik ihrer Berufsgruppe ausgerufen und gegen heftige Widerstände der Muslimbrüder durchgeführt. Unmittelbar nach der Neubesetzung der Ärztekammer rief deren neue Leitung zu einem Streik ab dem 1. Januar 2014 auf, für eine Verbesserung der Löhne (die bei Ärztinnen und Ärzten in den ägyptischen Krankenhäusern oft ziemlich tief ausfallen) und einen Austausch des Direktorenpersonals im Gesundheitswesen. Während des Arbeitskampfs sind die Ärztinnen und Ärzte dazu aufgerufen, Patienten in den Krankenhäusern kostenlos zu behandeln. ♦

20 Jahre Aufstand der Zapatistas in Mexiko, 20 Jahre erfolgreiche Revolution. Kampf um Würde, Autonomie, Emanzipation.



Am 1. Januar 2014 jährt sich zum 20. Mal der Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexiko. An Neujahr 1994 erhoben sie sich mit einem »¡Ya Basta!« / »Es reicht!« gegen Regierung, neoliberalen Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und Ausbeutung. Seit 20 Jahren leben sie nun in ihren über 1 000 Gemeinden eine auf Gleichberechtigung, Basisdemokratie und Solidarität basierende Alternative. Ihre anhaltende und gelebte Revolution »von links und unten« hat uns und viele andere Menschen weltweit inspiriert. Die Zapatistas sehen ihren Aufstand als Teil eines weltweiten Widerstandsnetzwerkes.

Es gibt mehrere Veranstaltungen/Reihen im Bundesgebiet, die sich mit dem (Neo-) Zapatismus und seinen Einflüssen auf andere Bewegungen auseinandersetzen, so in Berlin, Düsseldorf & Hamburg. Näheres unter: https://linksunten.indymedia.org/en/node/101428

»Art for Öcalan« – Kunst im politischen Kontext

Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Bilder und Kunst haben für politische Kampagnen stets eine große Rolle gespielt. Das gilt auch für Kampagnen für die Freilassung politischer Gefangener. Beispiele sind die weltweite »Free Mandela«-Kampagne oder auch die »Free Mumia Abu-Jamal«-Kampagne. Beide haben eine Reihe von bekannten Bildern hervorgebracht. In Kapstadt (Südafrika) existiert sogar ein eigenes Archiv für die Kunst der Anti-Apartheid-Bewegung.

Im kurdischen Kontext dagegen scheint der Schwerpunkt eher auf Musik und Liedern zu liegen. Diese werden meist in kurdischer Sprache vorgetragen und sind dadurch für Außenstehende kaum verständlich. Abgesehen von einigen Symbolen (deren Verwendung zum Teil hierzulande in bis ins Absurde reichendem Maße verboten sind) hat die kurdische Bewegung wenige prägnante Bilder hervorgebracht, die internationalen Wiedererkennungswert haben oder gar positiv konnotiert wären.

Die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« versucht seit ihrer Gründung im Jahre 1999, auch visuelle Akzente zu setzen. Bereits im Gründungsjahr produzierte sie ein abstraktes Plakat mit einer aufgebrochenen Kette und der Aufschrift »Free Öcalan«. Bereits im Jahre 2002 fand eine Kunstaktion auf einer Insel im Main statt, für die der italienische Künstler Gianni Motti Öcalans Einzelzelle nachbaute. Doch mit »Art for Öcalan« (Kunst für



»An die Kinder des Landes der Meder« von Nuri Aslan

Öcalan) starten wir 2012 erstmals eine ausgedehnte, langfristige Kunst-Kampagne.

Isolation, Kunst, Kampagne

Ein Ausgangspunkt der Kampagne war die Frage, wie eine grauenvolle Situation wie eine mehr als zehnjährige Isolationshaft anders als verbal verständlich gemacht werden kann. Niemand kann sich eine derartige Isolation vorstellen oder sie nachempfinden. Über poetische oder bildliche Darstellungen könnte jedoch ein anderer emotionaler Zugang geschaffen werden.

Eine weitere Überlegung war die Tatsache, dass auf Demonstrationen und in Spots immer wieder die gleichen Bilder Öcalans verwendet werden. Leider gibt es aus der Zeit vor 1999 nur wenige wirklich gelungene Fotos, auf denen er für eine internationale Öffentlichkeit sympathisch erscheint.

Die Kampagne »Art for Öcalan« soll für beide Probleme eine Lösung bieten. Auf der einen Seite möchten wir KünstlerInnen sensibilisieren und dafür gewinnen, Kunstwerke zu schaffen oder zur Verfü-



Buchcover mit Motiv von Sosani

Aufruf zur Kampagne: Art for Öcalan!

Wo Worte versagen ...

Die Internationale Initiative hat viele Texte über die Haftsituation Abdullah Öcalans und die wichtige Rolle, die er in jeglichem Friedensprozess spielen wird, veröffentlicht. Doch manchmal fühlen wir, dass Worte nicht alle Aspekte dessen ausdrücken können, was tatsächlich geschieht.

Ein außergewöhnlicher politischer Gefangener

Auf einer Insel, umgeben von Wasser

Im militärischen Sperrgebiet, bewacht von 1 000 Soldaten

Kein Handschlag, keine Umarmung seit 1999

13 Jahre Isolation, 13 Jahre weiße Folter

Totales Verbot der Muttersprache, Kurdisch

Niemand zum Reden, nur Bücher zum Lesen

7 000 handgeschriebene Seiten ...

... muss Kunst sprechen.

Millionen von Kurdinnen und Kurden haben wieder und wieder für Öcalans Freiheit und eine politische Lösung demonstriert. Doch ihre Stimme wird oft nicht gehört. Kunst kann einen Unterschied machen. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die durch ihre Kunst die Kampagne für Öcalans Freiheit unterstützen wollen. Dies kann in Form von Gemälden, Zeichnungen, Skulpturen, Videos, Texten oder durch Musik erfolgen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Wir werden Eure Kunst im Internet veröffentlichen, Ausstellungen organisieren, sie auf Plakate, Postkarten, Aufkleber, T-Shirts drucken usw.

Wenn Du Dich künstlerisch betätigst und Dich an der Kampagne »Art for Öcalan« beteiligen willst, schreib uns an art@freedom-for-ocalan.com !

Köln, im April 2012

Koordinationsbüro der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

gung zu stellen, die einen Bezug zu Öcalan als Person, seiner Situation als politischer Gefangener oder seinem politischen Kampf herstellen. Auf der anderen Seite möchten wir die entstandenen Kunstwerke in unserer Kampagnenarbeit einsetzen.

Botschaften aus der Vergangenheit und Briefmarken aus der Zukunft

Einige der zur Verfügung gestellten Gemälde kurdischer Maler haben wir bislang für Bucheinbände verwendet. Auf dem Cover von verschiedenen Büchern Öcalans finden sich Ausschnitte aus Gemälden von Ahmet Güneştekin, Rodi Khalil und Sosanî.

Äußerst phantasievoll kommen viele der originalen Einsendungen daher. Gimo Zangana benutzte ein bekanntes Motiv der »Free Mandela«-Kampagne und adaptierte es für »Art for Öcalan«. Nuri Aslan verwendete ein kurdisches Zitat von Öcalan: »Die Geschichte ist in unserer Gegenwart verborgen, und wir sind im Anfang der Geschichte verborgen.« Yekbûn wagte einen Blick in die Zukunft und entwarf Briefmarken aus dem Jahr 2061. Klaus Becher zeigt in »Türkische Partie« ein Schachspiel mit Insel und Panzern. Und Khalo versetzte Imralı gar in ein Super-Mario-Computerspiel.

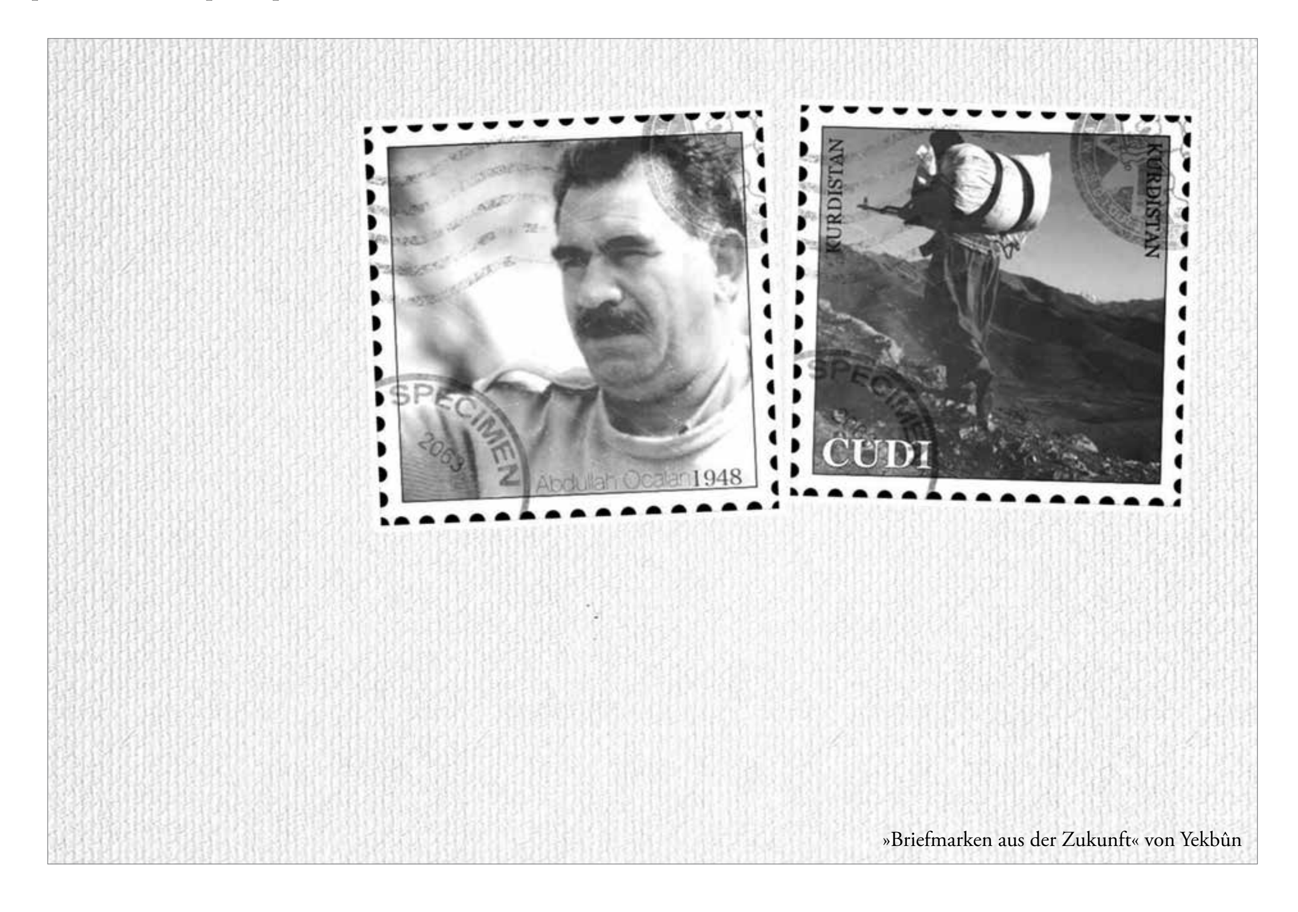
20.000 Postkarten mit Motiven aus der »Kunst für Öcalan«-Kampagne wurden gedruckt und vor Öcalans Geburtstag verteilt – mit der Adresse des Gefängnisses auf Imralı, um sie als Geburtstagskarten in den türkischen Isolationskerker schicken zu können.

Zum kurdischen Kulturfestival in Dortmund wurden T-Shirts mit einem Motiv von Nesli Sever gedruckt, das Öcalans Gesicht aus Begriffen aus seinen Büchern zusammensetzt. Das Logo der Kampagne stammt ebenfalls von ihr.

Material weiter gefragt

Einige, allerdings nicht alle, bisher eingesandte Werke finden sich auf der Website art-for-ocalan.org im Internet. Dort finden sich auch Gedichte in englischer und italienischer Sprache. Wir bitten weiterhin um Zusendungen.

Für das kommende Jahr ist eine Wanderausstellung mit Bildern, Installationen und audiovisuellen Medien geplant. Einen genauen Zeitplan dafür gibt es noch nicht, aber für die Eröffnung wird der 4. April 2014, Öcalans 65. Geburtstag, angepeilt. Die Ausstellung wird auch in Deutschland zu sehen sein. ♦



»Briefmarken aus der Zukunft« von Yekbûn

Der lange Kampf um die Aneignung der Definitionshoheit

Maskierte Assimilation: »Akkulturation«

Luqman Guldivê, freier Journalist

Wenn ein Buch vorliegt, das sich einen überaus intelligenten Anstrich gibt und dessen wissenschaftliches Vokabular einem alle eigenen Argumente als »dumm«, »unzureichend«, »veraltet«, »kurzsichtig« abstempelt und geradezu zertrümmert, dann kann der erste Eindruck durchaus positiv sein, weil ja eben Argumente ohne die oben genannten negativen Eigenschaften auf eine »brillante Erkenntnis« vorbereiten sollen. Manche von uns mögen schon einer ähnlichen Illusion aufgesessen sein. Oft ist es nicht einmal wert, darüber zu schreiben. Das Buch des Politikwissenschaftlers Prof. Metin Heper von der Bilkent-Universität Ankara mit dem Titel »The State and Kurds in Turkey: The Question of Assimilation« (New York 2007) aber hat einen sehr hohen Anspruch, darin wird behauptet, das Paradigma von der Entstehung der kurdischen Frage (Assimilationsversuche, Aufstände der Kurden und staatliche Repression als eine Gewaltspirale) sei nicht zutreffend, und insbesondere die Assimilationsversuche des Staates zeichnet es dadurch in milderem Licht, indem es die »Akkulturation« der kurdischen Eliten und wohl der gesamten »Ethnie« als das reale Geschehen darstellt.

Aus »wissenschaftlicher« Sicht ein sehr unbedarfter Versuch, um zu verstehen, was in der Geschichte der türkischen Republik seit 1923 (eigentlich seit der spätosmanischen Zeit ab 1830) im Kontext der kurdischen Frage wirklich geschehen ist. Von eigentlich zutreffenden Feststellungen ausgehend kritisiert Heper das, was er als bisheriges Paradigma bezeichnet, und gelangt zu einer These von der »Akkulturation«, die im Kontext des Kurdischen in der Türkei so nicht zutrifft, sogar bewusst (das ist wahrscheinlicher) oder unbewusst aus einem Verbrechen (Linguizid bzw. Mord an einer Sprache) ein unschuldiges staatliches Verfahren, ja sogar einen natürlichen Prozess zu konstruieren versucht. Nicht anders, als würde aus einem tatsächlichen Mord ein Unfall gebastelt.

Es ist richtig, wenn Heper schreibt: »It was highly unlikely that the founders of Turkey toyed with the idea of a Turkey populated only by ethnic Turks.« (S. 4)[1], nur schließt diese Feststellung nicht aus, dass die Gründer der Türkei, zumindest diejenigen, die ab 1924 das Sagen hatten, aus vielerlei ethnischen, nationalen, religiösen, linguistischen Gruppen eine »Türk Milleti« (türkische Nation) zu schmieden versuchten. Eine »Türk Milleti« aus ehemaligen islamischen Elementen des Osmanischen Reiches zu schaffen, war keine einfache Aufgabe. Dafür, wenn auch die wirtschaftlichen Mittel nicht ganz ausreichten, hat die Republik Türkei politische Verfahren entwickelt und Programme durchgesetzt.

Allerdings waren die Gründe für den ersten großen Aufstand der Republik im Jahre 1925 (der zwar als Scheich-Said-Aufstand bekannt ist, aber von der kurdischen Offiziersorganisation »Azadi« vorbereitet worden war) weniger die direkten Repressionen, sondern der Umstand, dass es eben keine gemeinsame identitätsstiftende Instanz mehr gab (Abschaffung des Kalifats etc.). Dieser Aufstand diente der noch im Entstehen begriffenen Republik als Vorwand, um die gesamte Opposition zu eliminieren. Die Bekämpfung der aufeinander folgenden kleineren und größeren Aufstände und die »Säuberungsoperationen« gegen die Kurden (die Vernichtung ganzer Stammesverbände wird von Heper oft als Maßnahme der Wiederherstellung der Ordnung bezeichnet) müssen nicht unbedingt als ein Ziel der Assimilationspolitik, die ich persönlich als physische Vernichtung zu beschreiben tendiere, interpretiert werden. Dass aber das Ergebnis dieser Taten doch die Assimilation der Kurden war, wird mit einem Wortspiel bewusst verschwiegen: Verhinderung der Deakkulturation und Maßnahmen zur Reakkulturation.

Die gefährliche Aussage in dem Buch an sich ist nicht die Analyse der unterschiedlichen Faktoren, die das Verhalten der türkischen politischen Elite von Anfang an mitbestimmt haben, sondern vielmehr die Darstellung der staatlichen Maßnahmen, die von Verbannung bis zu physischer Vernichtung der Menschen und ihrer Lebensgrundlagen, vom Verbot des

1 »Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die Gründer der Türkei mit dem Gedanken einer nur von ethnischen Türken bevölkerten Türkei spielten.«

Gebrauchs der Sprache bis zum Negieren der Existenz reichten, als »Akkulturation« und »Reakkulturation« zu bezeichnen. »Akkulturation« kann grob als Hineinwachsen oder Einpassen einer Einzelperson bzw. einer Gruppe in ihre kulturelle Umwelt beschrieben werden, im Kontext der Migration hieße es dann, dass sich ein Erwachsener mit einer ihm fremden Kultur vertraut macht. Es kann vor allem nicht nachdrücklich genug wiederholt werden, dass diese Definition von Heper dazu benutzt wird, um den Begriff Assimilation abzumildern; obwohl die Politik der verschiedenen türkischen Regierungen seit 1923 und ihre Resultate keineswegs durch irgendwelchen wissenschaftlichen verwirrenden Wortsalat zu verharmlosen sind. Es handelte sich um den Mord an einer Sprache (in der Tat mehrerer Sprachen) und zahlreicher Elemente der Kulturen, die mit der genannten Sprache in Verbindung standen.

Hepers Behauptung, es sei der Versuch des Staates gewesen, eine Deakkulturation zu verhindern, ändert an der Tatsache und den Resultaten der staatlichen Unternehmung nicht viel. Denn seine Argumentation – etwa: es habe sich eher um eine Reaktion des Staates auf Teile der kurdischen Ethnie gehandelt, die nicht aus ethnischen Gründen mit dem Staat unzufrieden gewesen seien und sich erhoben – ändert an der grausamen Wirklichkeit der forcierten oder Zwangsassimilation kaum etwas (die Begriffe »Autoassimilation« oder »gewollte Assimilation« in einem Kontext mit einem Staat als handelndem Subjekt sind sehr problematisch, sie werde ich aber hier nicht thematisieren). Ich gehe so weit zu behaupten, dass selbst dann, wenn die Gleichberechtigung der Sprachen in der heutigen Welt der modernen Nationalstaaten nicht akzeptiert ist (d. h. alle Rechte und Förderung durch Öffentlichkeit für alle Sprachen), wir von einem Fall forcierter Assimilation sprechen können.

Bevor ich meine harsche Kritik an Hepers Werk beende, möchte ich seine Definition von »non-recognition« ansprechen. Der Begriff scheint mir eine gestelzte Erfindung des Autors zu sein; nicht etwa, dass es die »Nichtanerkennung« der kurdischen Identität nicht gegeben hat, sondern der Kontext der »non-recognition« sowie der »Akkulturation« und »Reakkulturation« wurde von einem sehr gewaltsamen und gewalttätigen Akteur, nämlich dem Staat, bestimmt. Ohne die Rolle des Staates im Assimilationsprozess zu verstehen, ist dessen objektive Analyse in der Tat nicht wirklich möglich, und seine Folgen und Resultate sollen auch ohne Rechtfertigungen und Vorwände untersucht werden können.

Das ist nicht nur aus historischer Sicht von Bedeutung, es ist ebenfalls wichtig zu verstehen, warum die politischen Protagonisten der kurdischen Befreiungsbewegung darauf beharren, das Kurdische als zweite offizielle Sprache (neben dem Türkischen) anerkennen zu lassen, und beständig fordern, die kurdische Sprache als Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen zuzulassen. ♦





Zu dem Buch- und Filmprojekt Mavi Ring

Die Geschichte vom blauen Transporter



Fuat Kav

Wir wissen, dass Herrschende und Regierungen Gefängnisse schon immer als effektivste Waffe betrachtet haben, um Oppositionelle außer Gefecht zu setzen.

Das bestehende System benutzt die Gefängnisse dabei nicht nur zur Bändigung der Opposition, sondern auch als Instrument, um ihren Willen, ihre Entschlossenheit und Überzeugung zu brechen. Dafür schafft es mächtige Bauwerke und in deren unterste Ebenen baut es dunkle Zellen, um dort brutal und grausam gegen die Oppositionellen vorzugehen. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass sie in der Geschichte am grausamsten, brutalsten und blutigsten in Gefängnissen behandelt worden sind. Das ist der Ort, an dem die tragischsten, dramatischsten und qualvollsten Praktiken angewandt werden.

Die »größten« Imperatoren, Mächte, Herrscher, Besatzer und Kolonialmächte hatten jeweils die größten Gefängnisse. An diesen Orten wurden dann bedenkenlos unzählige Wissenschaftler gefoltert, Revolutionäre in diesen unterirdischen Gängen dem Tod überlassen und Philosophen in diesen verschimmelten Zellen zu Tode gebracht.

In Frankreich gehört die »Bastille«, im Osmanischen Reich das »Yadukule« und heutzutage »Diyarbakır No. 5« zu den prägendsten Anstalten. Eines der Länder, die diese Gefängnismentalität und die daraus entspringende Praxis heutzutage noch umsetzen, ist unbestritten die Türkei. Diese »Gefängnisgesinnung«, die sie vom Osmanischen Reich erbte, reicht für ein vernichtendes Ausmaß. So wird das Gefängnis als Werkzeug zur Lösung, Zerschlagung und Inbesitznahme genutzt.

Am brutalsten wird diese Politik gegen die inhaftierten Kurden praktiziert. Man versucht, sie zu assimilieren, die nicht Inhaftierten ermordet man. Diese Politik wurde zur Zeit des Militärputsches am 12. September 1980 genauso betrieben wie auch heute noch. Selbst wenn die Methode sich geändert hat, so wird im Wesentlichen dieselbe Politik angewendet: »Verhafte sie, brich ihren Willen, ihre Entschlossenheit und lass sie Verrat üben!« Das Ergebnis davon war Brutalität und die Ermordung Hunderter Inhaftierter.

Das Buch »Mavi Ring – Der blaue Transporter« ist eine Auseinandersetzung mit der Mentalität und dem Verständnis dieser Politik. Es wurde als praktischer Ausdruck der 16-stündigen ausgeübten Brutalität des türkischen Staates gegen Kurden konzipiert und geschrieben. Berichtet wird über eine 16-stündige Deportation, als 26 Inhaftierte eine Reise mit tragischen Qualen antreten, wobei schließlich zwei Inhaftierte ihr Leben lassen.

Ich war 20 Jahre, 6 Monate, 6 Tage lang in verschiedenen Gefängnissen der Türkei inhaftiert. Dabei war ich überaus schwerer Folter unterworfen, viele meiner Freunde wurden ermordet. So auch mein Freund Cemal Kılıç, dem vor meinen Augen der Kopf zertrümmert wurde. Während manche

als Akt des Widerstands sich selbst anzündeten, verloren andere ihr Leben während des Todesfastens, wiederum andere nahmen sich das Leben, um gegen die Folter zu protestieren. Das alles waren für mich unbeschreiblich bittere und tragische Geschehnisse. Aber die Reise im blauen Transporter war das Allerschlimmste.

Dabei verloren zwei meiner Freunde das Leben, vor Durst und Hitze, während sie sich gegenseitig den Schweiß ableckten, wimmernd, erstickend, bis sie keine Luft mehr bekamen. Und das passierte, während ich in der Nachbarzelle saß. Ich habe ihren Tod nicht mit ansehen müssen, der Freund jedoch, der mit ihnen in der Zelle saß, konnte alles, Sekunde für Sekunde, berichten. Der Tod dieser zwei Freunde hat sich tief in mein Bewusstsein gegraben. Deshalb ist er für mich um vieles tragischer als der Tod anderer.

Meine Freunde waren vor 28 Jahren in der Nachbarzelle vor Durst gestorben, wegen Luftmangel erstickt. Zudem waren sie, nachdem sie aus der Zelle geholt worden waren, brutal gefoltert worden. Trotz der Schmerzen beim Schreiben beruhigt es mich, wenn ich ihren Widerstand und ihre Kampfhaltung weitergeben und auf die Leinwand transportieren kann.

Ein Freund, der sich mit Film beschäftigt, hörte von der Geschichte und erzählte mir, dass er sie auf die Leinwand bringen wolle. Obwohl ich sehr beschäftigt war, brachte ich diese tragische Geschichte in die Form eines Drehbuchs und schickte es ihm. Auf Anraten machte ich dann aus dem kurzen Drehbuch ein Buch.

Die erste Ausgabe wurde durch den Verlag »Aram« in der Türkei veröffentlicht, ein Jahr später durch den Verlag »Mezopotamya Yayınevi«. In der Türkei wurden die beiden ersten, in Europa dann die dritte Auflage herausgegeben. Nachdem der Dichter und Journalist Bayram Balcı das Buch gelesen hatte, suchte er den Kontakt mit mir, weil er der Meinung war, dass das Buch verfilmt werden sollte. Später kam auch der Regisseur Ömer Leventoğlu hinzu.

Zum Film möchte ich einige Worte anmerken. Ich konnte meine Gedanken nicht strikt auf das Szenario konzentrieren, somit wurde er nicht mit der Intensität der fiktiven Idee realisiert. Deshalb möchte ich erwähnen, dass es in diesem Film etliche kritikwürdige Aspekte gibt. Seine Zusammenhänge konnten nicht exakt angeglichen werden, er wurde stückweise, unzusammenhängend und unsystematisch gedreht.

Kino sollte jedoch die Gesamtheit eines bestimmten Themas, die Beziehung von Begebenheiten und Tatsachen und das subjektive Empfinden der Menschen zueinander ausdrücken. Gäbe es das nicht, könnte das Kino nicht die Botschaft weitergeben, oder sie könnte nicht ihren Zweck erfüllen. In diesem Film werden diese Mängel deutlich.

In dem Zusammenhang können auch die Filmcharaktere angesprochen werden, sie müssten bestimmter und fester Art sein. Ich denke, auch das fehlt in dem Film. Obwohl die Charaktere im Buch präzise und klar sind, werden sie im Film nicht deutlich.

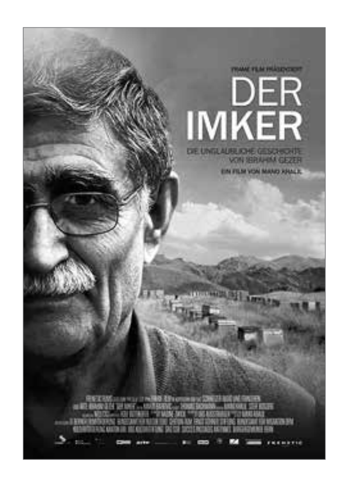
Da ich kein Filmkritiker bin, kann ich Aufnahme-, Bild-, Licht-, Tonqualität nicht beurteilen. Das überlasse ich den Filmkritikern.

In der Tat war das jetzt Geschriebene nicht unser Thema, ich hatte jedoch das Bedürfnis, einiges zu dem Film loszuwerden.

Nach der Veröffentlichung des Buches fragte mich ein Freund, der als Journalist arbeitet, ob mir die Erlebnisse im blauen Transporter oder das Verfassen des Buches schwerer gefallen seien. Die Frage war auch angebracht, denn bis zu jenem Tag hatte ich weder darüber nachgedacht noch solche intensiven Gefühle durchlebt. Natürlich hatte ich Schmerzen empfunden, während ich diese Dinge erlebte, vor allem als ich hörte, wie meine Freunde litten. Aber als ich 28 Jahre später über sie schrieb, erneut an sie dachte, litt ich ungeheure Schmerzen. Meine Freunde waren vor 28 Jahren in der Nachbarzelle vor Durst gestorben, wegen Luftmangel erstickt. Zudem waren sie, nachdem sie aus der Zelle geholt worden waren, brutal gefoltert worden. Trotz der Schmerzen beim Schreiben beruhigt es mich, wenn ich ihren Widerstand und ihre Kampfhaltung weitergeben und auf die Leinwand transportieren kann.

Beim »50. Internationalen Antalya Goldene Orange Filmfestival 2013« wurde er prämiert. Diese Auszeichnung ist den Freunden und ihrem Kampf gewidmet. Entsprechend gedenken das Buch und der Film »Der blaue Transporter« Hüseyin Hüsnü Eroğlus und Mehmet Yalçınkayas, auch der im Kampf gefallenen Freunde Mustafa Gezgör und Doğan Kılıçkaya. Der Zweck des Films ist es, an sie zu erinnern, ihren Widerstand aufzuzeigen und sie im Gedächtnis weiterleben zu lassen. Der Leser oder Zuschauer soll verstehen, wie die Freiheit und die geschaffenen Werte erkämpft worden sind.

In dieses Buch haben Hüseyin Hüsnü Eroğlu, Mehmet Yalçınkaya, Mustafa Gezgör und Doğan Kılıçkaya viel Arbeit, Kampf und ihren Freiheitsgeist gesteckt. Sie sind nun freie Seelen, und solange das kurdische Volk existiert, wird dieser Freiheitsgeist weiter bestehen. Das soll die Welt wissen. ♦



In »**Der Imker**« zeichnet Mano Khalil ein berührendes Portrait von Ibrahim Gezer.

Ibrahim Gezer hat alles verloren. Er wird aus der engen Gemeinschaft seines kurdischen Bergdorfs vertrieben, verliert seine Bienenvölker – seine Lebensgrundlage, seine Familie. Was ihm bleibt, ist die Liebe zu den Bienen, die Verbindung zur Natur und ein unerschütterliches Vertrauen zur Natur und ein unerschütterliches Vertrauen in den Menschen. In der Schweiz, seiner neuen Asylheimat, wird er vom Räderwerk der Bürokratie erfasst, in eine winzige Stadtwohnung einquartiert und dem Montageband einer Behindertenwerkstatt zugeteilt.
Die Geschichte erzählt, wie Ibrahim trotz schwerer Schicksalsschläge sein Vertrauen in die Menschen bewahrt und wieder zu seiner Leidenschaft, den Bienen, zurückfindet …
Kinostart: 30.1.2014
Aktuelle Kinotermine unter: http://bravehearts-international.org/de/der-imker/aktuelle-kinotermine
Der-Imker-Trailer: www.derimker.ch

Periodika



Civaka-Azad-Infoblätter
civakaazad.com



Cenî Info
www.ceni-kurdistan.com



Nûçe
isku.org

AZADI FREIHEIT infodienst

AZADÎ infodienst
www.nadir.org/azadi/

AZADÎ FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

AZADÎ e.V.
Hansaring 82
50670 Köln

E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi



Im Mittelpunkt der Delegationsbroschüre steht die Auseinandersetzung mit der kurdischen Jugend-, Frauen- und LGBT-Bewegung. Darüber hinaus wollen wir auch über die versuchten (Friedens-)Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung berichten und viele weitere Organisationen und Initiativen, wie beispielsweise die Föderation der Vereine der Familien von Häftlingen und Verurteilten (TUHAD-Fed) oder Sarmaşik, einen Verein gegen die Verarmungspolitik des Staates, vorstellen.
Zu bestellen ist die Broschüre unter: newroz2013@yxkonline.de

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Demonstration gegen Gewalt an Frauen in Mêrdîn |DIHA

Rückseite:
Gedenken an den Gräbern der Getöteten von Roboskî | DIHA

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Am 28. Dezember 2011 griff die türkische Luftwaffe eine Gruppe Grenzhändler bei Roboskî, einem kleinen Ort an der Grenze zwischen Nord- und Südkurdistan (Türkei/Irak), an. 34 Zivilisten, zumeist Jugendliche, wurden durch das Bombardement der Kampfjets getötet. Noch immer ist der genaue Sachverhalt, warum diese Gruppe angegriffen worden ist, nicht geklärt. Die Angehörigen fordern von der türkischen Regierung eine lückenlose Aufklärung.

ISSN 0935–5375